

Stenographisches Protokoll.

10. Sitzung der I. Session der IV. Wahlperiode des Landtages von Niederösterreich.

Montag, den 17. Juni 1946.

Inhalt.

1. Eröffnung der Sitzung durch den Präsidenten (S. 117).
2. Abwesenheitsanzeigen (S. 117).
3. Mitteilung des Einlaufes (S. 117).
4. Angelobung des Abg. Karl Traxler (S. 118).
5. Verhandlung:

Antrag des Finanzausschusses, betreffend Voranschlag des Landes Niederösterreich für das Jahr 1946 (S. 118). Redner: Landeshauptmann Reither (S. 118), Landesrat Haller (S. 119); Generaldebatte: Berichterstatter Abg. Zach (S. 121 und 133); Redner: Abg. Vesely (S. 122), Landesrat Genner (S. 128), Abg. Bachinger (S. 131); Antrag Abg. Bachinger (S. 133), Abstimmung (S. 133); Spezialdebatte über Einzelplan; Allgemeine Verwaltung: Berichterstatter Abg. Zach (S. 135); Redner: Abg. Riel (S. 135), Abg. Nimetz (S. 139), Abg. Rießer (S. 139), Abg. Wondrak (S. 141), Abg. Kaindl (S. 142), Abg. Gruber (S. 143), Abg. Endl (S. 144), Abg. Steirer (S. 149), Abg. Romsy (S. 149), Abg. Glaninger (S. 150), Abg. Dubovsky (S. 151), Abg. Dr. Steingötter (S. 152), Abg. Tesar (S. 153); Abstimmung (S. 154).

PRÄSIDENT (um 10 Uhr 5 Min.): Ich eröffne die Sitzung.

Das Protokoll der letzten Sitzung ist geschäftsordnungsmäßig aufgelegt; es ist unbeanstandet geblieben, demnach als genehmigt zu betrachten.

Von der heutigen Sitzung haben sich entschuldigt Herr Landesrat Steinböck und Herr Abgeordneter Buchinger.

Der Klub der sozialistischen Landtagsabgeordneten Niederösterreichs hat mit Schreiben vom 15. Juni 1946 mit Beziehung auf § 19, Abs. 3, der Geschäftsordnung des Landtages von Niederösterreich mitgeteilt, daß Herr Abgeordneter Franz Staffa sich infolge eines Motorradunfalles in Spitalsbehandlung befindet. Die vollständige Ausheilung des erlittenen Oberschenkelbruches wird voraussichtlich noch drei bis vier Monate dauern. Der Klubvorstand ersucht um Kenntnisnahme und Entschuldigung des Abgeordneten Staffa für die Dauer seiner Abwesenheit.

Ich beantrage, dem Abgeordneten Staffa einen Krankenurlaub in der Dauer von drei Monaten zu gewähren und ersuche um die Zu-

stimmung des Hauses zu dieser Maßnahme. (Nach einer Pause.) Ich konstatiere die Annahme. Ich möchte diese Gelegenheit benützen, um den beiden Herren die Grüße des Hauses zu übermitteln mit dem Wunsche, sie mögen baldigst der Genesung zugeführt werden.

Der Finanzausschuß hat zum Voranschlag des Landes Niederösterreich für das Jahr 1946 — Zl. 78 — noch zwei Anträge nachgebracht, welche ich unter Zahlen 78/1 und 78/2 nachträglich auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung stelle. Die Anträge liegen auf den Plätzen der Herren Abgeordneten auf.

Ich ersuche um Verlesung des Einlaufes.

SCHRIFTFÜHRER (liest):

Antrag der Abg. Dienbauer, Bachinger, Romsy, Bogenreiter, Etlinger, Kaufmann und Genossen, betreffend Ausbau der projektierten Güterwege.

Antrag der Abg. Steirer, Dr. Steingötter, Gruber, Sigmund, Stern und Genossen, betreffend Wiederherstellung der beiden Verbindungsbrücken im Raume Traisen und Lilienfeld.

Antrag der Abg. Zach, Findner, Romsy, Endl, Bogenreiter, Kaindl und Genossen, betreffend Vergebung von Kino- und Lotterielizenzen, Benzin- und Öltankstellen und Trafiken an Kriegsbeschädigte.

Antrag der Abg. Sigmund, Buchinger, Kren, Ficker, Hölzl, Koppensteiner und Genossen, betreffend Vergebung von Trafiken und Benzin-Tankstellen an Kriegsoffer des ersten und des zweiten Weltkrieges sowie an Opfer des Faschismus.

Antrag der Abg. Stern, Vesely, Dr. Steingötter, Kren, Ficker, Nimetz und Genossen, betreffend Reorganisation des Fürsorgebeitragswesens für Pflegekinder.

Antrag der Abg. Dr. Franz Riel, Johann Endl, Franz Kaindl, Josef Marchsteiner, Ferdinand Riefler, Franz Schöberl, Johann Waltner und Genossen, betreffend die Rückgliederung der Katastralgemeinden Baumgarten, Furth, Steinsweg, Klein-Wien, Aigen, Palt, Thallern, Mauternbach und Stratzing aus dem Gebiete der Stadtgemeinde Krems.

Antrag der Abgeordneten Findner, Endl, Riefler, Bartik, Kaindl, Zach, Tesar, Romsy und Genossen, betreffend die Errichtung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Nie-

derösterreich gemäß des Arbeiterkammergesetzes § 1, Abs. 4.

Antrag der Abg. Romsy, Wallig, Marchsteiner, Waltner, Kaindl und Genossen, betreffend Regelung der Grenzverhältnisse zwischen der Tschechoslowakei und Österreich im Gebiet von Niederösterreich.

Antrag der Abg. Zettl, Gaßner, Kren, Kuba, Ficker und Genossen, betreffend Nutzung von österreichischem Gemeinde- und Privatbesitz auf tschechoslowakischem Staatsgebiet.

Antrag der Abg. Bogenreiter, Dienbauer, Etlinger, Bachinger, Tesar, Marchsteiner und Genossen, betreffend die Alperverbesserung.

Antrag der Abg. Zettl, Gaßner, Kren, Kuba, Ficker und Genossen, betreffend Errichtung eines Kraftomnibusverkehrs im Bezirke Gmünd, Niederösterreich.

PRÄSIDENT: Wir gelangen zur Beratung der Tagesordnung.

Der Herr Bundesminister Oskar Helmer hat sein Mandat als Abgeordneter des Landtages von Niederösterreich zurückgelegt.

Die sozialistische Partei hat Herrn Karl Traxler, Wirtschaftsbesitzer in Unter-Egging Nr. 39, für das Mandat eines Landtagsabgeordneten namhaft gemacht. Ich bitte das Hohe Haus um Kenntnisnahme dieser Veränderung.

Wir gelangen zu Punkt 2 der Tagesordnung, Angelobung des Herrn Abgeordneten Traxler. Ich bitte den Herrn Abgeordneten, nach Verlesung der Angelobungsformel die Angelobung mit den Worten: 'Ich gelobe' zu leisten.

Den Herrn Schriftführer ersuche ich um Verlesung der Angelobungsformel.

Abg. TRAXLER (nach Verlesung der Angelobungsformel): Ich gelobe.

PRÄSIDENT: Wir gelangen nun zu Punkt 3 der Tagesordnung, Beratung über den Voranschlag des Landes Niederösterreich für das Jahr 1946.

Ich erteile das Wort dem Herrn Landeshauptmann.

Landeshauptmann REITHER: Hoher Landtag! Die Zeit der Beratung des Voranschlages des Landes Niederösterreich ist für den Landtag stets eine Zeit der Bewährung gewesen. Hier konnte der Landtag zeigen, ob er die hohe politische Reife besitzt, den Dingen klar in die Augen zu sehen und wie ein ordentlicher Familienvater alles zu unternehmen, was zum Wohle des Haushaltes, zur Führung der Geschäfte des Landes notwendig ist. Die Besprechung des Voranschlages gibt Gelegenheit, alle Teile der Verwaltung einer Durchleuchtung zu unterziehen, Mißstände und Wunden

aufzuzeigen, Fehler in der Organisation aufzudecken, aber auch wichtige Anregungen zur Abstellung der Übelstände zu geben. Diese Untersuchungsmöglichkeiten wurden im Verlaufe der bisherigen Beratungen in reichem Maße ausgeschöpft.

Der Finanzausschuß hat die ihm gestellte Bewährungsprobe glänzend bestanden. In eingehenden Beratungen wurde die Landesverwaltung in tiefgründiger Weise durchleuchtet, Mängel aufgedeckt, Vorschläge zu Verbesserungen erstattet, die Ziffern des Voranschlages geprüft und in verhältnismäßig kurzer Zeit die Grundlage dafür geschaffen, daß der Hohe Landtag sich nun im Plenum zur Schlußberatung und Abstimmung zusammenfinden kann. Ich möchte diesen Anlaß nicht vorübergehen lassen, ohne dem Finanzausschuß mit seinem Obmann, dem Herrn Landtagsabgeordneten Naderer, dem Herrn Hauptreferenten Professor Zach und seinen übrigen Mitgliedern den herzlichsten Dank für seine ersprießlichen Vorarbeiten auszusprechen. Wenn der Finanzausschuß den erstellten Voranschlag fast unverändert dem Landtag vorlegt, dann legt dies davon Zeugnis ab, daß der Finanzreferent, Herr Landesrat Haller, und die übrigen Mitglieder der Landesregierung gute Vorarbeit geleistet haben, wofür ihnen der herzlichste Dank gesagt sei. Ich danke aber auch der Beamtenschaft, welche bei Erstellung und Erfassung des Voranschlages mustergültige Arbeit geleistet und den hohen Ruf der niederösterreichischen Beamtenschaft wieder voll bestätigt hat.

Hoher Landtag! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Voranschlag, der nun dem Hohen Hause vorliegt, ist durch die gegenwärtigen Verhältnisse bedingt, er ist ein getreues Abbild der gegenwärtigen Verhältnisse im Lande Niederösterreich und im Bundesstaate Österreich. Der grundlegende Unterschied gegen die Voranschläge in der ersten Republik Österreich liegt darin, daß dem Lande eine Finanzhoheit nur in ganz beschränktem Umfange zukommt. Es muß daher die erste Forderung bei Beratung des Voranschlages 1946 sein, an die Bundesregierung zu appellieren, alles daranzusetzen, daß die dem Lande zukommende Finanzhoheit wieder hergestellt und der Finanzausgleich im Bunde möglichst bald gesetzliche Verankerung finde. Nur wenn der Hohe Landtag selbst über seinen Haushalt in weitgehendem Maße beraten und beschließen kann, hat der Landtag seine vorzüglichste Funktion wieder erhalten. Ich richte daher an die österreichische Bundesregierung den dringenden Appell, in dieser Hinsicht raschest alle Vorkehrungen zu treffen, damit

schon für das Jahr 1947 der Landesvoranschlag nach den altbewährten Grundsätzen der Steuerrhoheit des Landes und des Finanzausgleiches mit dem Bunde erstellt, beraten und beschlossen werden kann. Es widerstrebt der demokratischen Verfassung, den Haushalt auf Dotationen des Bundes aufzubauen. Nur wenn das Land in die Lage versetzt wird, die für die Führung seines Haushaltes erforderlichen Mittel maßgeblich selbst festzustellen und umzulegen, wird die demokratische Einrichtung des Landtages seine volle Bedeutung wieder gewinnen.

Was die Verwaltung des Landes anbelangt, geben wir uns keiner Täuschung hin, daß wir noch immer am Anfang stehen. Es werden an die Verwaltung in der heutigen Zeit Anforderungen gestellt, die weit über das Maß dessen hinausgehen, was vor 1938 und 1934 von der Behörde verlangt wurde. Ein großer Teil des Personals ist neu eingestellt und bedarf in vielen Belangen der Ausbildung. Es ist aber auch darin Vorsorge getroffen, daß die neu eingestellten, jungen Beamten alle die Kenntnisse vermittelt bekommen, welche sie zur ordentlichen Führung der Geschäfte benötigen. Wenn wir bedenken, daß auch die Gendarmerie sich hauptsächlich auf junge, frisch ausgebildete Beamte stützt, denen in vielen Dingen noch die nötige Erfahrung fehlt, daß auch die Führung der Gemeindegeschäfte auf fast unübersteigliche Schwierigkeiten stößt, dann muß es jedem Einsichtigen klar sein, daß es nach all den Zerstörungen, welche der Nationalsozialismus in Niederösterreich angerichtet hat, keine leichte Aufgabe war, es zu jenem Stande zu bringen, bei dem wir jetzt halten. Ich bin aber Optimist und fest überzeugt, daß es uns gelingen wird, in absehbarer Zeit alle Schwierigkeiten zu überwinden und zu einem normalen, geregelten Geschäftsbetrieb zu gelangen.

Im Voranschlag ist ein großer Betrag für den Wiederaufbau eingesetzt. Vorsorglicherweise wurden nur solche Beträge herangezogen, von welchen mit einiger Sicherheit angenommen werden konnte, daß sie tatsächlich aufgewendet werden können. Der Mangel an Rohmaterialien, Fuhrwerken und Hilfskräften setzt in dieser Hinsicht dem Voranschlag enge Grenzen. Wenn es aber gelingt, den im Voranschlag gezeigten Teil des Wiederaufbaues restlos durchzuführen, dann wird eine feste Grundlage geschaffen sein, daß im Jahre 1947 bei fortschreitender Gesundung der Wirtschaft der Aufbau fortgesetzt und in einigen Teilen vielleicht schon zum Abschluß gebracht werden kann. Wir sind uns alle darüber klar, daß nur die Stärkung der Steuerträger und die Schaffung und Heranziehung neuer Steuerträger in den nächsten Jahren die Erstellung eines Haushaltes auf

eigenen Füßen ermöglichen wird. Zu diesem Zwecke wird die Sicherstellung der Ernährung für unser Volk eine der vordringlichsten Aufgaben sein. Wenn daher im Landesvoranschlag die Landwirtschaft besonders berücksichtigt ist, dann erscheint dieser einhelligen Forderung Rechnung getragen. Es ist zu hoffen, daß jene Wiederaufbaubeträge, welche für Straßen und Brücken eingesetzt sind, voll zur Auswirkung kommen, damit der Verkehr sich möglichst klaglos abspielen kann. Die Auswirkungen dieses Voranschlages werden aber auch die Grundlage bilden für den zukünftigen Aufbau des Fremdenverkehrs. Wir können also in diesem Jahre nur den Boden schaffen, auf dem wir uns sicher bewegen und von dem wir aus den richtigen Aufbau in den nächsten Jahren tätigen werden.

Mögen die Schlußverhandlungen, welche nun in diesem Hause stattfinden, in demselben Geiste demokratischer Zusammenarbeit weitergeführt und zum Abschluß gebracht werden, wie sie im Finanzausschuß getätigt wurden. Möge dieser erste Voranschlag des Landes seit der Befreiung ein fester Grundstein sein für die zukünftige Gestaltung eines gesunden und glücklichen Landes Niederösterreich. (*Stürmischer Beifall im ganzen Hause.*)

PRÄSIDENT: Zum Worte gelangt der Finanzreferent des Landes Niederösterreich, Herr Landesrat Haller.

Landesrat HALLER: Hoher Landtag!

Zum ersten Male seit der gewaltsamen Besetzung Österreichs im März 1938 und der Befreiung unseres Vaterlandes im April 1945 liegt wieder ein Voranschlag des Landes Niederösterreich vor, der in aller Öffentlichkeit einer parlamentarischen und damit demokratischen Behandlung unterzogen werden soll.

Trotz des derzeitigen Fehlens einer international anerkannten österreichischen Währung, der ungeheuren Substanzverluste durch den Krieg, der schweren Störungen des Wirtschaftslebens durch den Krieg und der dadurch bedingten äußerst geringen Produktionsmöglichkeiten, die wiederum zwangsläufig ein starkes Zurückbleiben aller öffentlichen Einnahmen hinter den Erfolgen der vergangenen Jahre mit sich bringen, muß nicht nur das private, sondern auch das öffentliche Leben weitergehen, und zwar so weitergehen, daß nicht nur die Tagesnotwendigkeiten ihre Erfüllung finden, sondern auch die Grundlagen für einen künftigen wirtschaftlichen Wiederaufstieg bereits heute gelegt werden.

Es war daher nicht leicht, einen nahezu ausgeglichenen Voranschlag zu erstellen, der doch den öffentlichen Notwendigkeiten im großen und ganzen Rechnung trägt. Denn das Ein-

nahmenvolumen konnte nicht nach Belieben ausgedehnt werden.

Die Einnahmen des Landes sind gegenwärtig dreifacher Natur, Finanzausweisungen des Bundes, die Landesumlage und Verwaltungseinnahmen der einzelnen Verwaltungszweige.

Die Finanzausweisungen des Bundes konnten selbstverständlich nur in der Höhe eingesetzt werden, welche das gegenwärtig im Nationalrate in Verhandlung stehende Finanzausgleichs-Übergangsgesetz 1946 vorsieht.

Was die Landesumlage anlangt, so kann der Landtag zwar die Landesumlage bis zu 100 Prozent der für das Rechnungsjahr 1944 vorgeschriebenen und eingehobenen Gauumlage nach freiem Ermessen und über 100 Prozent hinaus mit Genehmigung des Bundesministeriums für Finanzen beschließen, der Voranschlag sieht jedoch in Würdigung der schwierigen finanziellen Lage der Gemeindenverbände, die infolge der angespannten finanziellen Lage der Gemeinden die Gemeindeverbandsumlage (früher Kreisumlage) auch nicht in voller Höhe wie im Jahre 1944 von den Gemeinden erheben können, nur eine 60prozentige Landesumlage vor.

Die Verwaltungseinnahmen der einzelnen Verwaltungszweige wurden in einer Höhe angenommen, die im Rahmen der wirtschaftlichen Möglichkeiten mit Sicherheit erwartet werden kann. Jede Erhöhung darüber hinaus würde nur zu fiktiven Ziffern führen und die Glaubwürdigkeit des Voranschlages beeinträchtigen, außerdem die Gefahr eines Abganges im Rechnungsabschluß hervorrufen.

Was das Ausgabenvolumen anlangt, das sich bei einer ernst zu nehmenden wirtschaftlichen Gebahrung selbstverständlich dem Einnahmenvolumen anpassen muß, so sieht der ordentliche Voranschlag alle Ausgaben in der tatsächlich erforderlichen Höhe vor, die zur Erfüllung gesetzlicher und vertragsmäßiger Verbindlichkeiten und zur Aufrechterhaltung einer regelrechten Verwaltung unbedingt notwendig sind.

Bei allen diesen Ausgabekrediten wurden an den Anträgen der Referate keinerlei Streichungen vorgenommen. Lediglich bei einzelnen Ausgabekrediten, welche freiwillige Leistungen des Landes betreffen, mußten zur Herstellung des Gleichgewichtes kleine Abstriche vorgenommen werden, doch wurde hierbei durchaus schonend vorgegangen und wird durch solche Streichungen in keinem Falle der Zweck, der erreicht werden soll, in nennenswerter Weise eingeschränkt oder gar vereitelt.

Darüber hinaus wurde ein außerordentlicher Voranschlag erstellt, der in voller Stattgebung

der Anträge der Referate Ausgaben in Höhe von 1,781.000 S vorsieht.

Was den Wiederaufbauvoranschlag mit Ausgaben in Höhe von 8,291.000 S anlangt, die zur Gänze aus Rücklagen gedeckt werden, so waren nach den Richtlinien des Bundesministeriums für Finanzen solche Ausgaben nur insoweit anzusetzen, als die wirtschaftlichen Bedingungen hiezu gegeben sind. Es mußten daher vereinzelt bescheidene Abstriche gemacht werden.

Einer Inanspruchnahme des ausländischen Anleihemarktes für den Wiederaufbau steht gegenwärtig noch das Fehlen einer international anerkannten österreichischen Währung als unüberwindbares Hindernis im Wege.

Vor Regelung der endgültigen Währungsverhältnisse begegnet aber auch eine entsprechend große Inanspruchnahme des inländischen Anleihemarktes gewissen Schwierigkeiten. Hierbei wird nur auf die Tatsache verwiesen, daß die Geldflüssigkeit in den letzten Monaten stark abgenommen hat, was auch in einem nicht unbeträchtlichen Rückgang der Spareinlagen bei den Sparkassen zum Ausdruck kommt.

In diesem Zusammenhang wird noch darauf verwiesen, daß das Land Niederösterreich nach Wien als erstes Bundesland auf Grund des Beschlusses der Niederösterreichischen Landesregierung vom 13. November 1945 der Landes-Hypothekenanstalt für Niederösterreich gegenüber die Ausfallhaftung für 30 Prozent jener Kredite für kriegsbeschädigte Wohn- und Wirtschaftsgebäude übernommen hat, die über die statutenmäßig zulässige Grenze von 50 Prozent des Schätzwertes hinaus bis 80 Prozent des Schätzwertes gewährt werden. Diese Haftung gilt vorläufig für Kredite, die bis zum 31. Dezember 1946 gewährt werden und geht bis zum Gesamtbetrage von 10,000.000 S. Der Einzelkredit ist mit 80.000 S begrenzt.

Mehr als die Übernahme einer ähnlichen Ausfallhaftung ist, wie erst kürzlich festgestellt werden konnte, bisher auch in den übrigen Bundesländern und in Wien für den Wiederaufbau nicht geschehen.

Aus diesen Darlegungen mag ersehen werden, daß bei der Erstellung des Voranschlages alles unternommen worden ist, um den Erfordernissen, die in der jetzigen Notzeit an die Landesverwaltung billigerweise gestellt werden können, gerecht zu werden.

Es bleibt nur noch der Wunsch und die Hoffnung offen, daß der Zeitpunkt nicht allzu fern sein möge, in dem unser teures Vaterland Österreich und unsere heißgeliebte engere Heimat Niederösterreich frei von allen einengenden politischen und wirtschaftlichen Fesseln wieder in einträchtiger demokratischer Zusammen-

arbeit sein Schicksal selbst gestalten und meistern darf.

Abschließend möchte ich noch darauf verweisen, daß der Finanzausschuß nach dreitägiger eingehender und sachlicher Überprüfung des vorliegenden Voranschlages den Beschluß gefaßt hat, denselben mit einigen Abänderungen dem Hohen Hause zur Annahme zu empfehlen.

Der Generalberichterstatter zum Voranschlag, Herr Landtagsabgeordneter Professor Z a c h, wird Ihnen vor Eingang in die Generaldebatte einen kurzen Gesamtüberblick über den Voranschlag geben und nach Eröffnung der Spezialdebatte denselben einzelplanweise erörtern. (*Großer Beifall.*)

PRÄSIDENT: Ich bitte den Herrn Berichterstatter, Herrn Abg. Z a c h, die Verhandlungen zum Voranschlag des Landes Niederösterreich für das Jahr 1946 einzuleiten, und zwar zum ordentlichen Voranschlag.

Berichterstatter ZACH: Hohes Haus! Meine sehr verehrten Frauen und Herren!

Ich habe vom Finanzausschuß den Auftrag erhalten, Ihnen, als den freigewählten Vertretern des Landes Niederösterreich, den Voranschlag für das Jahr 1946 zur Beratung und Beschlußfassung zu unterbreiten.

Schon die Namensbezeichnung sagt uns, daß hier ein Wandel eingetreten ist, denn es steht auf diesem Voranschlag nicht mehr die Bezeichnung „Gauselbstverwaltung“, sondern der altehrwürdige Name „Niederösterreich“. (*Großer Beifall.*) Ich glaube, daß sich das alte Sprichwort: „Wer Böses will, Gutes schafft“, hier in vollem Umfang wieder bewährt hat, denn man wollte uns Österreichern im gesamten und uns Niederösterreichern im besondern auch den Namen rauben, aber gerade dieses Rauben des Namens hat uns erst zur Besinnung gebracht, was wir verloren haben, denn uns Menschen ist es nun einmal eigen, erst dann voll und ganz zu erfassen, was wir besessen haben, wenn wir es verloren haben. Wir freuen uns daher, daß wir heute Gelegenheit haben, über den Wiederaufbau und über die Sorgen des Landes so zu beraten, daß es wirklich ein Anregen und Mithelfen an diesem Aufbau wird.

Der Herr Landeshauptmann und der Herr Finanzreferent haben Ihnen ja schon gesagt, warum der Voranschlag für das Jahr 1946 so erstellt werden mußte, wie er hier vorliegt. Der Zwang der Verhältnisse und die Not der Zeit waren die Ursache, daß viele Dinge in den Voranschlag nicht aufgenommen werden konnten, die uns allen so sehr am Herzen liegen. Daher ist es notwendig, daß wir als freigewählte Vertreter des Landes dem Herrn Landeshauptmann und der gesamten Landesregierung treu

zur Seite stehen und für die Errichtung der wirklichen vollen Autonomie des Landes mitkämpfen. (*Beifall.*) Wir sind derzeit in der Hauptsache auf die Zuschüsse des Bundes angewiesen. Darüber hinaus können wir nur eine sechzigprozentige Landesumlage einheben. Wir müssen also dem Bund immer wieder sagen: Gib uns die Steuerhoheit wieder, dann werden wir selber dafür sorgen, das hereinzubekommen, was wir auszugeben haben. Wir werden mit dieser Summe auch ganz anders wirtschaften als derjenige, dem sie einfach nur gegeben wird. Es ist das gleiche wie in einer Familie; solange die Kinder nur vom Vater zu verlangen haben: „Vater, gib“, stellen sie immer viel größere Anforderungen, als wenn der Vater einmal sagt: Kinder, setzt euch hin und sagt mir, wie werden wir diese Ausgaben auch bedecken, ohne Schulden zu machen. Dann werden die Kinder wahrscheinlich auch bei ihren Ausgaben etwas vorsichtiger sein. Schon aus diesem Grunde glaube ich, daß alles unternommen werden muß, daß bis zur Erstellung des neuen Voranschlages die Steuerhoheit des Landes, wie sie vor 1934, bzw. 1938 bestanden hat, in vollem Umfange wieder hergestellt wird.

Ich habe schon gesagt, daß viele Dinge, die wir gerne im Voranschlag gesehen hätten, nicht aufgenommen werden konnten. Wir müssen aber ehrlich gestehen, daß wahrscheinlich in diesen Dingen auch in Zukunft die Voraussetzungen fehlen werden, um diese Beträge wirklich umzusetzen. Dieser Voranschlag soll nur die Voraussetzungen schaffen, daß im nächsten Jahr wirklich der Wiederaufbau durchgeführt werden kann. Und da ist es notwendig, daß alle einträchtig zusammenarbeiten, um diese Voraussetzungen zu schaffen. Es wird da eine große Umstellung der verschiedenen Kräfte nicht nur manueller Art, sondern auch geistiger Art Platz greifen müssen, um die Voraussetzungen für den Wiederaufbau zu schaffen.

Ich habe mir vorgenommen, Sie nicht zu lange mit meinen Ausführungen aufzuhalten. Ich will Ihnen jetzt nur die Ziffern, die schon der Herr Finanzreferent Haller angedeutet hat, noch einmal kurz vortragen. Sie wissen, daß der Finanzausschuß die einzelnen Kapitel und die einzelnen Summen einer ganz genauen Prüfung unterzogen hat und es war erfreulich festzustellen, daß keine besonderen Gegensätzlichkeiten zu verzeichnen waren.

Im ordentlichen Voranschlag des Landes Niederösterreich für 1946 sind die Ausgaben mit 38,523.300 S und die Einnahmen mit 39,227.200 S, mithin ein Überschuß von 703.900 S, vorgesehen.

Im ordentlichen Voranschlag wurden die unbedingt notwendigen und immer wiederkehren-

den Beträge eingesetzt. Weitere Beträge sind im außerordentlichen Voranschlag und im Wiederaufbauvoranschlag veranschlagt. Der außerordentliche Voranschlag enthält diejenigen Ausgaben, die in der Hauptsache zur Ergänzung und Nachschaffung der Einrichtungen in den verschiedenen Wohlfahrtsanstalten erforderlich sind. Es liegt ja ein siebenjähriger Krieg hinter uns, während welchem die frühere Verwaltung fast nichts nachgeschafft hat. Wir wissen alle, wie arm wir gerade in diesen Anstalten geworden sind. Da ist nun ein Erfordernis von 1,781.000 S wirklich nur für das Notwendigste und Wichtigste eingesetzt. Die Einnahmen von 165.000 S zu ihrer teilweisen Bedekung werden aus Rücklagen genommen.

Der dritte Teil des Voranschlages ist der Wiederaufbau-Voranschlag. Ich weiß, daß viele sofort sagen werden, was sollen wir mit diesem Betrag von 8,291.000 S anfangen, das ist doch nur ein Tropfen auf einen heißen Stein. Ja, zugegeben, aber ich habe schon im Finanzausschuß gesagt, es wird unserer emsigsten Arbeit bedürfen, um auch diese 8,291.000 S wirklich ausgeben zu können, weil zum Teil die Rohmaterialien und auch die Arbeitskräfte fehlen. Vor allen anderen Dingen ist es also notwendig, die Rohmaterialien herbeizubringen. Auch wird es notwendig sein, daß wir immer wieder an den Bund die Bitte richten: Hilf, daß die wenigen verbliebenen Betriebe endlich in Gang gesetzt werden können. Es muß alles unternommen werden, um die notwendige Kohle herbeizuschaffen, denn ohne Kohle ist es unmöglich, den Wiederaufbau in die Wege zu leiten. Ich möchte besonders an den Herrn Landeshauptmann und die Landesregierung die inständige Bitte richten, nicht zu erlahmen, daß diese Vorbedingung für den Wiederaufbau geschaffen wird, und da muß in erster Linie Niederösterreich berücksichtigt werden, weil dieses Land auch am meisten des Wiederaufbaues bedarf.

Ich möchte Sie als die freigewählten Vertreter der Bevölkerung von Niederösterreich bitten, zu diesen Voranschlagsziffern in sachlicher, eingehender und vielleicht anregender Weise Stellung zu nehmen.

Der Gesamtvoranschlag des Landes Niederösterreich für das Jahr 1946 wird mit Ausgaben von 48,595.300 S und mit Einnahmen von 47,683.200 S, sohin mit einem Abgang von 912.100 S, dem Hohen Landtag vorgelegt.

Ich bitte nun den Herrn Präsidenten, die Generaldebatte über den Voranschlag zu eröffnen (*Großer Beifall.*)

PRÄSIDENT: Ich eröffne die Generaldebatte und erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Vesely als Vertreter der sozialistischen Partei.

Abg. VESELY: Hoher Landtag! Die heutige Sitzung des Hohen Hauses bedeutet in gewissem Sinne ein Jubiläum, denn heute ist es zum zehntenmal, daß sich die nach der Befreiung Österreichs in einer unbeeinflussten Wahl erwählten Vertreter des niederösterreichischen Volkes in diesem Saale versammeln. Diese Sitzung bedeutet aber weit mehr. Sie demonstriert zum erstenmal sinnfällig, schon durch die Tagesordnung, die wieder erlangte politische Freiheit des niederösterreichischen Volkes: „Beratung des Voranschlages.“

Um die Bedeutung dieses Tagesordnungspunktes richtig zu erkennen, ist es notwendig, sich eine Frage vorzulegen und sie auch zu beantworten, nämlich die Frage: Was ist der Staat? — „L'etat c'est moi“, sagten die absolutistischen französischen Könige und sie handelten auch danach. Das Volk wurde nicht gefragt, hatte kein Mitbestimmungsrecht, kein Kontrollrecht und keine Möglichkeit, Rechenschaft zu fordern. Es arbeitete, zahlte Steuern und stellte Soldaten. Damit war die Funktion des Volkes im absolutistischen Staate erschöpft.

Was ist der Staat? — Partei und Staat sind identisch, die Symbole der Partei sind die Symbole des Staates, das Führerprinzip der Partei ist das Verwaltungsprinzip des Staates. So sagten die Nationalsozialisten. Wer außerhalb der Partei steht, ist Staatsbürger zweiten Ranges, ein Staatsangehöriger, der sich vom wirklichen Staatsbürger dadurch unterscheidet, daß er zu den Verfolgten gehört oder zumindestens zu jenen, die nicht an die Krippe kommen können. Ein Mitbestimmungsrecht, ein Kontrollrecht, die Möglichkeit, Rechenschaft über die Staatsgebarung zu fordern, hat auch der Parteiangehörige nicht, denn das Führerprinzip schließt solche lästige Behelligungen der Regierenden von vornherein aus. Wir sehen, im wesentlichen dasselbe: die breite Masse des Volkes arbeitet, sie zahlt Steuer und stellt Soldaten. Damit ist ihre staatliche Funktion erschöpft. Alles übrige ist Sache eines Führerklingels, der seine Inspirationen in Ausübung seiner Regierungskunst aus einer allzeit bereiten Vorsehung schöpft.

Was ist der Staat? — Der Staat ist die Gesamtheit aller innerhalb einer bestimmten Grenze wohnenden Menschen, die mit gleichen Rechten und gleichen Pflichten ausgestattet sind. Das ist die Definition des demokratischen Volksstaates, zu dem wir uns bekennen und den wir wiederum aufgerichtet haben. Rechte und Pflichten bestimmt das Volk selbst durch seine gewählten Vertreter in den gesetzgebenden Körperschaften. Sie sind verankert in den Grundgesetzen des Staates, in seiner Verfassung. Es ist somit höchster Ausdruck der Souveränität

eines Volkes, wenn es sich, frei von Beeinflussungen außerstaatlicher Kräfte, durch seine freigewählten Vertreter eine Verfassung zu geben in der Lage ist. Zu den vornehmsten Pflichten des Staatsbürgers gehört seine finanzielle Beitragsleistung zur Erhaltung und zum Ausbau des staatlichen Gemeinwesens, in dem er lebt. Diese Lasten gerecht zu verteilen und ihr Ergebnis, den Steuerertrag, ebenso richtig und zweckmäßig zu verwalten, das ist ebenfalls Sache der gewählten Vertreter des Volkes, und das geschieht im Bund, in den Ländern und Gemeinden alljährlich durch die Vorlage des Vorschlages, eines Budgets, das nach gewissenhafter öffentlicher Beratung entweder einhellig oder durch Mehrheitsbeschluß zum Haushaltsplan erhoben und am Jahresende dem Rechnungsabschluß gegenübergestellt wird; diesem obliegt die Kontrolle für die Einhaltung des beschlossenen Budgets durch die zuständige exekutive Gewalt.

Zur öffentlichen Beratung des ersten niederösterreichischen Vorschlages nach der Befreiung haben wir uns heute hier zusammengefunden, wir, die Vertreter des niederösterreichischen Volkes. Die Rückgabe dieser Machtfülle in die Hand des gesamten Volkes bedeutet an sich schon Garant des Friedens, den zu erhalten unser erstes und letztes Streben gilt. Das aber gibt dieser Sitzung heute eine demonstrative, ich möchte sagen, es gibt ihr eine gewisse weihevollere Bedeutung.

Nach diesen einleitenden Bemerkungen nun zum Budget. Es besteht aus drei Teilen: aus dem ordentlichen Vorschlag, dem außerordentlichen Vorschlag und dem Wiederaufbauvorschlag. Trotz dieser Dreiteilung ist dieses Budget, wie ich bereits im Finanzausschuß sagte, als „Budget des armen Mannes“ zu bezeichnen; es ist der Ausdruck der durch die Kriegsverhältnisse bedingten Verarmung des Landes. In Anbetracht der ungeheuren Wunden, die unserem Lande geschlagen wurden, bedeutet die Gesamtausgabeziffer aller drei Teile des Budgets von nur 48.5 Millionen Schilling, der eine Gesamteinnahmeziffer von 47.5 Millionen Schilling gegenübersteht, nicht viel mehr als einen Tropfen auf einen heißen Stein; jedoch: jede Landesverwaltung kann immer nur so viel ausgeben, als sie aus dem Lande herauszuholen vermag! Aus unserem Lande ist aber derzeit nicht mehr herauszuholen, ganz gleichgültig, ob dieser Versuch durch das Land — als im Besitze seiner Steuerhoheit befindlich — selbst oder durch den Bund unternommen wird, der dann einen Teil des Ertrages in Form von Finanzzuweisungen an das Land zurückfließen läßt. Diese Praktik, die auf dem deutschen Finanzausgleichsrecht ba-

siert, steht derzeit in Anwendung und soll noch zwei Jahre in Verwendung bleiben. Nun, dagegen läßt sich vorweg nichts unternehmen; jedenfalls wünschen wir aber, daß dem Lande so bald wie möglich seine Steuerhoheit zurückgegeben wird und daß bei Erstellung des neuen Steuerabgaben-Teilungsgesetzes zumindest für eine Reihe von Jahren auf die besonderen Kriegsschäden des Landes Niederösterreich Rücksicht genommen wird. *(Beifall.)*

Armut des Landes bedeutet letzten Endes auch Armut der Gemeinden, die ja in ihrer Summe das Land ergeben. Daraus erhellt, daß auch an eine Erhöhung der zweiten Hauptentnahme des Landes, der Landesumlage, die von den Gemeinden bezahlt wird, nicht zu denken ist. Die Gesundung muß von unten kommen. Wenn in den Gemeinden die Landwirtschaft, Industrie, Handel und Gewerbe wieder aufblühen können, dann führt dies automatisch zu einer Blüte des Landes und darüber hinaus zu einer Blüte des Staates. Freilich, die Gemeinden bedürfen zur Aktivierung von Handel und Wandel auf ihren Territorien der Mithilfe des Landes und des Staates und diese wieder müssen, um über den toten Punkt hinwegzukommen, die Mithilfe des Auslandes erbitten. Es ist wiederholt festgestellt worden, daß wir nicht auf die Dauer von mildtätigen Gaben leben wollen. Das Ausland möge uns Kredite geben, die uns helfen werden, unsere Wirtschaft anzukurbeln, mögen es nun Barkredite oder Reliefkredite sein, wie wir sie nach dem ersten Weltkrieg erhalten haben.

Was das Verhältnis zwischen Personal- und Sachaufwand betrifft, so ist es als günstig zu bezeichnen, wenngleich dies vor allem darauf zurückzuführen ist, daß die größte Gruppe der Landesangestellten, die Volks- und Hauptschullehrer, derzeit vom Bund besoldet wird. Hiezu kommt, daß die Gehälter und Löhne seit mehr als einem Jahr erstarrt sind und nicht mehr den derzeitigen Preisverhältnissen entsprechen. Es ist aber unmöglich, auf dem Gebiete der Lohnpolitik deflationistische Strömungen und auf dem Gebiete der Preispolitik inflationistische Strömungen obwalten zu lassen. Die unausbleibliche Folge müßte die Unterbindung der Konsumkraft und in weiterer Folge Arbeitslosigkeit sein. *(Beifall.)*

Äußerst ungünstig ist das Verhältnis zwischen Aktiven und Pensionisten, das einem Verhältnis von 2 : 3 entspricht, das heißt, auf zwei aktive Angestellte kommen drei Pensionisten. Die Pensionen müssen aus Mitteln der laufenden Gebarung bezahlt werden, da alle Pensionsfonds schon durch die Inflation nach dem ersten Weltkrieg restlos aufgezehrt wurden. Wohin wir auch blicken, überall dasselbe Bild:

der Krieg, die größte Geißel der Menschheit, zerstört oft in Wochen und Monaten, was in Jahrzehnten und Jahrhunderten mühselig erarbeitet wurde!

Es ist nicht meine Aufgabe, auf Details des Voranschlages einzugehen, das wird Sache der anschließenden Spezialdebatte sein. Ich möchte nur noch eine Feststellung machen: Die Kosten der Landesregierung und des Landtages betragen, umgerechnet auf den Kopf der Bevölkerung, jährlich 45 Groschen. Im Vergleich zu dieser Ziffer zeigten die Summen, die wir anlässlich des Nürnberger Prozesses zu hören bekommen haben, ein ganz anderes Bild und eine ganz andere Art und Weise seitens der Herren Gauleiter und ihrer Stäbe, sich für ihre Arbeit bezahlt zu machen. Auch an diesem Beispiel möge das Volk erkennen, wie mit seinen Steuer Groschen gewirtschaftet wird, wenn es sich der Kontrolle der Staatsgebarung begibt, wenn es vor ekstatischen Heilrufen aufs Denken vergift. (*Rufe: Sehr gut.*)

Es ist in der Generaldebatte zum Voranschlag üblich, den Blick auch über den relativ eng begrenzten Raum, in den uns ein Schicksal hineingestellt hat und in dem wir leben müssen, hinauszurichten, um zu erkennen, wie sehr unser tägliches Leben von den Bedingungen der Umwelt abhängig ist; um so abhängiger dann, wenn dieses Land, ein ganz kleines Land, infolge seiner geographischen und verkehrspolitischen Lage sowie seiner immerhin bemerkenswerten Rohstoffbasen seit nahezu 30 Jahren zum Zielpunkt auswärtiger politischer und wirtschaftlicher Expansionsbestrebungen geworden ist. Diese tragische Stellung tritt heute mehr denn je in Erscheinung. Welche staatsrechtliche Stellung nimmt Österreich im Konzept der Völker heute überhaupt ein? „Nie sollst du mich befragen!“ Für alle Staaten der Erde, ob sie nun zu den Besiegten gehören oder zu den Siegern, gilt irgend eine Deklaration, irgend eine Charta; für uns gelten theoretisch alle, aber praktisch keine. (*Beifall.*) Das, meine Herren, ist das Schlimmste, was einem Volk passieren kann.

Als der Krieg begann, bestand unser Staat nicht mehr, er war durch einen Staatsstreich von außen zum entrechteten Bindeglied zwischen zwei mächtigen Imperialismen und zum Aufmarschgebiet für einen schon im Detail vorbereiteten Krieg gemacht worden. Der überwältigende Teil unseres Volkes erlebte damals mit heißer Inbrunst die Hilfe des Auslandes an, weil er sich dessen bewußt war, in welcher tragischen Situation Österreich geraten war. Das Flehen aber blieb unerhört. Die Würfel waren gefallen, nicht für Österreich allein, sondern für Europa und für die ganze Welt. Und heute

macht man uns zum Vorwurf, daß es im Lande so und so viele Nationalsozialisten gibt. Ja, hat es solche denn nicht auch anderswo gegeben? Hatte nicht Norwegen seinen Quisling, hatte nicht Belgien seinen Degrelle, Holland seinen Mussert und hatte nicht sogar die Ukraine ihren Wlassow? Und sie, die Aufgezählten, die nicht einmal die Sprache des Eroberers, ihres Führers, sprachen, war ihre Schuld nicht um so größer? Trotzdem läßt man diese Völker als Ganze nicht dafür büßen, was einige Zehntausende ihrer Angehörigen verbrochen haben. Bei uns aber sieht man immer nur die Nationalsozialisten und erinnert sich nicht mehr der Tausende von Toten — 6000 sind es allein in Wien — und erinnert sich nicht der Tausende von Häftlingen in den Konzentrationslagern und Kerkern, die dem Empfinden des überwiegenden Teiles des Volkes Ausdruck geben wollten oder gaben und ihr Beginnen mit dem Tode und schwerer Haft zu büßen hatten. (*Lebhafte Zustimmung.*) Wie wenig die österreichische Bevölkerung innerlich vom Pesthauch des Nationalsozialismus durchdrungen war, beweist der Umstand, daß noch im Stadium der Kämpfe um das Land sich allorts die demokratischen Kräfte ralliierten, daß wir im Nu eine demokratische Zentralverwaltung und allorts demokratische Verwaltungen aufrichten konnten. Österreich war mit Ausnahme des Siegerstaates England das erste Land Europas, das sich nach Beendigung des Krieges in wahrhaft vorbildlicher Weise eine wahrhaft demokratische Volksvertretung zu geben vermochte. (*Lebhafter Beifall.*) Aber man hat diese politische Reife des österreichischen Volkes nicht anerkannt. Man zerriß ein an sich kleines einheitliches Wirtschaftsgebiet in vier Teile und schloß jeden dieser Teile vom anderen hermetisch ab. Was im großen Deutschland sinn- und zweckvoll sein mochte, das war hierzulande nach den Worten der großen englischen Wirtschaftszeitung „The Economist“ eine tragische Parodie. Unter diesen Umständen ist es nicht verwunderlich, wenn unser Wiederaufbauvoranschlag heute, 15 Monate nach Kriegsende, nicht mehr als acht Millionen Schilling — und die aus Rücklagen vergangener Jahre entnommen — auszuwerfen vermag. Unsere Kritiker mögen uns zeigen, wie man wirklichen Wiederaufbau betreiben soll, wenn sich beispielsweise zwischen unserer niederösterreichischen Metallindustrie, die zum größten Teil ihres Maschinenparks entblößt ist, und der steirischen Rohstoffbasis der eiserne Vorhang der Demarkationslinie senkt. (*Zustimmung.*) Nicht zu vergessen der katastrophalen Auswirkungen dieser Gebietsabsperrrungen hinsichtlich der Ernährung Wiens und Niederösterreichs. Wenn nach

der Viehzählung vom Dezember 1945 der Rindviehbestand in Gesamtösterreich gegenüber dem Jahre 1938 nur um 20 bis 25 Prozent zurückgegangen ist, fragt man sich, wieso es kommt, daß Kinder, Kranke und Greise entweder keine Milch bekommen können oder mit einem unzureichenden Quantum abgespeist werden müssen, wieso es kommt, daß Hunderttausende Arbeiter Monate hindurch kein Frischfleisch zugeteilt erhalten können. Die Antwort ist sehr einfach. Das Vieh wurde von den zurückflutenden deutschen Truppen nach dem Westen abgetrieben und leidet dort in den gebirgigen Gegenden Mangel an Futter. Der Rücktransport aber ist unmöglich, denn zwischen Wollen und Können steht die Demarkationslinie.

Noch ein anderes Bild von der Demarkationslinie auf einem anderen Gebiete:

Was soll man dazu sagen, wenn von einem Posten auf der Brücke, die von Linz nach Urfahr führt, einem österreichischen Nationalrat und Doktor, auf dessen Lichtbildausweis sich das Lichtbild etwas gelöst hatte, nach längerem Studium des Passes das Bild gänzlich heruntergerissen, die Schriftstücke dem Abgeordneten vor zahlreichen Umstehenden wie einem ungezogenen Schuljungen hingeworfen und ihm donnernd zugerufen wird: „Zurück!“ (*Hört, hört!*) Ich habe damals als Zeuge dieser Szene das Empfinden gehabt, daß man sich diese Art der Kontrolle nur deshalb zurechtgelegt hatte, weil es sich um einen gewählten Vertreter des Volkes handelte. Glaubt man denn, durch eine solche Vorgangsweise die Achtung und den Respekt vor der Demokratie und ihren Einrichtungen und Vertretern heben zu können?

Ein weiteres Kapitel bildet die für unser Land unerträgliche Zahl an Besatzungstruppen. Noch immer kommt auf vier bis fünf Österreicher, Kinder und Säuglinge inbegriffen, ein ausländischer Soldat, also weit mehr als in Deutschland. Wir anerkennen selbstverständlich ohne weiteres das Recht der Alliierten, hier mit Hilfe ihrer Besatzungstruppen alle jene Maßnahmen zu treffen, die sie für notwendig erachten, um ein Wiederaufleben des Nationalsozialismus, zu dessen Niederrückung sie so große Opfer bringen mußten, zu verhindern. Aber wir müssen uns fragen: wie lange soll das noch dauern und ist dazu dieser Aufwand notwendig? Tausende von Wohnungen sind besetzt. Die Wohnungsinhaber müssen sich in ungesunden Massenquartieren zusammendrängen oder versuchen, ihre durch Bomben zerstörten Wohnungen wenigstens behelfsmäßig wieder brauchbar zu machen. Zahlreiche Fabriken, Schulen und andere öffentlichen Gebäude kön-

nen nicht ihrem wirtschaftlichen Zwecke zugeführt werden.

Die Ausbreitung der Geschlechtskrankheiten, eine leider unabwendbare Begleiterscheinung aller militärischen Besetzungen, nimmt bedrohliche Formen an, und die Sicherheitsverhältnisse, besonders in den ländlichen Gebieten, sind beängstigend. Jede Armee hat eben ihre gewisse Zahl von Marodeuren, die sich den Mangel einer entsprechenden Organisation der Sicherheits- und Verkehrsverhältnisse zunutze machen. Das gilt gleichermaßen für alle. Aber es kann das nicht so weitergehen. Man höre endlich da draußen in der weiten Welt den gequälten Aufschrei eines Volkes, das für seine geringe Schuld wahrhaft genug gebüßt hat! (*Lebhafter Beifall.*)

Bei der gesetzgeberischen Tätigkeit unserer Regierung prangt noch immer auf allen Regierungsvorlagen, die dem österreichischen Nationalrat zur Beschlußfassung vorgelegt werden, der Passus: „Diese Maßnahme tritt nicht früher in Kraft, als sie die Genehmigung des Hohen Alliierten-Rates erhalten hat.“ Ist das wirklich vereinbar mit den Bestimmungen der Moskauer Deklaration, derzufolge Österreich zu einem freien unabhängigen Staate erklärt wurde? Haben sich die Begriffe von der Unabhängigkeit eines freien Staates so gewandelt?

Österreich ist, wie bereits erwähnt, ein zwar kleines Land, aber ein Land auf wichtigem Posten, ein schönes Land mit Bodenschätzen und darum ein Land der Begehrlichkeit der Großen. Diese Situation hat uns seit 1918 zu einem Lande der ständigen Einmischung in unsere inneren Angelegenheiten durch die wirtschaftlich und politisch stärkeren Mächte dieses Erdteiles gemacht. Wie sollte und konnte Österreich darauf reagieren? Wenn Politik soviel wie Staatskunst und Weltweisheit bedeutet, dann wahrhaftig müssen Neunmalweise kommen, um dieses österreichische Staatsschiff jederzeit zwischen den Klippen und Riffen der Weltpolitik hindurchzulotsen. Vielleicht hätten wir diesen Lotsen. Aber es liegt in der Tücke des demokratischen Spieles der Kräfte in diesem Lande, daß der Mann, der schon zweimal vorzeitig die Hand vom Steuer nehmen mußte, nicht in die Lage kam, seine Fähigkeiten und Begabungen voll zur Entfaltung zu bringen. Dieses Wissen um die tragische Situation unseres Landes als eines Brennpunktes im weltpolitischen Konzept läßt uns andererseits die uns widerfahrene Behandlung auch einigermaßen in versöhnlichem Lichte erscheinen. Wir wissen nämlich eines: das uns zugefügte Leid gilt letzten Endes nicht immer uns, gilt nicht den demokratischen Österreichern, die man draußen in der Welt doch richtig einschätzt, uns treffen

nur die diplomatischen Schläge, die über uns hinweg anderen vermeint sind, die aber in ihren gesellschaftlichen und politischen Auswirkungen dazu angetan sein können, unsere Existenz aufs Spiel zu setzen. Wir wissen weiters, daß nach Beendigung von Kriegen, insbesondere nach einem solchem im Weltmaßstab, immer eine geraume Zeit verstreichen muß, ehe eine neue Ordnung Platz greifen kann. Der Wiener Kongreß nach der Besiegung Napoleons hatte ein weit weniger verwirrtes Europa neu zu organisieren und doch vergingen Jahre, ehe sich die Sieger über die neue Ordnung einigen konnten. Wir können ohne weiteres verstehen, daß die alliierten Mächte aus diesem Krieg mit einem gewissen Maß an Sicherheit für die Zukunft hervorgehen wollten und wir sind gerne bereit, das nötige Verständnis und auch die Geduld hierfür aufzubringen. Aber, wie ich bereits einmal sagte, man verlange von uns nicht mehr, als wir leisten können. Wenn wir hören, daß derzeit die Regierung der Sowjetunion mit Vertretern der österreichischen Regierung eine für uns erträgliche Auslegung der Potsdamer Beschlüsse ausarbeitet, dann begrüßen wir dies und es erfüllt uns diese Nachricht mit Zuversicht und guter Hoffnung für die Zukunft. Sie darf uns jedoch nicht hindern, immer wieder unsere existenzbedingenden Forderungen zu erheben, Forderungen, die wahrhaftig SOS.-Rufen gleichzustellen sind. So fordern wir die Beseitigung aller von außen kommenden Einschränkungen hinsichtlich Gesetzgebung und Verwaltung, sei es im Hinblick auf Parlament, die Länder und die Gemeinden. Der demokratische Wille des Volkes muß voll und ganz zur Entfaltung kommen können. Wir verlangen die volle Wiederherstellung der österreichischen Souveränität, die Zurückziehung aller Militärregierungen, unbeschadet natürlich des Rechtes der Alliierten auf eine interalliierte Kontrolle. Wir verlangen die Zurückziehung aller Besatzungstruppen, die Auflassung der Demarkationslinien, die Wiederherstellung eines einheitlichen österreichischen Wirtschaftsgebietes und die Rückführung der österreichischen Kriegsgefangenen. (*Lebhafte Beifall.*) Wir verlangen die Aufhebung aller Verbote, die Österreich daran hindern, am internationalen Güter- und Warenaustausch teilzunehmen. Wir verlangen die Freigabe des Güter- und Reiseverkehrs mit dem Ausland sowie die Aufhebung der beschämenden Inlandzensur. (*Beifall.*) Wir verlangen Klarstellung der Potsdamer Beschlüsse und Rückgabe der von den Besatzungsmächten besetzten Betriebe und Produktionsstätten gemäß der Londoner Deklaration der Alliierten vom 5. Jänner 1943. (*Beifall.*)

Neben den gemeinsamen Forderungen an die Alliierten hat die sozialistische Partei Österreichs aber auch gewisse Forderungen gegenüber der Mehrheit in diesem Staate zu erheben. Jedes nationale Unglück, und jeder Krieg ist ein solches, kann letzten Endes zur Quelle nationaler Wohlfahrt werden, wenn die Mahnen aus den Millionen Gräbern der Blüte unserer Jugend sich zu jener unwiderstehlichen Kraft verdichten, die das Denken der Überlebenden aufzurütteln und umzuformen vermag. Wenn nicht alles trägt, ist diese Umformung des Denkens hierzulande gelungen. Die drei demokratischen Parteien Österreichs haben sich unter Hintanhaltung extremer Parteiziele zu gemeinsamem Schaffen zusammengefunden und bereits wertvolle Arbeit geleistet. Daß es noch divergierende Auffassungen vielfach örtlicher Natur, insbesondere über die Spielregeln der Demokratie gibt, ist nicht von entscheidender Bedeutung, ins solange die innere Bereitschaft zur Überbrückung der wesentlichen Gegensätze im Interesse des Aufbaues unseres Landes besteht.

Die Bundesverfassungsgesetzfrage ist zu nächst erledigt.

Durch den Beharrungsbeschluß des Nationalrates gilt bis auf weiteres die österreichische Bundesverfassung des Jahres 1929. Wir müssen aber in diesem Zusammenhang fragen, warum noch nichts unternommen wurde, auch die zur Ergänzung notwendige niederösterreichische Landesverfassung in Kraft zu setzen? Es sei bei dieser Gelegenheit darauf verwiesen, daß es in unserem Lande nie wieder vorkommen darf, eine beschworene Verfassung leichtfertig über Bord zu werfen. (*Beifall.*)

Das Leid des österreichischen Volkes begann in dem Augenblick, als die Grundlage der demokratischen Verwaltung hierzulande zerstört wurde. Es muß unsere Aufgabe sein, die kommende Generation in ihrer Gesamtheit dahin zu bringen, daß sie das demokratische Gefäß unserer Bundesverfassung auch mit dem entsprechenden Inhalt erfüllt, das heißt mit wahrhaft demokratischer Gesinnung, mit dem unbeugsamen Willen zur Demokratie unter allen Umständen! Es genügt nicht, nur sein Österreichtum zu betonen. Österreich ist an sich nichts als ein geographischer Begriff, kein Programm und noch weniger ein absolut zuverlässiger Sicherheitskoeffizient für eine demokratische Entwicklung, wie die Erfahrung leider bewiesen hat. Der Begriff Demokratie verträgt auch keine spitzfindigen Interpretationen. Entscheidend ist immer das Votum des Volkes! Unterschiede in der demokratischen Auffassung in den einzelnen Ländern ergeben sich nur hinsichtlich der Anwendung des Pro-

porz- oder des Majorzsystems; ein drittes gibt es nicht. Wir haben uns für den Proporz entschieden und demgemäß unsere legislativen Körperschaften zusammengesetzt. Jede Partei hat soviel verhältnismäßigen Anteil an der Regierung, als dem bei der Wahl erzielten Stimmenverhältnis entspricht! Das heißt, wir haben keine Koalitionsregierung, sondern eine gesetzlich fundierte Konzentrationsregierung, wobei sich jede Partei, unbeschadet ihrer Bereitschaft zur Zusammenarbeit, das Recht auf Kritik vorbehält. Dieser Grundsatz hat nicht nur in Bund und Land, sondern auch in den Gemeinden und übrigen öffentlichen Körperschaften und Verwaltungen zu gelten. Jede Partei muß bereit sein, sich mit den jeweils gegebenen Verhältnissen entweder als Mehrheit oder als Minderheit abzufinden (*Beifall. Rufo: Sehr richtig!*) und stets korrektes demokratisches Verhalten an dem Tag zu legen.

Im Aufbau unserer demokratischen Verwaltung besteht noch eine Lücke, und zwar hinsichtlich der demokratischen Bezirksverwaltungen, die hoffentlich in Bälde geschlossen werden kann. Aber nicht nur die Mandatsträger haben sich eines absolut korrekten demokratischen Verhaltens zu befleißigen, wir müssen dasselbe auch von der Beamtenschaft in allen öffentlichen Körperschaften verlangen. Der Beamte in der Diktatur ist nichts anderes als Vollzugsorgan des Hoheitsträgers. Es mag diese Stellung für ihn leichter sein, denn er trägt keine Verantwortung, die Verantwortung trägt für ihn der Hoheitsträger. Anders ist es im Volksstaat. Hier ist der Beamte wie der Abgeordnete der Beauftragte des Volkes und er hat demgemäß seine Pflichtenauffassung und seinen Verkehr mit der Bevölkerung der demokratischen Grundhaltung gemäß zu gestalten.

Aber alle gesellschaftliche Demokratie ist unweigerlich zum Scheitern verurteilt, wenn ihr nicht eine vernünftige Wirtschaftsdemokratie zur Seite tritt. Der Kapitalismus hat wohl zur Genüge bewiesen, daß er nicht fähig und nicht willens ist, eine den Bedürfnissen der breiten Massen entsprechende Bedarfsdeckungswirtschaft zu entwickeln. Es liegt eben im Wesen des kapitalistischen Systems, die Produktion nach Profitinteressen zu gestalten, auch wenn dabei das Wohl ganzer Völker in Frage gestellt wird. Private Schwerindustrie und Kriegsgefahr sind unzertrennliche Begriffe! Die Mittel zur Erreichung der Ziele, die sich der Kapitalismus steckt, können niemals demokratisch sein; sie bedingen vielmehr naturnotwendig immer wieder die Zerschlagung der gesellschaftlichen und staatlichen Demokratie dann, wenn diese ein für den Kapitalismus gefährliches Entwicklungsstadium erreicht hat. Die

meisten Staaten der Erde haben aus dieser Erkenntnis heraus die notwendigen Schlüsse gezogen und wir als kleines Land können da nicht zurückbleiben, wenn wir nicht trotz Befreiung von allen äußeren Hemmnissen zumindestens wirtschaftlich unsere Existenz aufs Spiel setzen wollen.

Deshalb fordern wir die Vergesellschaftung der Schlüsselbetriebe unseres Wirtschaftslebens. (*Beifall links.*) Ob diese Vergesellschaftung oder Nationalisierung in Form der Verstaatlichung oder Kommunalisierung, der Bildung von gemeinschaftlichen Anstalten oder schließlich von Verbrauchergenossenschaften erfolgt, ist eine Frage der Zweckmäßigkeit. Hauptsache ist die Vergesellschaftung im Prinzip auf Grund eingehender Studien und nach Vorschlägen staatlicher Planungskommissionen, die unverzüglich einzusetzen sind. Eine bloße Gewinnbeteiligung der Arbeiterschaft lehnen wir ab! (*Rufe rechts: Oho!*) Das bedeutet keine Lösung des Problems. Es ist vielmehr als der Versuch zu werten, die Gewerkschaftseinheit der Arbeiterschaft zu zertrümmern. (*Beifall links. Rufo: Sehr richtig.*)

Wir wenden uns nicht gegen das private Eigentum an sich. Nach der Betriebsstatistik vom Jahre 1938 gab es in Österreich 40.000 Groß-, Klein- und Mittelbetriebe. Wenn wir von Vergesellschaftung der Schlüsselindustrie sprechen, dann meinen wir drei Prozent dieser 40.000, das sind 1100 bis 1200 jener Großbetriebe, die tatsächlich die Schlüsselstellung in unserem Wirtschaftsleben inne haben. Die übrigen 97 Prozent, das ist also die gesamte Zahl aller Klein- und Mittelbetriebe, bleiben von unseren Maßnahmen vollständig unberührt; ihre Situation und Produktionskraft würde durch Verstaatlichung der Schlüsselindustrien nur wesentlich verbessert. Dasselbe gilt hinsichtlich der landwirtschaftlichen Großbetriebe. Nur 363 Großgrundbesitze mit über 500 Hektar im Gesamtausmaß von 1.1 Millionen Hektar, die niemals rationell geführt und ausgenützt werden können, wollen wir in die Bodenreform einbeziehen. Auch diese Maßnahme würde den zahlreichen Klein- und Mittelbetrieben landwirtschaftlicher Art nur zum Segen gereichen.

Alle diese Reformen müssen aber sofort in Angriff genommen werden. Möge sich die Mehrheit in unserem Lande dessen bewußt sein, daß sie vor der Bevölkerung die Verantwortung trägt, wenn sie die unbedingte Notwendigkeit der Stunde nicht erkennt. Unser Volk hungert, es geht in Lumpen und wartet auf Taten, die im Bereich des Möglichen liegen. Es wird weiter hungern und weiter in Lumpen herumgehen und obendrein vom Gespenst der Arbeitslosigkeit bedroht sein, wenn wir durchführbare

wirtschaftliche Maßnahmen etwa aus parteipolitischen Gründen nicht in Anwendung bringen.

Auf gleicher Linie liegen auch die unaufschiebbaren Maßnahmen hinsichtlich der Aufbringung und Verteilung der im Lande produzierten Lebensmittel.

Das Parlament hat die Zusammenlegung beider Funktionen der Versorgung im Rahmen des Ernährungsministeriums beschlossen und das Volk wartet auf die Durchführung dieses Beschlusses. Es geht nicht an, daß, wie etwa „Das Kleine Volksblatt“ schreibt, dieser Beschluß des Nationalrates nicht in die Tat umgesetzt werde, weil es sich hierbei um eine Zufallsmehrheit handelt, und daß die sogenannten Wirtschaftsverbände bestehen bleiben müssen. Das alles, was wir hier vorschlagen, ist noch nicht Wiederaufbau, es bedeutet nur eine Vorbereitung hiezu, aber diese muß hier wie auf allen anderen Gebieten unseres zertrümmerten Wirtschaftslebens und unserer zerstörten Ernährungsbasis unverzüglich getroffen werden.

Österreichs internationale Stellung ist klar vorgezeichnet. Will es seine staatliche Selbständigkeit bewahren, so muß es die ihm vom Schicksal übertragene Stellung des Mittlers zwischen West und Ost ohne Bindung nach der einen oder anderen Seite, aber auch ohne Voreingenommenheit gegen die eine oder andere Seite auf sich nehmen. (*Rufe links: Sehr richtig!*) Das österreichische Volk ist bereit und hat die Fähigkeit dazu. Es will gerne alles, was vom Westen kommt, nach dem Osten weitergeben und umgekehrt. Es will für sich aus dem Westen und Osten nehmen und will die Produkte seines Fleißes nach dem Osten und Westen abgeben. Es will nichts anderes, als in Frieden seine Kultur entwickeln, die der Welt schon so viel zu geben vermochte. Österreich war immer ein getreuer Verfechter des Gedankens des Völkerbundes, und zwar so lange, als es sich seine demokratische Grundlage bewahren konnte. Es soll auch diese zweite Republik Österreich, die ja vermutlich auf breiter gefaßter demokratischer Grundlage steht, ein stabiles Element des Friedens und der Demokratie in Mitteleuropa sein. Das österreichische Volk weiß sehr genau, daß es in einem zukünftigen Krieg nichts gewinnen, aber alles zu verlieren hätte und deshalb, nur um dem Frieden zu dienen, hat sich die Sozialistische Partei mancherorts entschlossen, vielleicht mehr Verantwortung zu übernehmen, als ihr zahlenmäßig zukommen würde. Wir sind loyal, wollen loyal bleiben und können mit Berechtigung annehmen, daß uns diese Loyalität auch von den beiden anderen Seiten entgegengebracht wird. Wenn dieses Österreich

seiner Sendung gerecht werden soll, dann muß man ihm nicht nur die Möglichkeit seines gesellschaftlichen und staatlichen Wiederaufbaues und seiner wirtschaftlichen Konsolidierung geben, man muß ihm auch die Möglichkeit geben, seine Stimme im Rahmen der Völker zu erheben.

Wir fordern deshalb abschließend die Aufnahme in die UNO! Viele Staaten haben schon die Erfahrungen gemacht, daß in Zeiten der Not des Vaterlandes ärmste Söhne meist die getreuesten sind. Nun, Österreich ist heute ein kleines Land, ein armes Volk, ein Bettelvolk, aber leicht könnte es sein, daß dieses kleine, arme Volk im Rate der Großen sich in der Stunde der Bewährung vielleicht als der getreueste Hüter des Friedens unter den Menschen auf Erden erweist! (*Großer, anhaltender Beifall.*) Wir glauben, daß der uns vorgelegte Voranschlag einen Schritt auf dem Wege zu dem von uns erstrebten Ziele bedeutet und sind infolgedessen bereit, für den Voranschlag zu stimmen. (*Großer Beifall.*)

PRÄSIDENT: Als nächsten Redner erteile ich dem Herrn Landesrat G e n n e r das Wort.

Landesrat GENNER: Hoher Landtag! Der erste Voranschlag des Landes Niederösterreich nach der Befreiung ist kein Voranschlag, den das Land in seiner Not braucht, vor allem ist er kein Voranschlag des Wiederaufbaues. Er macht den Eindruck eines Notbehelfes, mit dem wir wieder über einige Zeit hinüberkommen sollen. Der ordentliche Voranschlag ist gekennzeichnet dadurch, daß er an die Zuweisungen des Bundes gebunden ist, daß das Land Niederösterreich vom Bund sozusagen beschränkte Alimente erhält und damit die Begrenzung der Ausgaben vorgeschrieben ist sowie seinerzeit dem Reichsgau Niederdonau. Sogar die Gliederung des Voranschlages erfolgt nach den seinerzeitigen reichsrechtlichen Vorschriften für die ehemaligen Reichsgaue.

Für den Wiederaufbau sind eigene Ausgaben vorgesehen. Sie stammen aus den Rücklagen, die von der früheren Gauverwaltung übernommen wurden und betragen rund 8 Millionen. Mit diesem Betrag kann kein wirklicher Wiederaufbau durchgeführt werden. Die gesamten Rücklagen aus der Zeit der Gauverwaltung betragen rund 16 Millionen. Es bleiben also noch rund 8 Millionen übrig. Ein Teil davon sind „Rücklagen mit besonderer Zweckbestimmung“, das heißt wohl, daß sie für einen bestimmten Zweck gebunden sind. Aber diese sogenannte Zweckbestimmung, zum Beispiel Rücklage für den Bau einer Feuerweherschule oder einer Sportschule, stammt aus der Zeit der Naziverwaltung. Es ist nicht einzusehen, warum diese Zweckbestimmungen aus der Nazi-

zeit beibehalten werden sollen und wofür diese restlichen 8 Millionen eigentlich aufgehoben werden sollen und warum sie nicht schon jetzt in einen wirklichen Aufbauplan einbezogen werden sollen. Es erhebt sich die Frage. Welche Zwecke werden wirklich mit diesen 8 Millionen Rücklagen verfolgt? Es kann in der Lage, in der wir uns befinden, nur eine Zweckbestimmung Geltung haben: Der Wiederaufbau des Landes.

Alles Unglück, das der Faschismus mit sich bringt, kam über dieses Land: jahrelange innere Spannung, Rüstung zum Bürgerkrieg, schließlich der schrecklichste aller Kriege, der Bürgerkrieg, Gewalt und Fremdherrschaft und Krieg. Gegen Ende des Krieges ist ein Teil Niederösterreichs auch noch Kriegsschauplatz geworden. Erinnern wir uns, wie wir damals alle gefürchtet haben, daß ganz Niederösterreich Kriegsschauplatz und verwüstet wird. Und wie wir alle gehofft haben, daß ein rascher Sieg der Roten Armee dieses Land und seine Menschen vor noch weit größerem Unglück retten wird. Diese Hoffnung hat nicht getragen. Die vollständige Verwüstung und Zerstörung der Städte und Fluren ist diesem Land und uns allen durch die Opfer und Siege der Roten Armee erspart geblieben. Niederösterreich war auch das erste Land, das keine Militärregierung, sondern vom Anfang an eine eigene Verwaltung, wenn auch unter der Kontrolle der Besatzungsarmee, hatte. Was eine Militärregierung bedeutet, haben die anderen Bundesländer erfahren.

Niemand hat uns gehindert, den notwendigen und dringlichen Wiederaufbau mit allen unseren Kräften durchzuführen. Aber das Problem des Wiederaufbaues ist heute so ungelöst wie am ersten Tage und wie alle anderen Probleme, die alle miteinander zusammenhängen. Gewiß, zum Wiederaufbau braucht man nicht nur Geld, sondern auch Arbeitskräfte und Material. Es gibt übrigens heute schon wieder Arbeitslose in manchen Industriegebieten Niederösterreichs. Aber man braucht noch mehr, wenn der Wiederaufbau gelingen soll. Den ernststen Willen, die entschlossene Tat und die praktische, demokratische Zusammenarbeit. Das alles gab es damals, in den ersten Wochen und Monaten nach dem Krieg, als die Schwierigkeiten noch viel größer waren als sie heute sind. Aber dann begann wieder, wie in einer unseligen Vergangenheit, statt der Zusammenarbeit das Auseinanderarbeiten. Die Folge ist, daß es nicht richtig vorwärtsgehen will.

Ohne Sicherung der Ernährung gibt es keinen Wiederaufbau. Das Kapitel der Ernährung ist ein trauriges Kapitel, das wir in diesem Jahre geschrieben haben. Wir wissen,

es gab und gibt viele Verbände und Instanzen, die sich mit der Ernährung befassen, aber wir wissen auch, daß dieser Instanzenwirrwarr nicht geeignet und imstande war und ist, alle vorhandenen Mittel aufzubringen, um der furchtbaren Not in den Industriegemeinden zu steuern: Wir wissen auch, daß allzuviele Hoffnungen und Erwartungen auf die Hilfe von außen, vom Westen her, gerichtet wurden, dies trotz allen Warnungen der Leiter der UNRRA-Mission.

In einer Zeitung für Niederösterreich konnte man vor einigen Wochen einen kleinen Jungen sehen, der sich an guten UNRRA.-Lebensmitteln, Schinken und Indianerkrapfen — wahrscheinlich hat man geglaubt, daß Indianerkrapfen schon ihrem Namen nach nur aus Amerika kommen können — gütlich tat und schließlich „vollgefressen“, wie es im Text hieß, auf dem Boden lag. Aber wie anders ist das Bild der Kinder in den Industriegebieten, der Kinder, die viel zu wenig Brot erhalten und deren Mütter Gemüse und Obst, selbst wenn sie es erhalten, nicht kaufen können, weil die Preise unerschwinglich gestiegen, die Löhne aber auf der selben tiefen Stufe geblieben sind. Mit Verschleierung und Vertuschung wird man der Not nicht Herr. Es werden noch schwere Wochen und Monate kommen. Wir können uns der Pflicht der Vorsorge nicht entziehen. In Steiermark sind unter dem Druck der Not in Orten, Bezirken und im Lande selbst Versorgungsausschüsse, bestehend aus Vertretern der Gewerkschaften oder Betriebe und der Landwirtschaft, gebildet worden. Sie haben schon jetzt gute Erfolge erzielt. Wenn sie die notwendigen Vollmachten erhalten und aufgebaut werden in der Richtung der Vereinheitlichung des Ernährungswesens, so können diese Einrichtungen der bisherigen Unzulänglichkeit im ganzen Ernährungswesen ein Ende bereiten und ernsthaft den Kampf führen gegen die Hungersnot, die uns jetzt und wohl noch lange bedroht.

Es ist selbstverständlich, daß zum Aufbau der Ernährung der Aufbau der Landwirtschaft gehört und daß man der Landwirtschaft geben muß, was sie dazu braucht. Es ist unerträglich und führt zum Ruin, daß die Verbrauchsgüter, Maschinen, Geräte, Textilwaren sofort nach ihrer Erzeugung in den unterirdischen Kanälen der Spekulanten und Schleichhändler verschwinden, statt daß sie die Bauern und alle, die sie brauchen und daran Mangel haben, erhalten. Eine Kontrolle der Produktion und der Verteilung der Verbrauchsgüter ist einfach unerlässlich für den Wiederaufbau der ganzen Wirtschaft und nicht zuletzt für die Sicherung der Ernährung. In Steiermark haben Bauern

gesagt: „Bei uns werden Hofbegehungen gemacht. Wir wollen sehen, was in den Betrieben produziert wird und wohin es kommt.“ Die Vertreter der Arbeiter haben geantwortet: „Wir werden euch gerne in den Betrieben begrüßen.“ In Niederösterreich sind Betriebsräte aller Parteien zu den Bauern gegangen und haben gesagt: „Wir sind in Not, wir können kaum mehr arbeiten, helft uns, wir wollen euch auch helfen mit unserer Arbeit, mit unserem Können.“ Sie haben Hilfe und volles Verständnis gefunden. Es gab da keinen Unterschied der Parteien. Aber oben gab es diesen Unterschied. Da hat man mit Mißgunst diese direkte Verständigung zwischen Arbeitern und Bauern betrachtet. Diese Aktion wurde verboten. Mit Verboten ist nichts getan. Das gilt auch für den viel umstrittenen Rucksackverkehr. Verbieten ist nicht schwer, das kennen wir aus vergangenen Jahren. Aber es handelt sich darum, nach dem Verbot selbst positive Taten zu vollbringen.

In den nächsten Monaten und im kommenden Winter drohen uns schwere Gefahren. Ich glaube, daß wir uns auch in Niederösterreich zusammenfinden, die Lage mit einigem Tatsachensinn prüfen, verantwortungsbewußte Beschlüsse fassen und sie auch rasch durchführen müssen. Der Ernährungsbeirat ist keine Lösung. Optische Lösungen sind eher schädlich als nützlich. Freilich, es gibt eine Voraussetzung für die Überwindung der kommenden Schwierigkeiten: das ist eine wirkliche Zusammenarbeit. Wie steht es damit? In den Gemeinden sucht man trotz klaren Parteienvereinbarungen unter Hinweis auf das Ergebnis der Wahlen in den Landtag und in den Nationalrat den Einfluß der Kommunisten zurückzudrängen. An der Verwaltung des Landes selbst haben wir keinen unmittelbaren Anteil. Ein kooperiertes Mitglied der Landesregierung ohne Verwaltungsgebiet ist auch mehr eine optische Angelegenheit. Manchmal nimmt dieser Widerstreit zwischen Optik und innerem Widerstreben gegen die Zusammenarbeit geradezu groteske Formen an. Das haben wir gesehen bei der Einsetzung des Ernährungsbeirates und der Wiederaufbaukommissionen, wo man nach sichtlichem und längerem Zögern schließlich doch erkannt hat, daß eigentlich auch die Kommunistische Partei vertreten sein müßte. Wir haben uns das ruhig angesehen, uns einiges dabei gedacht und wir pflegen im übrigen unser Verhalten danach einzurichten. In besonders kritischen Situationen pflegt man an unsere Mitverantwortung zu appellieren. Es wird voraussichtlich eine Zeit kommen, wo man es wieder tun wird. Wir wollen dazu ernst und offen sagen: Wir drängen uns nirgends dazu, aber

wir scheuen keine Verantwortung, allerdings unter der Voraussetzung einer wirklich demokratischen Zusammenarbeit von oben bis unten. Appelle an die gemeinsame Verantwortung, aber im übrigen formale Proporzdemokratie, die schon einmal Schiffbruch gelitten hat — so wird es nicht gehen. Aber besteht überhaupt dieser Wille zur Zusammenarbeit? Nach allem, was im Lande vorgeht, kann man es kaum annehmen. Es wird im ganzen Lande eine sich immer mehr steigernde Hetze gegen die Kommunistische Partei und gegen die Rote Armee, der mancher von den Hetzern sein Leben und seine Freiheit verdankt, betrieben. Sie kommt nicht von unten. Das Volk weiß aus seinen praktischen Nöten heraus, wie notwendig die Zusammenarbeit ist. Diese Hetze wird künstlich erzeugt und von oben angeordnet. Es werden auch Drohungen verbreitet, was mit den Kommunisten geschehen wird, wenn die Besatzung nicht mehr da sein wird. Schämen sich ihre Urheber nicht? Kommunisten, die unter täglicher Todesgefahr gegen die gigantische Macht des Faschismus gekämpft haben, während so mancher seinen Nutzen aus der Zusammenarbeit mit den Nazi gezogen hat, kann man mit Drohungen nicht einschüchtern und erschrecken. In Steiermark ist nach dem Abzug der Russen und unter der britischen Besatzung, die den Kommunisten nicht gerade freundlich gesinnt ist, die Kommunistische Partei organisch gewachsen und stärker geworden. Aber verantwortungsbewußte Parteiführer müßten sich fragen, wohin diese Hetze führen wird. Einer ersprießlichen Zusammenarbeit kann sie nicht dienen. Demgegenüber ist wohl bezeichnend das Verhalten zu den Nazi. Bei jeder Säuberungsaktion kann man hören, daß sie unentbehrlich sind. Gewiß, wir wollen die kleinen Nazi einordnen, die großen sind für uns wahrhaftig entbehrlich. Und je einflußreicher ihre Stellung ist, desto notwendiger ist ihre Entfernung.

Je größer die Not und die Mißwirtschaft wurde, desto beliebter ist die Methode der Ablenkung geworden. Es wird auch davon gesprochen, daß Zistersdorf für Niederösterreich von großer Bedeutung ist. Gut, wir sind bereit, von Zistersdorf zu reden. In den Beratungen der provisorischen Regierung haben auch die Vertreter der anderen Parteien zugegeben, daß der Vertrag über Zistersdorf, den Rußland vorgeschlagen hat, günstig war. Als sich aber ausländische Kapitalsinteressenten einmengten, wurde der Vertrag abgelehnt mit der Begründung, daß die provisorische Regierung für den Abschluß nicht zuständig sei. Mit Hetzpropaganda wird auch diese Frage nicht gelöst werden.

Alle Probleme Österreichs, Verstaatlichung, Bodenreform, Sicherung der Ernährung, Demokratisierung der Verwaltung, sind auch die besonderen Probleme Niederösterreichs. Keines ist ohne das andere, keines ohne demokratische Zusammenarbeit zu lösen. Von selber werden sie nicht gelöst, wie lange wir auch warten mögen. Ohne ihre Lösung kommen wir aus der Sackgasse, in der wir uns zweifellos heute befinden, nicht heraus und nicht vorwärts.

Alle großen Mächte wollen die Unabhängigkeit eines demokratischen Österreichs. Aber infolge der geographischen Lage Österreichs ist es nicht immer Österreich allein, das gemeint ist, wenn man von Österreich spricht. Wir aber haben nur ein Interesse: Die Unabhängigkeit eines demokratischen Österreichs. Aber dieses Ziel können wir nur erreichen mit einer Politik der Freundschaft mit allen Völkern, mit den Nachbarländern, die für unsere Ernährung so wichtig sind, mit den westlichen Ländern und mit Sowjetrußland, der großen Macht im Osten, ohne deren opferreiches Kämpfen und Siegen der Faschismus noch immer herrschen, ohne deren Einfluß er in manchen Gebieten der Erde schon wieder triumphieren würde. Gerade wegen unserer geographischen Lage hoffen und wünschen wir, wie alle Völker, daß sich die großen Mächte verständigen und einigen. Aber was soll dann die Hetze? Sie kann uns in der gegebenen Situation nur schaden und wir geraten in Gefahr, bei allen Völkern Ansehen und Vertrauen einzubüßen.

Der Bestand eines unabhängigen, demokratischen Österreichs liegt im internationalen Interesse, ist aber vor allem eine Lebensnotwendigkeit des österreichischen Volkes. Das ist doch die größte und eindringlichste Lehre der Ereignisse der vergangenen Jahre. Deshalb kann der Leitsatz unserer Politik nach innen und außen nur das sein, was Österreich nützt.

Wir werden für das Budget stimmen, nicht weil wir glauben, daß es, so wie es ist, den Erfordernissen der Lage dienen kann, oder gar, weil wir das, was geschehen ist oder unterlassen wurde, billigen, sondern weil wir damit zeigen wollen, daß wir unseren Beitrag zum Aufbau unseres Landes zu leisten jederzeit bereit sind und weil wir hoffen, daß sich mehr und ganz anders als bisher die Notwendigkeit der praktischen demokratischen Zusammenarbeit im Interesse unseres Landes und ganz Österreichs durchsetzen wird.

PRÄSIDENT: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abg. B a c h i n g e r das Wort.

Abg. BACHINGER: Hohes Haus! Der dem Hause zur Beratung und Beschlußfassung vorliegende Voranschlag des Landes Niederöster-

reich für das Jahr 1946 ist entsprechend der Zeitlage ein Voranschlag größter Einschränkung und Sparsamkeit in den Aufwendungen. Dem gegenüber steht eine Fülle der Not, die auf allen Bevölkerungsschichten und Berufsgruppen mit einer nie dagewesenen Stärke lastet. Wir müssen uns also gerade zu einer Zeit, wo wir den größten Umfang der Hilfeleistung aufbringen sollten, zur weitestgehenden Zurückhaltung bereifinden. An diesem Widerspruch, der eben in der Zeit liegt, krankt auch der ganze Voranschlag des Landes Niederösterreich.

Die Versprechungen eines wirtschaftlichen Aufblühens, welche den Einmarsch des deutschen Militärs, der Parteiformationen und der österreichischen Legionen begleiteten, haben sich nicht verwirklicht; sie sind geblieben, was sie von allem Anfang immer waren: ein brauner Propagandabluff. Es stellte sich sehr bald heraus, daß unsere Brüder aus dem Reich nicht gekommen waren, um uns eine Hilfe angedeihen zu lassen, die wir übrigens gar nicht erbeten hatten, sondern daß sie gekommen waren, sich die Reichtümer Österreichs vom Goldschatz der Nationalbank angefangen bis zum Obst auf unseren Bäumen ins Reich heimzuholen.

Aus den Gulaschkanonen, mit denen man lächerlicherweise der angeblich hungernden Bevölkerung helfen wollte, war das Gulasch bald ausgeschöpft und einzig und allein nur die Kanonen übrig geblieben; und als dann der Krieg kam, gab es keine Grenze dessen, was nicht aus dem Staate und seiner Bevölkerung herausgeholt wurde. Ein Meer von Blut und Tränen.

Niederösterreich hat mit Wien unter allen Bundesländern durch die Kriegs- und Nachkriegsereignisse am allerschwersten gelitten.

Auf niederösterreichischem Boden wurden die größten Schlachten des Befreiungskampfes um Österreich geschlagen. Mehr als in anderen Ländern wurde bei uns an industriellen Einrichtungen und Betrieben, an bäuerlichen Wirtschaften und an Werkstätten des Gewerbes zerstört. Mehr als in allen übrigen Ländern ist der Viehstand Niederösterreichs gesunken, sind seine Ernährungsgrundlagen vernichtet und wir in beiden Hinsichten darauf angewiesen, auf die Unterstützung unserer Mitbürger im glücklicheren Westen zu rechnen.

In den niederösterreichischen Bezirken hielten sich die Besatzungsmächte in einem zahlenmäßigen Umfang, der über das Ausmaß in den anderen Bundesländern weit hinaus geht.

Es wird und muß diesen Ländern verständlich sein, wenn wir aus den Opfern, die wir für die Allgemeinheit des österreichischen Vol-

kes und Staatsgebietes gebracht haben, eine Folgerung auf einen bevorzugten Ersatzanspruch ziehen.

Der Bund ist verpflichtet, das wollen wir in diesem Zusammenhang rückhaltlos aussprechen, Niederösterreich über das Ausmaß dessen, was verhältnismäßig auf das Land entfällt, Zuwendungen zu machen. Es handelt sich bei dieser Forderung nicht um eine Lizitation von Beträgen, sondern um glatte Notwendigkeiten, die nicht bloß im Interesse unseres Landes, sondern auch im Interesse der übrigen Länder und des Staatsganzen liegen.

Niederösterreich ist eines der größten Produktionsgebiete der österreichischen Gesamtindustrie, ein Faktor von ausschlaggebender Bedeutung für die Aufbringung der Volksernährung im Staatsgebiet.

Auch das Gewerbe und der Handel im Lande Niederösterreich sind im höchsten Grade wichtig für die gesamte wirtschaftliche Produktion des Staates. Es liegt im Interesse des österreichischen Gewerbe- und Handelstreibenden, daß ihre Berufskollegen im Lande Niederösterreich wirtschaftlich gut bestellt sind, daß ihre zertrümmerten Unternehmungen und Betriebsstätten bald wieder hergestellt werden, daß alle diese nach Arbeit verlangenden Hände nicht noch eine unabsehbare Zeit weiterfeiern müssen, sondern so bald als möglich an das Werk des tatsächlichen Wiederaufbaues gelegt werden können.

Wir richten im Sinne dieser angeführten Tatsachen als gesetzgebende Körperschaft und als Gesamtvertretung der wirtschaftlichen Interessen im Lande ohne Unterschied der Partei, der Weltanschauung, der beruflichen und wirtschaftlichen Gliederung den Appell an die Bundesregierung, der wirtschaftlichen Notlage des Landes im weitestgehenden Umfange durch eine umfassende Erhöhung der geldlichen Zuwendung Rechnung zu tragen.

Der Ausgabenetat des Landes Niederösterreich für 1946 ist um rund 54 Millionen Schilling geringer als jener des letzten Voranschlages des Landes Niederösterreich für 1938. Dementsprechend hat sich auch die Einnahmenseite um rund 52 Millionen Schilling verringert. Die Hauptursache der Ausgaben-senkung liegt darin, daß der Aufwand für das Volks- und Hauptschulwesen sowie für die mittelbare Bundesverwaltung in den Ländern das Landesbudget nicht belastet, da er aus Bundesmitteln bedeckt wird.

Der ordentliche Voranschlag sieht Ausgaben von rund 38.5 Millionen Schilling und Einnahmen von rund 39.2 Millionen Schilling vor. Der Überschuß beträgt sohin 700.000 S. Der Großteil der ordentlichen Ausgaben entfällt auf

die Straßenbauverwaltung. Sie sind mit 9.1 Millionen Schilling veranschlagt, darunter 1.3 Millionen Schilling für die im Jahre 1940 von den Bezirksstraßenausschüssen übernommenen Ruhebezüge der Straßenmeister und Straßenwärter und 7.8 Millionen Schilling für den Sachaufwand. Für die normal anfallende Erhaltung und Instandsetzung von Landstraßen erster und zweiter Ordnung und von Bezirksstraßen kommen rund 2759 Kilometer Landstraßen erster Ordnung und 5092 Kilometer Landstraßen zweiter Ordnung sowie 5028 Kilometer Bezirksstraßen, zusammen daher rund 12.879 Kilometer in Betracht.

Die Kosten wurden verhältnismäßig niedrig angesetzt, da die normale Erhaltung zugunsten einer raschen Beseitigung der Kriegsschäden im laufenden Jahre zurückgestellt werden muß. Bestimmend hierfür ist auch der Mangel an Material und Arbeitskräften, die, soweit sie greifbar sind, für eine vordringliche Behebung der Kriegsschäden auf den Straßen Verwendung finden müssen.

Den nächstgrößeren Anteil der ordentlichen Ausgaben beansprucht die allgemeine Verwaltung. Ihr Erfordernis ist mit rund 6.3 Millionen Schilling veranschlagt. Davon entfallen auf den Personalaufwand rund 5.2 Millionen Schilling und auf den Sachaufwand, das ist für den mannigfachen Amts- und Kanzleibedarf, rund 1.1 Millionen Schilling.

Zum Personalaufwand ist zu bemerken, daß er gegenüber jenem des Jahres 1938 bedeutend gesunken ist. Rechnet man zum Personalaufwand der allgemeinen Verwaltung noch jenen der übrigen Verwaltungszweige, und zwar der Schulverwaltung, des Fürsorge-, Jugend- und Gesundheitswesens dazu, so stellt sich der gesamte Personalaufwand des Landes im Jahre 1946 auf rund 11.3 Millionen Schilling. Das Verhältnis des Personalaufwandes zum Sachaufwand ist bedeutend günstiger als es im Jahre 1938 war. In diesem Jahre entfielen 60 Prozent auf den Personalaufwand und nur 40 Prozent auf den Sachaufwand. Im heurigen Voranschlag hingegen entfallen nur 23 Prozent auf den Personalaufwand, so daß 77 Prozent der gesamten zur Verfügung stehenden Einnahmen für den Sachaufwand Verwendung finden können.

Dieses überaus günstige Verhältnis hat seine Ursache in der Entlastung der Länderbudgets vom Personaletat für die Volks- und Hauptschullehrer, weiters von den Personalkosten für die mittelbare Bundesverwaltung bei den Ländern und von den Personalkosten für die ehemaligen niederösterreichischen Landesangestellten, die, da sie nach der Besetzung Österreichs Reichsbeamte wurden, nunmehr Bundes-

beamte sind. Diese Personalkosten, die bis zum Jahre 1938 das Land belasteten — für die Personalkosten der mittelbaren Bundesverwaltung erhielt allerdings das Land einen Verwaltungskostenbeitrag —, werden derzeit aus Bundesmitteln getragen. Die angeführten Umstände sind, wie bereits erwähnt, die Hauptursache der bedeutenden Senkung der Ausgabenhöhe des Landes im Vergleich zu jenem des Jahres 1938.

Vom Personaletat des Landes von zusammen rund 11.3 Millionen Schilling entfallen auf Aktivbezüge rund 5.7 Millionen Schilling, auf den Pensionsaufwand rund 4.7 Millionen Schilling, der Rest ist für Sozialversicherungsbeiträge, Notstandsaushilfen und Unterstützungen veranschlagt. Wenn man berücksichtigt, daß im Pensionsaufwand rund 1.3 Millionen Schilling für die im Jahre 1940 von den Bezirksstraßenausschüssen übernommenen Ruhe- und Versorgungsgenüssen der Bezirksstraßenmeister und Straßenwärter enthalten sind, also eigentlich keinen Verpflichtungsaufwand für das Land bedeuten, sondern einen solchen der Bezirke darstellen, so kann das Verhältnis zwischen Aktiv- und Pensionsaufwand als günstig bezeichnet werden.

Das Fürsorgewesen beansprucht von den ordentlichen Ausgaben rund 14 Prozent, das sind 5.3 Millionen Schilling.

Der außerordentliche Voranschlag sieht Ausgaben von 1,781.000 S vor. Sie sind unbedeckt. Ihre Bedeckung soll teils durch den Überschuß der ordentlichen Gebarung, teils durch Mehreinnahmen bei der veranschlagten ordentlichen Bedeckung erfolgen. Die außerordentlichen Ausgaben betreffen in der Hauptsache die Vorsorge für die während des Krieges vernachlässigte und daher jetzt in Etappen vorzunehmende Ergänzung und Verbesserung der Einrichtungen der Landeswohlfahrtsanstalten.

Der Wiederaufbauvoranschlag enthält durchwegs Ausgaben für Arbeiten, die ihre Ursachen in Kriegesgeschehnissen haben. Die für 1946 veranschlagten Ausgaben stellen selbstverständlich nur einen Bruchteil des Erfordernisses dar, da die Ausgaben nur im Rahmen der derzeitigen wirtschaftlichen Möglichkeiten und Vorbedingungen gehalten werden konnten. Die Gesamtausgaben für die erste Etappe des Wiederaufbaues sind mit 8,291.000 S vorgesehen. Sie werden aus Rücklagen gedeckt, die greifbar sind. Mit Rücksicht auf die schweren Kriegsschäden auf den Straßen und Brücken im Lande weist im Wiederaufbauvoranschlag auch wieder die Bauverwaltung den größten Anteil aus. Er beträgt rund 68 Prozent des Gesamtaufwandes.

Aus den Ansätzen des Voranschlages geht aber auch noch eine Tatsache hervor, über die

wir nicht stillschweigend hinweggehen können. Ich meine die Dotierung des Finanzbedarfes des Landes, der in einem so überwiegenden Teil aus Bundesmitteln erfolgt, daß für die eigene Finanzaufbringung kaum mehr ein Raum übrig bleibt. Es wäre ja ein recht angenehmer Zustand, nur anschaffen zu dürfen, aber für die Bedeckung nicht vorsorgen zu müssen, wenn dies nicht gleichzeitig zur Folge hätte, daß auf diesem Wege die Autonomie des Landes vollständig in die Brüche geht und kaum mehr etwas davon übrig bliebe. Wir wissen sehr wohl, daß sich dieser Zustand der Dinge mit gewissen Bestrebungen im Bunde und vor allem im Kreise der Zentralbürokratie deckt. Wir haben aber nicht viel Lust, uns für derartige volksferne Verwaltungsexperimente widerspruchslos herzugeben und ich richte daher an das Hohe Haus die Bitte, einem diesbezüglichen Antrag, den ich einbringen werde, ihre Zustimmung zu erteilen.

Dieser mein Antrag bezieht sich auf die Wiederherstellung der vollen Autonomie im Lande in verwaltungs- und finanzrechtlichem Sinn und lautet (*liest*):

„Die Landesregierung wird beauftragt, bei der Bundesregierung dafür einzutreten, daß den Ländern wieder die volle Autonomie rückerstattet und damit auch wieder selbständige Steuerrechte sowie die Anteile am Ertrage von Bundessteuern eingeräumt werden, wobei auch eine Änderung der Lastenverteilung, insbesondere die Wiederübernahme des Personal- und Sachaufwandes der staatlichen Verwaltung (mittelbare Bundesverwaltung) auf die Länder durchzuführen ist.“

Ich bitte um Annahme dieses Antrages. (*Beifall.*)

PRÄSIDENT: Wir gelangen zur Abstimmung über den Resolutionsantrag des Herrn Abg. Bachinger. (*Abstimmung.*) Angenommen.

Die Rednerliste zur Generaldebatte ist erschöpft, der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. ZACH: Die Redner aller drei Parteien sind eins in dem Bestreben, die Autonomie des Landes wieder herzustellen und Wege aufzuzeigen, die auf rascheste Weise zu diesem Ziele führen sollen.

Ich will nur noch auf einige wenige Dinge zurückkommen.

Ich glaube, daß es ein wesentlicher Bestandteil echter und wahrer Demokratie ist, wenn über Dinge, die noch in weiter Ferne liegen, wenigstens grundsätzlich gesprochen wird, aber niemals darf dabei ein versteckter Vorwurf herausklingen, daß dieses oder jenes durchgeführt werden sollte, obwohl die Möglichkeiten dazu noch fehlen. (*Beifall rechts.*) Das

glaube ich, kann man nicht als Demokratie bezeichnen, sondern das grenzt an ein ähnlich klingendes Wort, nämlich an Demagogie. Ich sage das nicht kritisierend, aber ich glaube, daß nur dann das Interesse an den Beratungen in diesem Hause wach bleibt, wenn uns Dinge beschäftigen, die uns allen auf den Fingern und im Herzen brennen. Daher glaube ich sagen zu können, daß gerade die Vergesellschaftung, Nationalisierung, Sozialisierung, oder wie die Begriffe alle heißen mögen, uns allen am Herzen gelegen sind, weil wir wissen, daß die Großbetriebe oder Schlüsselindustrien, wie sie genannt werden, herrenlos geworden sind. Das sage ich aber mit einer gewissen Einschränkung: sie sind scheinbar von der einen unrechtmäßigen Hand in eine unbestimmte Hand gekommen. (*Rufe rechts: Sehr gut!*) Daher ist es notwendig, daß wir alle Kräfte einmütig zusammenfassen, damit diese Fragen endgültig geklärt werden. Wir können doch um Himmels willen nicht über Vergesellschaftung oder Sozialisierung eines Betriebes sprechen, von dem noch nicht festgestellt ist, wer der endgültige Besitzer ist. (*Beifall rechts.*) Daher stimmen wir alle in den Ruf ein, den der Herr Abg. Vesely ausgesprochen hat: „Sagt uns endlich, was wir von den Versprechungen halten dürfen!“ Wir waren ein gläubiges Volk und wir hoffen jetzt, daß unser fester, so hart geprüfter Glaube nicht abermals ganz enttäuscht wird. Die Österreicher sind gläubig, aber wenn sie einmal anfangen ungläubig zu werden, dann werden sie es bis in den letzten Winkel des Herzens hinein. Ich glaube daher, daß eine Welle der Aufklärung, eine Welle der Begeisterung durch unsere Gaue gehen muß. Ich meine mit dem Worte „Gau“ nicht das Land Niederösterreich, sondern ich bezeichne damit die schönen, verschiedenen Gaue unserer Heimat. Unser Ruf lautet: Wir wollen endlich wissen, was diesem Lande Niederösterreich geblieben ist. Erst dann werden wir zu allen diesen Vorschlägen die Hand reichen, um auf möglichst schmerzlosen und gefahrlosen Wegen zum Ziele zu kommen und die Großbetriebe so zu gestalten, daß der Staat, das Land und die Gemeinden sowie die beteiligten Arbeiter und Angestellten Nutzen daraus ziehen können. Dazu ist es aber notwendig, daß nicht vorschnell etwas entschieden wird.

Wenn der sehr verehrte Herr Abg. Vesely gesagt hat, daß das sofort durchgeführt werden soll, so muß ich dazu sagen, daß zum Beispiel in England, welches, was demokratische Einrichtungen anbelangt, wohl an erster Stelle steht, bei einem Sofortprogramm auch sofort gesagt werden muß, wie seine Durchführung möglich ist, denn erst dann kann zu diesen Dingen Stellung genommen werden. (*Abg.*

VESELY: Ich habe nicht die sofortige Sozialisierung, sondern die sofortige Einberufung einer Planungsquete gefordert.)

Dann habe ich es falsch aufgefaßt. Wenn es so gemeint ist, dann haben sie unsere hundertprozentige Unterstützung. Nur durch rechtzeitige Vorbereitung werden wir rasch — wenn wir die Möglichkeit haben, selbst zu entscheiden — zum Ziel kommen. Weiters glaube ich noch, daß es ein wesentlicher Bestandteil der Demokratie ist, wenn sie in jedem Betriebe, bei jeder Gemeinde bis zum letzten durchgeführt wird. Es zeigen sich nämlich — ich schließe da niemand aus — schon wieder kleine Anzeichen, daß oft Mehrheit mit Alleinherrschaft verwechselt wird. (*Beifall rechts.*) Ich mache nur eine Feststellung. (*Abg. KOPPENSTEINER: Da haben Sie recht.*) Ich werde bei den entsprechenden Kapiteln mit positiven Dingen aufwarten. (*Landeshauptmannstellvertreter POPP: Vergessen Sie nicht, daß Sie hier Berichterstatter sind und nicht Redner einer Fraktion. Nehmen Sie das zur Kenntnis.*) Nur die Ruhe, Herr Landeshauptmannstellvertreter, kann es machen, je heißer es wird, desto ruhiger zu werden ist meine Absicht. Denn ich habe niemanden angegriffen, ich habe nichts entstellt, aber ich betone nur, wenn gesagt wird, daß die Demokratie nicht eingehalten wird, daß die Volkspartei in dieser Frage bewiesen hat, daß sie über der Parteipolitik steht. (*Rufe rechts: Sehr gut!*) Ich glaube, diese Feststellung machen zu können. (*Landeshauptmannstellvertreter POPP: Sind Sie jetzt hier Regent der ÖVP. oder des Finanzausschusses, das möchte ich wissen? Wenn das einer von Ihrer Fraktion sagt, geht das in Ordnung! — Landesrat STIKA: Ihm scheint jeder politische Takt zu fehlen.*) Ich weiß, was Sie wollen, meine sehr verehrten Herrn. (*Landeshauptmannstellvertreter POPP: Legen Sie die Berichterstatterstelle nieder, dann können Sie uns angreifen!*) Ich habe niemanden angegriffen, sondern nur tatsächliche Feststellungen gemacht. (*Landeshauptmannstellvertreter POPP: Sie haben als Berichterstatter nicht zu polemisieren. — Landesrat STIKA: Da ist schon eine politische Erziehung notwendig bei Ihnen. Rufe rechts: Oho!*)

PRÄSIDENT (*das Glockenzeichen gebend*): Ich bitte, keine Zwischenrufe zu machen!

Im Angriff zeigt sich das, was Sie rügen wollen.

Wenn vom Herrn Landesrat Genner gesagt wurde, daß der Voranschlag nur ein Notbehelf ist, so ist das von allen drei Rednern einhellig bestätigt worden. Er hat ganz recht, wenn er sagte, daß auf die UNRRA. nicht allzu große Hoffnungen gesetzt werden sollen. Daher ist

es notwendig, daß eben alle Voraussetzungen, die zu einer möglichen Eigenversorgung führen sollen, raschestens in Angriff genommen werden.

Betreffs Zistersdorf ist es erfreulich, daß es endlich zu direkten Verhandlungen kommt.

Daß alle drei Redner erklärt haben, für den Voranschlag zu stimmen, ist sicherlich ein Beweis dafür, daß er in wirklich emsiger Zusammenarbeit aller in Betracht kommenden Stellen erarbeitet worden ist.

Ich bitte den Herrn Präsidenten, die Verhandlung über den Einzelplan 0 einzuleiten.

PRÄSIDENT: *(Abstimmung über das Eingehen in die Spezialdebatte.)*

Angenommen.

Ich unterbreche die Sitzung bis 13 Uhr 30 Minuten. *(Die Sitzung wird um 12 Uhr 16 Minuten unterbrochen.)*

PRÄSIDENT *(nach Wiederaufnahme der Sitzung um 13 Uhr 40 Min.):*

Wir setzen die Beratungen wieder fort und gelangen zur Beratung über die Einzelpläne des Voranschlages des Landes Niederösterreich für das Jahr 1946.

Ich ersuche den Herrn Referenten, zu Einzelplan 0, Allgemeine Verwaltung, zu berichten.

Berichterstatter Abg. ZACH:

Meine sehr verehrten Frauen und Herren!

Wir kommen zur Beratung des Einzelplanes 0, Allgemeine Verwaltung.

Die Herren Redner in der Generaldebatte sind schon auf diesen Gegenstand eingegangen und haben das Verhältnis zwischen den aktiven Angestellten und den Pensionisten einer kurzen Beleuchtung unterzogen. Bei einem raschen Durchgehen der einzelnen Zahlen fällt der verhältnismäßig hohe Betrag von 3,318.300 S für die Versorgungsbezüge der Beamten und deren Hinterbliebenen auf. Die Zahl der Pensionisten ist deswegen so hoch, weil sich in dieser Zahl einerseits alle jene Pensionisten befinden, die bei der Teilung Wiens und Niederösterreichs angefallen sind und andererseits jene Pensionisten, die bei der Verreichlichung der Landesverwaltung nicht übernommen wurden. Der weitaus überwiegende Teil der pragmatischen Angestellten, fast vier Fünftel, sind vom „Reich“ übernommen worden, während die Pensionisten in der Gesamtheit dem Lande verblieben sind. Es ist vielleicht daher für die Zukunft ratsam, alle diese Beträge getrennt aufzuführen, damit man sieht, welche beim Lande Niederösterreich verblieben sind. Ich glaube, das wird auch deswegen zweckdienlich sein, um bei den künftigen Auseinandersetzungen mit dem Bunde gleich aufzeigen zu können, welche Benachteiligung

hier dem Lande Niederösterreich widerfahren ist. Es ist wohl richtig, daß ein Teil dieser Pensionsbeträge von Wien an das Land Niederösterreich rückvergütet wird. Im übrigen läßt sich über diese Ziffern nicht viel sagen, weil sie eben unbedingt notwendige Ausgaben darstellen. Ersparungen sind da bestimmt nicht möglich und für eventuelle andere Maßnahmen werden die zuständigen Herren, die dazu das Wort ergreifen, ihre Beweisgründe anführen.

Ich möchte den Herrn Präsidenten bitten, daß er gleich die Beratungen des Einzelplanes 0, Allgemeine Verwaltung, einleitet.

Abg. Dr. RIEL: Hoher Landtag! Zu den einzelnen Zahlen der Allgemeinen Verwaltung, die bei den einzelnen Abschnitten und Unterabschnitten angeführt sind, ist im Grunde genommen nicht viel zu bemerken. Das sind durchwegs zwangsläufige Ausgaben, denen ebenso beschränkte Einnahmen gegenüberstehen. Ich erachte es für angezeigt, hier allgemeine Probleme der Verwaltung anzuschneiden, und zwar in der Verwaltung des Landes selbst sowie in den Bezirken und in den Gemeinden.

Vor dem Jahre 1918 bestand eine scharfe Trennung zwischen der staatlichen Verwaltung und der sogenannten autonomen Landesverwaltung. Die staatliche Verwaltung wurde von staatlichen Beamten geleitet, an deren Spitze der kaiserliche Statthalter stand. Die autonome Landesverwaltung wurde dagegen durch den sogenannten Landesauschuß, der vom Landtag gewählt wurde, ausgeübt. Mit dem Zusammenbruch der österreichisch-ungarischen Monarchie im Jahre 1918 wurde die gesamte Verwaltung vom Lande übernommen, und zwar sprach man in dieser Zeit von der sogenannten Landesverwaltung im übertragenen Wirkungskreis und meinte damit die staatliche Verwaltung, welche früher von staatlichen Beamten, beziehungsweise vom kaiserlichen Statthalter geführt wurde und von der Landesverwaltung im selbständigen Wirkungsbereiche, der sogenannten autonomen Landesverwaltung.

Am 1. Oktober 1925 ist dieser Zustand beseitigt worden, ein Zustand, den man damals als Doppelgeleisigkeit bezeichnet hatte. Seit 1. Oktober 1925 gibt es also nur eine einheitliche Landesverwaltung. Es wird da unterschieden zwischen der Landesverwaltung, soweit sie das Land als selbständigen Verwaltungskörper führt — in dieser Eigenschaft wird sie durch die Landesregierung geführt, an deren Spitze der Landeshauptmann steht —, und der mittelbaren Bundesverwaltung, an deren Spitze der Landeshauptmann als Beamter des Staates steht, der dem Innenministerium unterstellt und an dessen Weisungen er gebunden ist. Auch die

Landesräte sind, insoweit sie Agenden der mittelbaren Bundesverwaltung führen, an die Weisungen des Landeshauptmannes, beziehungsweise der zuständigen Ressortminister gebunden.

Dieser Zustand hat bis zum Jahre 1938 bestanden. Mit dem Jahre 1938, mit dem Eindringen der nationalsozialistischen Verwaltungsmethoden wurde der alte Zustand, wie er vor dem Jahre 1918 bestanden hat, wieder hergestellt. Es wurde wieder scharf zwischen der staatlichen Verwaltung einerseits und der autonomen Landesverwaltung andererseits unterschieden. An der Spitze der staatlichen Verwaltung stand der Regierungspräsident, an der Spitze der autonomen Landesverwaltung der Gauhauptmann. Beide Verwaltungszweige waren durch den übergeordneten Gauleiter zusammengefaßt. Dieser Zustand dauerte bis zum Zusammenbruch des nationalsozialistischen Regimes.

Mit der Wiederaufnahme der Tätigkeit der demokratischen Verwaltung durch die demokratischen Parteien im Lande Niederösterreich wurde wieder der alte Zustand hergestellt, wie er bis zum 15. März 1933 bestanden hat, das heißt, es wurde sofort wieder die alte Bundesverfassung und damit die auf ihr beruhende Landesverfassung in Kraft gesetzt.

Wir wissen also jetzt, wie sich das im einzelnen abgespielt hat; es ist schrittweise gegangen. Die Landesverfassung, bzw. die Landesverwaltung weist nur einen Schönheitsfehler auf, allerdings einen erklecklichen, indem eine der wichtigsten Verwaltungsgruppen, nämlich das Sicherheitswesen, nicht Gegenstand der mittelbaren Bundesverwaltung ist. Das Sicherheitswesen im Lande ist aus der mittelbaren Bundesverwaltung herausgenommen und zu einem eigenen Referat zusammengefaßt und einem Beamten, dem Sicherheitsdirektor, unterstellt, der vollkommen außerhalb des Rahmens der sonstigen Landesverwaltung steht und ausschließlich nur an die Weisungen seiner vorgesetzten Dienstbehörde, des Innenministeriums, gebunden ist.

Nun ist es gewiß richtig, daß außerordentliche Verhältnisse außerordentliche Maßnahmen rechtfertigen. Als die Abgeordneten des Landtages von Niederösterreich müssen wir aber auf dem Standpunkt stehen, daß dieser Zustand nur von vorübergehender Dauer sein kann, weil er dem demokratischen Prinzip unserer Verfassung widerspricht. Auch das Sicherheitswesen muß daher wieder Gegenstand der mittelbaren Bundesverwaltung sein, das heißt, unmittelbarer Vorgesetzter des Sicherheitsdirektors muß der Landeshauptmann sein, an dessen Weisungen er gebunden sein muß. (*Beifall rechts.*) Ich

glaube, wenn ich hier diese Forderung ausspreche, im Namen sämtlicher Parteien zu sprechen, denn es wäre ein Widerspruch, daß ein so wichtiger Zweig der Landesverwaltung, wie das Sicherheitswesen, vollkommen außerhalb der Landesverwaltung liegt.

Nun komme ich zur Bezirksverwaltung. An der Spitze der Bezirke steht nach wie vor der Bezirkshauptmann, der in einigen Jahren sein hundertjähriges Jubiläum als staatlicher Funktionär feiern wird. Der Bezirkshauptmann, bzw. die Bezirkshauptmannschaft als Verwaltungseinheit, als politische Behörde erster Instanz, hat alle Stürme der Vergangenheit überdauert. Er hat sich während der Zeit des Absolutismus der Fünfzigerjahre, während der Versuche, das alte Österreich auf zentralistische oder föderalistische Art und Weise umzubauen, gehalten; immer ist der Bezirkshauptmann geblieben.

Auch in der konstitutionellen Aera von 1867 bis 1918 hat sich nichts daran geändert und nach 1918 sind zwar einige Versuche gemacht worden, hier eine Änderung in der Verwaltung des Bezirkes eintreten zu lassen. Die Bundesverfassung von 1920 spricht bereits aus, daß eine sogenannte Bezirksvertretung geschaffen werden soll; es ist aber später nicht dazu gekommen. Tatsächlich ist die Bezirkshauptmannschaft, an ihrer Spitze der autoritäre Bezirkshauptmann, dem kein Vertretungskörper beigegeben ist, geblieben. So ist es auch in der republikanischen und in der überautoritären Zeit geblieben. Als die Nazi ins Land gekommen waren, ist an seine Stelle nur der sogenannte Landrat getreten, der allerdings noch andere Agenden gehabt hat.

Wenn nun heute von der Demokratisierung der Bezirksverwaltung gesprochen wird, so muß man zuerst natürlich die Frage aufwerfen, ob dieses Wort nicht als solches nur ein Schlagwort ist, denn es hängt ja davon ab, was man sich unter Demokratisierung der Verwaltung überhaupt vorzustellen hat. Mir ist es bis heute nicht gelungen, auf diese Frage eine entsprechende Antwort zu bekommen, so sehr ich mich auch mit der Parteiliteratur befaßt habe. Ich habe noch nicht gehört, was man sich eigentlich unter Demokratisierung vorstellt. Ich will hier, obwohl der Landtag für dieses Problem, das ja eine Angelegenheit des Nationalrates ist, nicht zuständig ist, doch das eine sagen: Ich bin überzeugt, daß man sich vernünftigen Vorschlägen bezüglich der Demokratisierung der Bezirksverwaltung, wenn sie tatsächlich der geschichtlichen Entwicklung Rechnung trägt, nicht verschließen wird. Es ist nur das eine zu bedenken, daß so unruhige Zeiten, wie die gegenwärtigen, nicht besonders dazu geeignet

sind, von einer bewährten staatlichen Einrichtung abzugehen und daran herumzuexperimentieren. Selbst wenn positive und brauchbare Vorschläge gemacht werden, würde das im heutigen Zeitpunkt nur dazu führen, daß wir eine gewisse Verwirrung und Unsicherheit in der Verwaltung bekämen. Ich spiele dabei an das Wort eines großen deutschen Staatsmannes an: Wir lassen den Preußen ihren Leutnant und geben ihnen noch den Landrat darauf, aber an unserem österreichischen Bezirkshauptmann wollen wir festhalten. (*Beifall rechts — Widerspruch links. Abg. KOPPENSTEINER: Nein, Herr Doktor, da tun wir nicht mit!*) Ich bin nicht kompetent, hier Vorschläge entgegenzunehmen, höre sie aber sehr gerne an. (*Rufe rechts: Sehr gut!*)

Nun noch ein Wort über die Gemeinden, welche die unterste Verwaltung darstellen. Daß sich die demokratische Gemeindeverwaltung bewährt hat, darüber ein Wort zu verlieren, ist überflüssig. Ebenso wenig, wie an der Beamtenerschaft der Bezirksverwaltung gerüttelt wurde, ebensowenig wurde an der demokratischen Gemeindeverwaltung gerührt, nicht einmal in den Zeiten des Absolutismus, der schwarzen Aera im vorigen Jahrhundert. Trotzdem soll man sich aber nicht der Erkenntnis verschließen, daß gewisse Schwächen auch in der demokratischen Gemeindeverwaltung vorhanden sind. Die demokratische Gemeindeverwaltung hat an ihrer Spitze den Bürgermeister, der auch ein Organ der mittelbaren Bundesverwaltung in der untersten Instanz ist. Nun ist es so. Was vor 60 und 80 Jahren gegangen ist, trifft heute nicht mehr in vollem Umfange zu. Damals sind die Verhältnisse viel einfacher gelegen. Der Bürgermeister war damals nicht im entferntesten mit jenen Aufgaben beschäftigt, wie es heute tatsächlich der Fall ist. Ich erwähne nur, daß eine moderne Verwaltung zum Beispiel unmöglich ohne umfassende statistische Erhebungen auskommen kann und diese umfangreichen statistischen Erhebungen müssen in vielen Fällen unmittelbar durch den Bürgermeister der Gemeinde durchgeführt werden. Es ist daher notwendig, daß für diese Erhebungen, damit sie tatsächlich durchgeführt werden können, auch der dazu erforderliche bürokratische Apparat vorhanden ist. Bei den ganz kleinen Gemeinden ist das überhaupt nicht möglich, weil deren finanzielle Leistungsfähigkeit zu beschränkt ist. Wenn die Landesregierung am 12. Oktober 1945 den Beschluß gefaßt hat, daß die Gemeinden, die im Jahre 1938 ganz allgemein zu politischen Gemeinden zusammengefaßt worden sind, nun wieder ihre frühere Selbständigkeit erreichen sollen, so ist darüber kein Wort der Kritik zu verlieren, denn dieser Beschluß hat sich ge-

gen die völlig undemokratische Art und Weise, wie damals die kleinen Landgemeinden zu großen Gebietsgemeinden zusammengefaßt wurden, gekehrt. Ungeachtet dessen soll sich die Landesregierung und der Landtag nicht der Erkenntnis verschließen, daß es unter Umständen doch ganz zweckmäßig sein kann, wenn kleine Landgemeinden, die ihrer Aufgabe als politische Gemeinden wegen ihrer Kleinheit und Beschränktheit ihrer Mittel nicht entsprechen können, zu einem Zusammenschluß zu leistungsfähigen politischen Gemeinden ermuntert werden. Es ist Sache der politischen Führung, das den Leuten begreiflich zu machen und ihnen die Notwendigkeit solcher Maßnahmen vor Augen zu führen.

Gewiß, die Demokratie schließt einen unmittelbaren Zwang aus, aber sie enthebt die politische Führung nicht der Pflicht, in dieser Beziehung aufklärend insbesondere auf die kleinen Gemeinden einzuwirken und ihnen die Notwendigkeit vor Augen zu führen, daß die politische Verwaltung in der modernen Zeit ein gewisses Mindestmaß an Leistungsfähigkeit voraussetzen muß, wenn sie ihre Pflicht erfüllen soll. Wenn man das Zustandekommen eines solchen Gesetzes von der Zustimmung aller Beteiligten abhängig machen wollte, so kann ich nur sagen, daß wir dann manchen Fortschritt nicht zu verzeichnen hätten. Ich erwähne hier nur die Sozialgesetzgebung. Auch da ist es so gewesen, daß sie in den Zwanzigerjahren der Wirtschaft fühlbare Lasten auferlegt hat. Sie ist auch lange Zeit umstritten gewesen, aber heute spricht kein Mensch mehr davon, im Gegenteil, heute rühmt sich alles dieses Fortschrittes in unserer Gesetzgebung.

Es ist hier Aufgabe der Mandatäre, ohne Unterschied der Partei, daß sie die Notwendigkeit einer gesunden politischen Fortentwicklung vertreten, auch dann, wenn es vielleicht in einzelnen Fällen populärer wäre, dagegen Stellung zu nehmen. (*Beifall rechts.*)

Es ist schon von der autoritären Zeit von 1933 bis 1938 gesprochen worden und auch die Generalredner zum Voranschlag hatten sich bereits mit dieser Frage befaßt. Nun muß man folgendes sagen: Alle Ausführungen tragen akademischen Charakter und sind rein theoretischer Art. Wäre es so gewesen, daß das autoritäre System sofort durch eine demokratische Epoche abgelöst worden wäre, so hätte natürlich ein Befassen mit dem vorhergehenden Zustand eben keinen aktuellen Wert gehabt. Tatsächlich ist es aber so, daß auf das autoritäre System vom Jahre 1933 bis 1938 die nationalsozialistische Gewaltherrschaft gefolgt ist, die alles, was in dieser Zeit gegolten hat, beseitigt hat. Wenn heute immer diese Frage angeschnit-

ten wird, so dürfen wir uns nicht der Erkenntnis verschließen, daß das heute keine aktuelle politische Bedeutung mehr hat, weil überdies sämtliche Parteien über den Punkt eines Sinnes sind, daß wir mit unserer politischen Entwicklung mit dem März 1933 anknüpfen. Trotzdem kann man über diese Dinge ruhig reden, ja ich bin der Ansicht, je mehr gesprochen wird, um so besser ist es, denn durch das Reden kommen ja die Leute zusammen. (*Rufe rechts: Sehr richtig!*) Eines muß man schon sagen, da es keine aktuelle politische Bedeutung hat, muß man zur Jetztzeit historisch, und zwar von einer bestimmten Warte aus dazu Stellung nehmen. Rein geschichtlich gesehen ist die Zeit von 1933 bis 1938 nur mehr der Abschluß einer Entwicklung, die bereits in den Zwanzigerjahren eingesetzt hat. Es liegt mir völlig ferne, hier zu den Erscheinungen der Zwanzigerjahre Stellung zu nehmen, zweifellos sind hier, historisch gesagt, Fehler auf beiden Seiten gemacht worden. Von seiten der damals herrschenden Mehrheitspartei, der christlichsozialen Partei, ist der Fehler gemacht worden, daß sie in der Zwangsvorstellung handelte, daß sie unter allen Umständen in der Regierung sitzen müsse. Sie hätte besser getan, wenn sie in dem Zeitpunkt, wo sie nicht mehr jene Macht und Gefolgschaft im Lande inne hatte, wie früher in besseren Zeiten, das Ruder der Regierung der damaligen Opposition, wenn sie auch noch so gespalten gewesen war, überlassen hätte. Die christlichsoziale Partei glaubte aber, unbedingt in der Regierung bleiben zu müssen und hat sich dadurch selbst in die Situation des Jahres 1933 hineinmanövriert. Sie glaubte damals, weiß Gott, was geschehen würde, wenn sie aus der Regierung austritt. (*Zwischenruf links: Selbsterkenntnis ist der erste Schritt zur Besserung.*) Ebenso bringt uns die Jetztzeit die Erkenntnis, daß auch zweifellos von seiten der Opposition manches geschehen ist, was nicht richtig war. Es war dies sehr naheliegend, da die damalige sozialdemokratische Partei in den Zwanzigerjahren außerhalb des Parlaments viel stärker gewesen ist als im Parlament. Wenn man sich im Parlament nicht genügend durchsetzen konnte, so glaubte man, sich außerparlamentarischer Mittel bedienen zu müssen. Auch das hat nicht ganz der demokratischen Idee entsprochen. So ist es letzten Endes durch das Verschulden beider Parteien zu den Ereignissen der Jahre 1933 und 1934 gekommen. Das einmal gerecht gegeneinander abzuwägen wird aber nicht Sache von Politikern, sondern von unbeeinflussten Historikern sein.

Noch ein kurzes Wort zu den Ausführungen des Generalredners der kommunistischen Partei! Es wurde hier das Wort von einer Hetze

im Lande gegen die Kommunisten und gegen die Rote Armee ausgesprochen. Ich fühle mich veranlaßt, dazu Stellung zu nehmen, denn sonst könnte der Eindruck entstehen, daß diese Anschuldigung widerspruchslos hingenommen wird. Von einer Hetze hier zu sprechen halte ich für einen deplazierten Ausdruck. Von einer Hetze zu sprechen hat man nur dann das Recht, wenn man von einem übergeordneten Standpunkt aus zu diesen Dingen Stellung zu nehmen in der Lage ist. Hier kann aber die Sache doch nur so sein, daß eine Partei in der Kritik gegen die andere zuweit geht. Den Ausdruck Hetze finde ich hier nicht vollkommen am Platze. Man darf nicht gleich alles krumm nehmen, was im politischen Kampf des Tages auftritt. Es ist schon so, daß im politischen Kampf oft Schlagworte gebraucht werden und daß oft mehr gesprochen wird, als man nachträglich verantworten kann. Weit gefährlicher ist aber das Wort, daß gegen die Rote Armee gehetzt wird, wobei noch hinzugefügt wurde, daß diese Hetze nicht vom Volk, sondern von höheren Stellen ausgeht. (*Hört!-Hört!-Rufe.*) Man kann da wohl fragen: Wer sind denn diese Leute, die gegen die Rote Armee hetzen? Sind das etwa die Mandatäre oder Beamte in gehobener Stellung? Demgegenüber will ich folgendes erklären: Mir ist von einer Hetze gegen die Rote Armee nichts bekannt. Ich kann nur auf eine Tatsache verweisen, daß wir in Krems, das vielleicht eine der stärksten russischen Garnisonen gehabt hat, vom ersten Tage an mit der Roten Armee und den russischen Militärbehörden tadellos ausgekommen sind und daß unsere Zusammenarbeit mit ihnen sich reibungslos vollzogen hat. Beim Abzug der Russen ist nicht etwa von der dortigen Garnison an uns das Ansinnen gestellt worden, eine kleine Abschiedsfeier für die Offiziere zu veranstalten, sondern wir haben aus eigenem heraus, und zwar mit Zustimmung aller drei Parteien, den General Wolkenstein eingeladen, uns zu besuchen. Er hat auch das Gefühl gehabt und hat es auch oft ausgesprochen, daß unser Dank vom Herzen kommt und von innen heraus gewesen ist und daß daher von irgend einer Hetze keine Spur und keine Rede sein kann. Krems ist der Vorort des Waldviertels, die Stadt, die die größte Garnison hat; auf sie trifft daher der Vorwurf nicht im geringsten zu. Wenn es irgendwo Erscheinungen dieser Art gibt, so darf das nicht zu Pauschalverdächtigungen benützt werden. Wir müssen uns der Tatsache vollkommen bewußt sein, daß das ein schwerer Vorwurf ist, der gegen das österreichische Volk und gegen seine Vertreter erhoben wird. Was sollte sich da die Rote Armee denken, wenn hier in einem öffentlichen Vertretungskörper ein sol-

cher Vorwurf erhoben wird, ohne eine entsprechende Zurückweisung zu finden!

Ich glaube, im Sinne des Landtages zu sprechen, wenn ich feststelle, daß den Vertretern des Volkes nichts bekannt ist, daß im Lande Niederösterreich gegen die Rote Armee gehetzt wird. Es muß im Gegenteil festgestellt werden, daß wir ohne Unterschied der Partei immer bestrebt gewesen sind, im besten Einvernehmen mit der Roten Armee auszukommen und ihre Wünsche, soweit es in unseren bescheidenen Kräften steht, zu erfüllen, von der gesunden Anschauung ausgehend, daß ein gutes Auskommen besser ist als ein fruchtloser, müßiger Streit. (*Großer Beifall.*)

Abg. NIMETZ: Hoher Landtag! Der Vorfall des Vormittags zwingt uns, die Art und Weise des Berichtstatters Prof. ZACH zu brandmarken. Wir legen gegen diese Art der Berichterstattung Verwahrung ein.

Der Herr Berichtstatter ist vom Finanzausschuß dazu berufen worden, den Voranschlag hier zu vertreten. Es ist seine Aufgabe, zum Voranschlag objektiv und sachlich Stellung zu nehmen und im Interesse des Finanzausschusses den Voranschlag hier zu vertreten. Wir wünschen, daß in den weiteren Verhandlungen Herr Prof. ZACH als Berichtstatter sich jeder persönlichen und parteipolitischen Äußerung enthält und sich ebenso von jeder Polemik fernhält. Wir hoffen, daß das der Herr Berichtstatter ZACH zur Kenntnis nimmt.

Nun gestatten Sie mir, einiges über Demokratie in der Gemeinde und Verwaltung zu sprechen. Wie es im wirtschaftlichen Leben und im Leben der Gemeinde ungesund und unklug ist, wenn jemand seine wirtschaftliche oder politische Vormachtstellung dazu benützt, um sich selbst oder für seine Parteifreunde Vorteile zu schaffen, welche Vorgangsweise von uns allen unbedingt abgelehnt wird, ebensowenig darf dies im wirtschaftlichen und politischen Leben des Landes sein. Es darf hier nicht vorkommen, daß die wirtschaftliche und politische Vormachtstellung dazu benützt wird, um parteipolitische Interessen zu vertreten oder um sich und persönlichen Freunden Vorteile zu verschaffen. Es darf daher auch nicht vorkommen, daß bei Versprachen in der Jetztzeit, wenn es sich um lebenswichtige Dinge handelt, der Gesuchsteller von dem einen oder anderen Funktionär am Schlusse des Gespräches gefragt wird, welcher Partei oder welchem Bund er angehört. Sollte aus irgend welchen Gründen das Gesuch etwa nicht bewilligt werden können, so muß sich der Gesuchsteller darüber Gedanken machen und sich sagen, wahrscheinlich habe ich nicht der richtigen Partei angehört. Hier muß man also sehr vorsichtig sein. Ebenso ist es notwendig,

daß bei der Einstellung von Arbeitern und Angestellten beim Land objektiv und nach demokratischen Grundsätzen vorgegangen wird. Es darf nicht der einen oder anderen Gruppe bei der Anstellung der Vorzug gegeben werden.

Nun möchte ich noch einiges zu den Parteien selbst sagen. Die Parteien sollen nicht darauf bestehen, an der durch Konstruktion oder andere Umstände herbeigeführten Machtposition zu kleben, sondern sie sollen sich vielmehr mit dem, was auf Grund ihrer Stärke auf sie entfällt, zufrieden geben, ansonsten die einträchtige Zusammenarbeit gestört wird und bei den anderen Unwillen und Mißhelligkeiten hervorruft.

Ich glaube, daß sämtliche Umstände, die ich hier angeführt habe, dazu angetan sind, die einträchtige Zusammenarbeit zu stören. Noch nie aber war die einträchtige Zusammenarbeit so notwendig, wie jetzt. (*Rufe links: Jawohl!*) Denn wir können nur, wenn wir einträchtig zusammenarbeiten, nützliche Arbeit leisten; aber nie, wenn wir nebeneinander, geschweige denn gegeneinander arbeiten. Nur wenn wir miteinander arbeiten, wird es möglich sein, unser ohnehin so schwer geprüftes Land Niederösterreich aus dieser Notzeit herauszuführen. (*Beifall links.*)

Abg. RIEFLER: Hoher Landtag! Wir danken anläßlich der Budgetberatung aufrichtig den Beamten des Landes Niederösterreich für die seit dem Umsturz des vergangenen Jahres im Interesse des Gemeinwesens geleistete Arbeit. Wir tun dies aufrichtigst, weil wir aus eigener Anschauung die Opferbereitschaft der einzelnen Beamten kennengelernt haben. Wir Abgeordnete sind Mitglieder einer Regierungspartei und tragen mithin auch ein Stück Verantwortung für dieses Land. Wir haben uns aus eigener Anschauung überzeugen können, daß die Beamenschaft im Lande und auch draußen bei den Bezirkshauptmannschaften wirklich alles getan hat, was im Interesse des Wiederaufbaues des Landes gelegen ist; wir wissen also, daß die Beamten überall ihre Pflicht erfüllt haben.

Unsere Zugehörigkeit zur Regierungspartei enthebt uns aber nicht der Pflicht, Kritik zu üben, wo Kritik notwendig ist. Ich schicke voraus, daß ich persönlich heuer im Winter in Wien viele Beamte angetroffen habe, die mit fast erfrorenen Fingern und hungernd bei ihren Schreibtischen gesessen sind und trotz dieser Umstände die ganze Fülle der Arbeiten bewältigt haben. Viele Beamte sind von den schwersten wirtschaftlichen Sorgen bedrückt und die Frage der Ernährung ist bei ihnen überhaupt ein besonderes Kapitel.

Zum Kapitel „Allgemeine Verwaltung“ möchte ich aber Klage führen, daß da und dort

draußen bei den Bezirkshauptmannschaften den Fragen des sogenannten kleinen Mannes nicht die Aufmerksamkeit geschenkt wird, die er von der Behörde erwartet. „Beamtentum“ soll nicht das Sammeln von Jahresringen bedeuten. Der Beamte soll, wie der Arzt oder Geistliche, ein Berater und Betreuer der Menschen sein. Der kleine Mann soll das Gefühl haben, daß er zu einem Helfer, Berater und zu einem Freund kommt. Wir wissen wohl, daß der Beamte heute in den schwersten Fällen nicht helfen kann, weil eben die Mittel sehr beschränkt sind; es fehlt ja an allem. Was wir aber unbedingt verlangen müssen, ist, daß die einschreitende Partei draußen von den Beamten mindestens eine Auskunft bekommt. Das ist das mindeste, was wir von unseren Beamten verlangen können. Es darf zum Beispiel nicht vorkommen, daß ein Landwirt, dem das Brunnenrohr verfault ist, so daß das Wasser überfließt, und der daher dringendst um die Ausstellung eines Bezugscheines bei der Bezirkshauptmannschaft vorstellig wird, zweieinhalb Monate warten muß, bis ihn die Bezirkshauptmannschaft einer Antwort würdigt, und es sogar der Intervention eines Abgeordneten bedarf, daß der Mann eine Auskunft bekommt. Die Bezirksbehörde kann in diesen Fällen Abhilfe schaffen, denn sie weiß, daß sie in solchen Fällen einen Bezugschein für Holz ausstellen kann. Es ist daher unentschuldig, auch bei dem niedrigen Stand an Personal, daß der Landwirt fast drei Monate warten muß, bis er überhaupt eine Auskunft bekommt. Ein Holzbezugschein ist für den Landwirt in diesem Falle eine lebenswichtige Angelegenheit.

Das Vertrauen zum Staat, die ganze Einstellung der Bevölkerung, hängt vielfach von der Einstellung des Beamten zur einschreitenden Partei ab. Wenn dieserart das Vertrauen zum Beamten leidet, ist auch das Vertrauen zum Staat und zur Gemeinschaft erschüttert; im übertragenen Sinne möchte ich sogar sagen, daß so auch das Vertrauen zur menschlichen Gesellschaft ins Wanken kommt. Es ist nicht gleichgültig, welche Auffassung der kleine Mann von den Beamten, von der Gemeinschaft und vom Staate hat. Der kleine Mann, der unrichtiger Dinge von einer Behörde zur anderen geschickt wird, hat dann kein anderes Abzugventil als die öffentliche Kritik, die sich auf der Straße, im Wirtshaus, in der Eisenbahn und überhaupt in der Öffentlichkeit äußert. So eine Behandlungsweise ist daher vollständig abträglich und es wird auf diese Art und Weise mehr geschadet als genützt und die opferbereiten und verantwortungsvollen Beamten können das nie wieder gut machen, was solche einzelne Beamte

vielleicht an einzelnen Menschen gesündigt haben.

Ich möchte diese Gelegenheit wahrnehmen, um den Herrn Landesamtsdirektor, der leider nicht hier ist, zu bitten, gelegentlich auf die Beamtschaft vornehmlich bei den Bezirkshauptmannschaften und bei den Bezirksbehörden überhaupt in diesem Sinne einzuwirken. Besonders draußen bei den Bezirkshauptmannschaften besteht der Personalstand oft aus sehr jungen Beamten, die erst in den Landesdienst eingetreten sind und die erst richtige, österreichische Beamte werden sollen.

Wir haben mit Befriedigung zur Kenntnis genommen, daß der Wiener Stadtrat den Beamten der Wiener Gemeindebetriebe und der Landesverwaltung von Wien verboten hat, im Dienste Parteiabzeichen zu tragen. Ich möchte daher auch bitten, daß auch seitens des Landes Niederösterreich von der zuständigen Stelle, vielleicht vom Herrn Landesamtsdirektor, auf die Beamtschaft in diesem Sinne, ohne einen förmlichen Befehl hinauszugehen, eingewirkt wird. Auf die Notwendigkeit der Zurschaustellung der Gesinnung oder Weltanschauung durch ein Abzeichen will ich nicht näher eingehen, denn das ist eine zu individuelle Angelegenheit. Tatsache und die allgemeine Meinung ist, daß das Tragen eines Parteiabzeichens im Dienste unstatthaft und daher abzustellen ist.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich den Herrn Landeshauptmann, bzw. die Landesregierung ersuchen, der Wiedergutmachung der seinerzeit gemäßregelten Beamten des Landes Niederösterreich ihr besonderes Augenmerk zuzuwenden. Die um ihrer Überzeugung willen gemäßregelten Beamten wären wieder in ihre alten Rechte einzusetzen, um so das gutzumachen, was an ihnen durch Gewalt verbrochen wurde. Das ist eine Ehrenpflicht des Landes Niederösterreich.

Abschließend darf ich wohl im Namen der Abgeordneten sämtlicher Parteien sprechen, wenn ich die Landesregierung ersuche, anlässlich der Verabschiedung des Budgets den gesamten Beamten des Landes Niederösterreich, den Beamten draußen bei den Bezirkshauptmannschaften und vornehmlich den Bürgermeistern unseres Landes im Namen des Landtages und der Landesregierung Dank zu sagen. (*Großer Beifall.*) Die Bürgermeister waren es gerade, die in diesen schweren und wirklich entscheidenden Tagen des Vorjahres das Land Niederösterreich vor chaotischen Verhältnissen bewahrt haben. Die Bürgermeister, die draußen „ganz in der Luft hingen“ waren es, die ohne Verbindung mit der Zentrale oder ohne Verbindung mit irgend einer Stelle der Exekutive die Ordnung aufrechterhielten und Zucht und Ord-

nung bewahrt haben, die die Menschen zusammengehalten und vielfach schwere, große Übel, die uns die Nationalsozialisten in den letzten Stunden ihres verbrecherischen Abganges zufügen wollten, verhindert haben. Diese Bürgermeister waren es, die oft in der letzten Stunde das Sprengen von Brücken und ähnliche Wahnsinnstaten der Nazi verhindert haben. Ich glaube daher, daß wir die Budgetberatung zum Anlaß nehmen sollten, um insbesondere den Bürgermeistern des Landes Niederösterreich ohne Unterschied ihrer parteipolitischen Einstellung namens des Landes zu danken. *(Großer Beifall.)*

Meine Frauen und Herren! Wenn von der anderen Seite, besonders vom Herrn Generalredner der sozialistischen Partei, versöhnende Worte gesprochen wurden, so möchte ich das zum Anlaß nehmen und vom Standpunkte der ÖVP. erklären, daß wir als Demokraten ebenso sachlich und ehrlich bereit sind, alles zu tun, daß wir aus dem Trübsal der Zeit herauskommen und dem Wiederaufbau des Landes Niederösterreich wirklich dienen. *(Neuerlicher Beifall.)* In diesem Sinne sind wir auch bereit, alle persönlichen und unmittelbaren Parteifragen zurückzustellen, wenn es das Wohl des Landes erfordert. *(Großer Beifall.)*

Abg. WONDRAK: Hoher Landtag! Ich möchte im Rahmen des Kapitels „Allgemeine Verwaltung“ auf einige Umstände hinweisen, die in Niederösterreich besonders peinlich empfunden werden, Dinge, die leider, wie es oft der Fall ist, von uns nicht beeinflußt werden können. Ich denke da an die öffentliche Sicherheit. Es ist, wenn man im Lande herumkommt, eine alltägliche Klage, daß die Sicherheitsverhältnisse sehr viel zu wünschen übrig lassen. Vorfälle, die weit über den Rahmen der Kriminalität hinausgehen, werden uns alltäglich bekannt. Dinge, die wir vom Standpunkte des Kulturmenschen längst überwunden glaubten, sind immer wieder an der Tagesordnung und immer und immer müssen wir feststellen, daß es nie oder selten gelingt, die Täter zu stellen und zu fassen. Für Leute, die in einsam gelegenen Gehöften, weit weg von der Gendarmerie und sonstigen Sicherheitsposten wohnen, bedeutet dies heute eine große Gefahr. Wir glauben daher, daß es unbedingt notwendig wäre, daß die Landesregierung dafür sorgt, in Verbindung mit der Sicherheitsdirektion die Sicherheitsorgane so zu verteilen, daß es gelingt, auch diesen so bedrängten Menschen einen genügenden Schutz zu sichern. Diese Leute verstehen es auch nicht, daß in ihrer Gegend überhaupt nie ein Sicherheitsorgan zu finden ist. Es wäre meines Erachtens eine unbedingte Notwendigkeit, daß man gerade diesen Menschen, die so

einsam wohnen, ein bestimmtes Mindestmaß von Sicherheit in der Weise verbürgt, daß sich dort wenigstens zeitweise Sicherheitsorgane sehen lassen. Auf diesem Gebiete wird viel geredet. Wir wissen ja, daß sich heute so viele Ausländer im Lande herumtreiben, Leute aus den Balkanstaaten, die meist etwas am Kerbholz haben und schon längst in ihr Heimatland zurückgekehrt sein sollten. Viele dieser Leute, die noch dazu meist eine slawische Sprache beherrschen, benützen ihre Anwesenheit im Lande oft zu Überfällen, Einbrüchen und Plünderungen, so daß sie eine ernstliche Bedrohung der Sicherheitsverhältnisse herbeiführen. Es ist daher unerläßlich, daß wir dafür sorgen, daß die Sicherheitsverhältnisse im Lande wenigstens soweit wieder hergestellt werden, damit die Leute ruhig ihrer Beschäftigung und ihrem Beruf nachgehen können. Wir bitten daher sehr, daß gerade jetzt, wo die Ernte auf den Feldern heranreift, diesbezüglich entsprechende Maßnahmen getroffen werden.

Wenn man in den letzten Tagen in der Zeitung gelesen hat, daß jetzt, wie in den April- und Maitagen des vergangenen Jahres, wieder Ortswehren organisiert werden, so ist das ein Beweis dafür, daß 13 Monate nach Abschluß der Kriegshandlungen in dieser Hinsicht noch außerordentliche Maßnahmen notwendig sind.

Die Landesregierung muß unbedingt dafür sorgen, daß eine Organisation nach einheitlichen Gesichtspunkten geschaffen wird, die ein für alle Mal diesem Unwesen Einhalt bieten kann. Sonst können wir es erleben, daß viele Arbeiten am freien Felde unterlassen werden, weil die Leute es nicht riskieren wollen, diese Arbeiten auf entlegenen Stellen durchzuführen.

Das Sicherheitswesen ist unseres Erachtens das Kernproblem, das zufriedenstellend gelöst werden muß, denn nur dann kann man von unseren Mitbürgern verlangen, daß sie auch gewissenhaft ihrer Arbeit nachgehen.

Eine andere Frage ist die Frage der Sparkassen. Es wurde schon heute erwähnt und von verschiedenen Rednern mehr oder weniger herausgestellt, daß der Wiederaufbau unseres Landes endlich beginnen muß und daß dieser Wiederaufbau auch praktisch in die Tat umgesetzt werden soll. Das ist auch richtig. Bis jetzt wird wohl vom Wiederaufbau nur sehr viel gesprochen. Wir sind aber der Meinung, daß es vor allem notwendig ist, daß planmäßig bei jedem einzelnen Betrieb die Voraussetzungen für spätere größere Wiederaufbauarbeiten geschaffen werden müssen und daß daher diese Betriebe auch von der Baustoffindustrie, und zwar jeder einzelne, erfaßt werden sollen. Es muß auch alles geschehen, um die Betriebe zum Anlaufen zu bringen. Spricht man mit Vertretern

von Betrieben, zum Beispiel von Ziegelwerken, Schottergruben usw., so hört man, daß es der Kapitalmangel unmöglich macht, die Betriebe anlaufen zu lassen. Wollen die Unternehmungen Kredite aufnehmen, so können sie meist keine erlangen, weil die Sparkassen auf Grund ihrer Satzungen keine Geschäftskredite, sondern nur Hypothekendarlehen geben können. Wir glauben, daß das, was das Land Niederösterreich gemacht hat, nämlich, bei der Landes-Hypothekenanstalt die Ausfallhaftung bis zu 80 Prozent des aufgenommenen Darlehens zu übernehmen, auch von den Sparkassen gemacht werden muß. Dadurch wird die Geldflüssigkeit, von der heute schon gesagt wurde, daß sie nachläßt, wieder belebt werden.

Auf diese Art und Weise würden wir einen wichtigen Beitrag für den Wiederaufbau leisten. Die niederösterreichische Landesregierung sollte meines Erachtens diese Frage nicht außer acht lassen und den Sparkassen mehr Bewegungsfreiheit geben, damit wir den außerordentlichen Verhältnissen, in denen wir leben, gerecht werden. Es ist nichts damit gemacht, wenn die Sparkassen heute über hohe Geldeinlagen verfügen, mit diesen Beträgen aber nicht gearbeitet werden kann. Wenn diese Beträge nur im Tresor liegen, ist damit nichts gemacht. Sie vielmehr einzusetzen und der Wirtschaft zuzuführen und so für den Wiederaufbau zu verwenden, ist weit besser, als große Reden zu halten. Ich würde es daher für zweckmäßig erachten, daß in diesem Sinne Vorkehrungen getroffen werden, weil wir nur auf diese Art und Weise zum Wiederaufbau kommen können. *(Beifall.)*

Abg. KAINDL: Hoher Landtag! Eingangs möchte ich zu den Ausführungen des Kollegen N i m e t z ergänzend feststellen, daß der Ausdruck „brandmarken“ einer Revision zu unterziehen wäre und außerdem möchte ich feststellen, daß Nichtmitglieder des Landtages gegen Mitglieder keine persönlichen Angriffe richten sollen. Ich glaube, damit würde die Sache erledigt sein.

Zu dem, was der Herr Abgeordnete W o n d r a k über die Sicherheitsverhältnisse im Lande Niederösterreich gesagt hat, möchte ich auf folgendes aufmerksam machen. Grundbedingung ist, daß der Sicherheitsdirektor ein Landesbeamter ist und der Landesregierung unterstellt wird, und daß nicht durch den langen Kompetenzweg vom Bund zum Land und vom Land zum Bund eine bürokratische Erschwerung erfolgt.

Andererseits möchte ich darauf aufmerksam machen, wie schon Kollege W o n d r a k ganz richtig gesagt hat, daß die Unsicherheit im Lande sehr groß ist, weil oft Marodeure, Schieber und Schleihändler unsere Bauernhöfe

ausspionieren und am nächsten Tag dann überfallen. Diesen unsauberen Elementen muß gehörig das Handwerk gelegt werden. Dazu brauchen wir aber eine weitreichende Erfassung und gründliche Durchführung seitens der Gendarmerie. Wir können wohl sagen, daß unsere jungen Gendarmen sich sehr bemühen, sie sind aber noch jung.

Auch wird dem Ortsschutz und der in der Gemeindeordnung vorgesehenen Flurwache erhöhte Bedeutung beizumessen sein; jeder Bürgermeister hat ja das Recht, eine Orts- und Flurwache aufzustellen und diese Flurwache hat das Recht, Verhaftungen vorzunehmen und einzuschreiten. Ich bitte daher, diesem Umstände ganz besonders Rechnung zu tragen.

Im Zusammenhange mit dem, was Herr Dr. R i e l gesagt hat, muß auch ich den Vorwurf einer Hetze gegen die Rote Armee aufs entschiedenste zurückweisen. Wir sind der Meinung, daß viele Leute unter dem Deckmantel der Russen Verbrechen verüben. Wenn man diese Leute anschaut, fragt man sich; woher kommen sie und wer sind sie? Man muß mit Erstaunen feststellen, daß sie von dort herkommen, von wo man sie nach den allgemeinen Zeitungsberichten und Versammlungsreden nicht erwarten sollte.

Die Ernte steht Gott sei Dank gut und es ist gerade jetzt die Frucht zum Mähen und zum Ernten reif. Es wird daher notwendig sein, daß die Sicherheit der Ernte, die eingebracht werden soll, auch tatsächlich gewährleistet wird. Ich darf daher bitten, daß wir da alle zusammenhelfen, ganz gleich, welcher politischen Partierichtung wir angehören. Wir müssen uns zur Erkenntnis durchringen, daß es bei der Sicherheit nicht um den Proporz geht, denn so wie im Vorjahre die Bürgermeister nicht gefragt haben, welcher Partei gehörst du an, bist du rot oder schwarz oder purpurrot, sondern nur darum, willst du für die Heimat und für den Ort arbeiten, ebenso muß diese Erkenntnis auch im Lande Niederösterreich durchdringen und daher möchte ich bitten, daß wir auch in dieser Richtung unseren ganzen Einfluß geltend machen. Die Sicherheit im Lande Niederösterreich liegt tatsächlich im argen. Die Gendarmerie und ihre Leitung ist heute in guten Händen. Es sind Ansätze vorhanden, daß unsere junge Gendarmerie gut durchgreift. Andererseits ist aber die Sicherheitsdirektion als Bundesdienst für das autonome Land Niederösterreich — ich glaube da im Sinne aller Parteien zu sprechen — unerträglich. Die Sicherheitsdirektion gehört unter die Autonomie, unter die Hoheit des Landes Niederösterreich. *(Rufe rechts: Sehr richtig!)*

Ortswache, Flurwache und Ernteschutz sind in der Gemeindeordnung verankert; es bedarf daher nur der demokratischen Zusammenarbeit aller Parteien zur Sicherung unseres Brotes, das wir so notwendig brauchen. (*Beifall rechts.*)

Abg. GRUBER: Hoher Landtag! Es wurde heute wiederholt in diesem Hause in allen möglichen Tonarten und von allen Parteien von der absoluten hundertprozentigen Demokratie gesprochen. Trotzdem oder um so mehr setzt es mich in Erstaunen, daß mein geehrter Herr Vorredner, Dr. Riel, von den Bezirkshauptmannschaften und der demokratischen Bezirksverwaltung gesprochen und herausgestellt hat, daß die Einrichtung der Bezirkshauptmannschaften bald das hundertjährige Jubiläum, um mit seinen Worten zu sprechen, feiern kann. Er hat auch erklärt, daß die Bezirkshauptmannschaften in ihrer ursprünglichen Form alle Stürme der Vergangenheit überdauert haben. Außerdem hat er betont, daß die ÖVP. für den Weiterbestand der Bezirkshauptmannschaften eintritt.

Für den Weiterbestand des Bezirkshauptmannes treten auch wir ein, aber der Unterschied in unserer Auffassung ist der, daß wir uns einen gewählten und Sie einen beamteten Bezirkshauptmann vorstellen. Die Bezirkshauptmannschaften, über die verschiedene Mitglieder dieses Hauses verschiedener Meinung sind, wie wir bereits zu hören Gelegenheit gehabt haben, haben ja bestimmt, wie jede Behörde, ihre guten und schlechten Seiten. Um aber in der Zeit, in der wir leben, von der formalen Demokratie zur wirklichen Volksdemokratie zu kommen, muß auch davon gesprochen werden, daß diese Institution der Bezirkshauptmannschaften eine Lücke in der demokratischen Verwaltung des Landes darstellt. Und diese Lücke muß ausgefüllt werden. Ich verstehe aber auch nicht, daß man im 20. Jahrhundert, im Jahre 1946, fast als Revolutionär angesehen wird, wenn man die Demokratisierung einer Institution verlangt, die schon in der kaiserlich-königlichen Zeit, in der alten Monarchie in vielen Kronländern verwirklicht war. Ich verstehe auch nicht, warum man gegen die Demokratisierung der Bezirkshauptmannschaften, wo wir doch schon die demokratisierte Gemeinde- und Landesverwaltung haben, überhaupt ein Wort verliert, da sich diese autoritäre und autokratisch geleitete Institution doch bereits überlebt hat. Vor allem möchte ich darauf verweisen, daß sie die größte Schuld daran trägt, daß wir in den Jahren 1933/34 jenem Fehler unterlegen sind, welchen die Herren Kollegen bereits angeführt haben. Es wäre niemals ein Verfassungsbruch möglich gewesen, wenn damals die demokratische Bezirksverwaltung bestanden hätte. Wenn das da-

mals möglich war und überhaupt zustande kommen konnte, so muß gesagt werden, daß diese Institution in ihrer ursprünglichen Gestalt auch heute eine Gefahr bedeutet, weil der Bezirkshauptmann ad personam über die Gendarmerie ohne jede Einschränkung verfügt, daher ihm in der jetzigen unruhigen Zeit eine weit über sein Verantwortungsvermögen hinausgehender Einfluß zusteht. Nach § 3 des Vereins- und Versammlungsgesetzes vermag dieser Mann heute eine Versammlung zu verbieten, ganz nach seinem Gutdünken, ohne jemand dafür verantwortlich zu sein. Diese Dinge stehen einzig und allein da. Ich will jetzt nicht mehr dazu sagen, trotzdem ich in der Lage bin, dazu noch mit mehr zu dienen und aufzuwarten. Mit dem, was ich sage, will ich nicht die Person des Bezirkshauptmannes — das stelle ich ausdrücklich fest —, sondern nur die Institution als solche treffen. Es ist eine alte Erfahrungstatsache, und das wurde auch durch die anderen Kollegen zur Genüge aufgezeigt, daß der kleine Mann draußen bei den Bezirkshauptmannschaften der Beamtenwillkür in einer Form ausgesetzt ist, die in dem Moment nicht Platz greifen kann, wo in der Bezirkshauptmannschaft gewählte Vertreter sitzen. Es ist selbstverständlich, daß der Bezirkshauptmann, auch wenn er den besten Willen hat und der anständigste Mann ist, den man sich nur denken kann, infolge der autoritären Zusammenfassung aller möglichen Gewalten in seiner Hand und infolge seiner juristischen Vorbildung und des Umstandes, daß er durch seine überragende Stellung die Fühlung mit dem Volke verloren hat, dem Bittsteller ganz anders entgegentritt als der Mandatar. Das kann von niemand bestritten werden. Dazu kommt die rein menschliche Seite der Frage, die jeden einzelnen schließlich dahin bringt, sein Leben so angenehm als möglich zu gestalten, also alle unangenehmen Arbeiten von sich abzuschieben; das ist mit die Ursache, warum draußen in den Bezirkshauptmannschaften ein gewisses Paschatum besteht.

Wir verlangen daher eine demokratische Bezirksverwaltung und ich erinnere daran, daß wir in diesem Hause bereits einen diesbezüglichen Antrag eingebracht haben, der auch mit den Stimmen der ÖVP. beschlossen wurde. Ich kann daher nicht verstehen, wenn man heute gegen die demokratische Bezirksverwaltung in der Form polemisiert hat, indem man behauptet, daß sich bis jetzt noch niemand konkret zur Frage der demokratischen Bezirksverwaltung geäußert hat und daß man nicht weiß, was man sich darunter vorstellen soll. Die demokratische Bezirksverwaltung, die sozusagen das Kernstück der Demokratie im Lande darstellt, und zwar

aus dem einfachen Grunde, weil sie den Ring zwischen Gemeinde und Land schließt, hat nach unserer Meinung nicht nur den Zweck, die Verwaltung im Ort als solche zu popularisieren, sondern sie hat auch den Zweck, als Vorstufe zur Erziehung für die sogenannte höhere Politik zu dienen, also eine wichtige Aufgabe, und zwar wichtig aus dem einfachen Grunde, weil durch die Schaffung demokratischer Bezirksverwaltungen zwischen der Gemeinde und dem Land ein Mittelpunkt gebildet wird, der eine gewisse gebildete Schichte der Bezirksstädte ansammeln wird, wodurch wiederum sowohl die Kultur des Landes, als auch die Politik des Landes profitieren soll und wird.

Man kann sich über die Art und Weise, wie das geschehen soll, streiten. Tatsache ist, daß in Amstetten eine demokratische Bezirksverwaltung besteht, der von Ihrer Seite 2 Nationalräte, 1 Landtagsabgeordneter und 1 Bauernkammermitglied angehören (*Rufe rechts: Hört, hört!*), und von unserer Seite 3 Bürgermeister und meine Wenigkeit sowie von der KPÖ. 2 Bürgermeister, oder richtiger 1 Bürgermeister und 1 Vizebürgermeister, außerdem ein Stadtrat angehören, so daß damit dargetan ist, daß die Bezirksverwaltung tatsächlich demokratisiert ist. Diese Bezirksverwaltung funktioniert bereits seit 7. Mai 1945 klaglos. Vielleicht ist die Bezirkshauptmannschaft Amstetten eine der wenigen, wenn nicht die einzige im Lande Niederösterreich, bei der der Betrieb kontinuierlich, ohne auch nur eine Minute unterbrochen zu werden, bis zum heutigen Tage weitergeführt wurde. Wir maßen uns nicht an und es ist uns auch nicht eingefallen, den Wirkungsbereich des Bezirkshauptmannes beeinflussen zu wollen. Aber in den bezirkseigenen Agenden ist es ebenso wie in der Gemeinde selbstverständlich, daß der Bezirksausschuß bindende Beschlüsse fassen kann.

Wir haben bei dieser demokratischen Bezirksverwaltung nicht daran gedacht, irgend eine Institution aufzurichten, bloß deshalb, weil sich der eine oder andere von uns gedacht hat, er sei derjenige, der das Privilegium zu diesem Posten hat. Wir haben uns nur gesagt, daß in der Zeit, wo das Volk in höchster Not ist und nicht gewußt hat, wohin es sich in dieser Not wenden soll, es das Richtige ist, zu beweisen, daß die Ämter für das Volk da sind und nicht umgekehrt das Volk für das Amt. Der Beweis der Richtigkeit dieser Annahme ist der, daß die demokratische Bezirksverwaltung in Amstetten an einem Tag die höchste Besucherzahl von 1009 aufzuweisen hatte, während am gleichen Tag die Bezirkshauptmannschaft ganze 33 Personen als Besucher gehabt hat. Die tägliche Besucherzahl bei unserem Amt ist noch nie

unter 400 gesunken. Das ist wohl der beste Beweis für die Notwendigkeit einer demokratischen Bezirksverwaltung. Das Kernstück der Demokratie ist die demokratische Selbstverwaltung im Bezirk, die den Ring von der Gemeinde zum Land schließt und eine organische Aufwärtsentwicklung bedeutet; und das ist in Amstetten Wirklichkeit geworden. Schon vor Monaten ist in den Zeitungen ein Artikel, betitelt „Demokratie“ erschienen, den ich Ihnen zum Studium empfehlen möchte. Sie werden da Gelegenheit haben, sich über die demokratische Bezirksverwaltung eine Vorstellung und ein klares Bild zu machen.

Jedenfalls erinnere ich noch einmal an den von uns im Hause eingebrachten und vom gesamten Hause einstimmig angenommenen Antrag, der zu der Polemik über die demokratische Bezirksverwaltung, die hier im Hause abgeführt wird, in diametralem Gegensatz steht. (*Beifall links.*)

Abg. ENDL: Hoher Landtag! Ich möchte gleich vorweg meinem Vorredner über unseren Standpunkt hinsichtlich der Demokratisierung der Bezirke antworten. Wir sind selbstverständlich auch für die Demokratie und wir haben auch in den Bezirken dementsprechend schon die nötige Demokratie eingeführt. Ich möchte darauf verweisen, daß wir einen Bezirks-Straßenausschuß haben, der in demokratischem Sinne zusammengesetzt wird. (*Widerspruch links.*) Wir sind erst im Aufbau begriffen; auf alle Fälle wird der Bezirks-Straßenausschuß in demokratischem Sinne eingerichtet.

Wir haben auch den sogenannten Schulrat in demokratischem Sinne aufzubauen. Wir haben auch die Fürsorgeeinrichtung in demokratischem Sinne, den sogenannten Fürsorgetrat, außerdem haben wir, was das Wichtigste ist, den sogenannten politischen Beirat, der dem Bezirkshauptmann als demokratisches Werkzeug beigegeben ist. (*Widerspruch links.*) Wir haben es in der Praxis so, daß der Bezirkshauptmann alle Fragen mit dem Beirat bespricht; das ist in jedem Bezirk so. Wenn Sie einen gewählten Bezirkshauptmann verlangen, so müssen wir hiezu sagen, daß die Landesregierung auch in demokratischem Sinne zusammengesetzt ist, also eine demokratische Einrichtung, die Weisungen an die Bezirke hinausgibt. Wenn wir dagegen den Bezirkshauptmann nicht in demokratischer Art gegenüber der Landesregierung ausrichten wollen, müssen wir unbedingt wegen der verschiedenen Materien einen Juristen bekommen und diesen dem gewählten Bezirkshauptmann beigegeben. Das ist aber eine Verdopplung der ganzen Agenden. Wir als demokratisch zusammengesetzter Landtag haben die Pflicht und Schuldigkeit, draußen

in den Bezirken einen Beamten einzusetzen, der den Weisungen der demokratisch zusammengesetzten Landesregierung Folge zu leisten hat. Wenn der Bezirkshauptmann der Landesregierung nicht verantwortlich ist (*Ruf links: Kein Bezirkshauptmann persönlich*), so hat doch das Volk die Landesregierung als höchste Spitze in demokratischem Sinne gewählt und nicht den Bezirkshauptmann, der vielleicht ein selbstherrliches Leben führt.

Wir wollen uns nicht länger darüber streiten. Ich weiß, daß wir in dieser Frage zum Fenster hinaus reden. Wollen tun wir das gleiche und das ist: In demokratischem Sinne dem Volke dienen. Wozu ist die Landesregierung da? Die Landesregierung braucht in jeder Bezirkshauptmannschaft einen Beamten, der ihre Weisungen strikte einhält. Wenn ich diesen nicht der Landesregierung unterstelle, so kann ich nicht verlangen, daß er hundertprozentig diese Weisungen einhält. So sieht also die Frage der Demokratisierung aus. (*Ruf links: Der autonome Bürgermeister ist sozusagen ein gewählter Bezirkshauptmann.*) Die Gemeinden sind dem Bezirkshauptmann unterstellt. Wollen wir uns also hier nicht auseinandersetzen, wir reden nur gegeneinander, wir wollen die ganze Geschichte dem richtigen Forum anheimstellen, das ist dem Nationalrat. Aber eines bitte ich zu bedenken: Wenn Sie diesen Standpunkt einnehmen, wird die weitere Frage aufgeworfen werden, wozu haben wir eine gewählte demokratische Landesregierung?

Ich glaube, daß wir mit der Debatte über die Demokratisierung Schluß machen müssen. Es wird zuviel von Demokratie geredet, es ist aber besser, wenn wir sie gegenseitig handhaben. Damit glaube ich die Sache abgetan zu haben.

Ich möchte noch ganz kurz auf den Vorschlag zu sprechen kommen. Wenn wir Abgeordnete des Landes Niederösterreich uns heute mit diesem Budget befassen, so wird es notwendig sein, über die Aktiven Inventur zu machen, die uns noch zur Verfügung stehen. Wir müssen wohl feststellen, daß der Vorschlag in seinem Rahmen begrenzt ist. Das wissen Sie alle. Es gibt keine Möglichkeit, auf dem einen oder anderen Sektor eine bessere Dotierung anzusprechen. Das liegt daran, daß wir, verglichen mit dem Jahre 1938, die vollständige Steuerhoheit nach österreichischem Recht nicht haben, wie es vorher der Fall war. Außerdem stehen uns in unserem Lande bestimmte Güter, namentlich die Urprodukte, nicht voll und ganz zur Verfügung. Das ist ein großes Hindernis. Die Auslegung der Potsdamer Beschlüsse, wie sie heute schon angeführt wurde, ist ebenso ein großes Hindernis.

Wenn wir einen Vergleich ziehen wollen zwischen den Aktiven, die uns bis 1938 zur Verfügung standen, und jenen von heute, so müssen wir feststellen, daß wir nicht nur arm, sondern vollständig ausgeplündert sind. Ein Arbeitsloser lebte im Jahre 1938 mit seiner kargen Rente besser als heute der bestqualifizierte Arbeiter. Das sei ausdrücklich festgestellt. Damals war die Wirtschaft im Lande gut fundiert, aber heute fehlt jegliche Substanz. Unsere Währung nannte man damals den europäischen Dollar. Wir befanden uns damals in aufsteigender Linie und es hätte nur mehr zwei Jahre bedurft und wir wären die zweite europäische Schweiz geworden. Hitler, der größte Verbrecher und Phantast aller Zeiten, überfiel aber unser Land mit Gewalt. Es ist heute nicht auszudenken, was über uns gekommen wäre, wenn das Regime weiter gedauert hätte. Österreich hätte nur die notwendige Unterstützung gebraucht, vielleicht wären dann uns und der Welt all die Schreckensjahre erspart geblieben, die wir durchmachen mußten. Wir bekommen ja durch den Nürnberger Prozeß allmählich einen Überblick darüber, in welcher Situation wir uns damals befanden, wozu noch zu sagen wäre, daß alle gutgesinnten Österreicher von ihren Posten nicht wichen bis zur letzten Minute. Sie begingen keinen feigen Selbstmord wie die verantwortlichen Nationalsozialisten, weil sie sich innerlich bewußt waren: Österreich kann nicht untergehen und damit auch nicht das Land Niederösterreich.

Die Zeit von 1938 bis 1945 war für unser einst reiches Land Niederösterreich eine Zeit, die uns alle Überschüsse nahm, denn damals rollte Zug um Zug in das Reich und alle Güter wurden hinausgeschleppt für den größten Krieg aller Zeiten. Aber nicht nur Güter dieses Landes wurden für diesen bereitgestellt, sondern auch wertvolle Menschen unserer Heimat, die nie einen Krieg wollten und trotzdem in diesen Krieg gezogen wurden. Grund und Boden und Menschen, das Beste mußte das Land hergeben. Zum Unglück kam der Krieg noch in unser Land und fand durch die Mithilfe der Bevölkerung endlich sein Ende. Das muß besonders aufgezeigt werden, daß die Niederösterreicher sich eingesetzt haben, wie uns die Russen befreit haben. Diese haben wir am Dorfeingang erwartet, wir haben ihnen Labe und Essen gegeben und ihnen Schlafgelegenheiten bereitgestellt. Das muß ausdrücklich aufgezeigt werden gegenüber den Anschuldigungen, daß wir gegen die russische Armee eingestellt wären. Wir können daher diese Anschuldigungen nicht ohne Widerspruch hinnehmen. Allenthalben hat sich die Bevölkerung bemüht, unbedingt mit der russischen Bevölkerung Fühlung

zu nehmen. Leider war es dabei ein großes Hindernis, daß wir in den vergangenen vielen Jahren nichts von Rußland gehört haben, weil sich eben Rußland vollständig abgesperrt hat und uns der Nationalsozialismus erst recht nichts über Rußland vermitteln ließ. Daher ist es unbedingt notwendig, daß das in der Öffentlichkeit und vor dem ganzen Auslande aufgezeigt wird. Viele Städte, Dörfer, Fabriken und Wohnungen und Kulturen sind zerstört worden und die Bevölkerung ist zermüht und entkräftet durch die langjährige Not. Schauen Sie nur unsere armen Frauen draußen auf dem Lande an, die sich tausendfach eingesetzt haben. Das Verkehrsnetz im Lande ist zerstört und die Straßen befinden sich in einem Zustand wie nie zuvor. Unzählbare Brücken sind zerstört, Industrie, Gewerbe, Landwirtschaft liegen darnieder, es gibt überhaupt keinen Sektor in der Wirtschaft, der nicht von vorn anfangen muß. Es fehlt auch vielfach an Arbeitskräften. Nun sollen wir ein Budget aufstellen, das allen Anforderungen der Wirtschaft für den Wiederaufbau gerecht wird. Wohin wir aber sehen, liegt allés darnieder. Millionen wären aufzunehmen und Millionen würden nicht genügen, um alle die Schäden zu tilgen, die der Krieg und der Nazismus gebracht haben. Dazu kommt noch die große Schwierigkeit, daß viele Güter, die wir heute dringendst benötigen, von den Nazi in die westlichen Länder verlagert und verschleppt wurden. Aber auch die Überschüsse dieser Länder, die uns von dort zur Verfügung stünden, können wir wegen der wirtschaftshindernden Demarkationslinien nicht erhalten. Die Abgeordneten von drüben haben sich zwar bereit erklärt, die Überschüsse zu sammeln. Der Herr Landeshauptmann Reither hat in jeder Form mit ihnen draußen Fühlung genommen, um unserer Landwirtschaft zu helfen. Wir hoffen, daß die Alliierten nicht hier weiterhin Hemmungen auferlegen.

Ein weiteres großes Hindernis für den Wiederaufbau besteht darin, daß uns wertvolle Urprodukte nicht frei zur Verfügung stehen. Daher muß immer wieder die Frage aufgeworfen werden: Wann werden wir endlich die volle Freiheit erlangen, werden wir in Zukunft als befreites oder als besiegtes Land behandelt werden? Ich hoffe, daß schon in den nächsten Tagen die Konferenz der großen Vier in dieser Richtung uns einen Lichtblick bringt. Durch die unklare Auslegung der Potsdamer Beschlüsse sind wir nicht imstande, die notwendigen Güter der Privatwirtschaft zur Verfügung zu stellen, so daß der notwendige Wiederaufbau nur schrittweise vorstatten gehen kann. Was in sieben Jahren zertrümmert wurde, kann nicht in einem Jahr wieder er-

stehen. Doch über einen einzigen Aktivposten verfügen wir, den uns niemand nehmen kann, das ist der Glaube an uns selbst. Der Glaube daran, daß es uns wieder gelingen muß, hochzukommen, im Vertrauen auf unser Können und im Vertrauen auf unsere verantwortlichen Männer aus allen Parteischattierungen, die berufen sind, unser Land Niederösterreich wieder hochzubringen. Arbeiter, Bauern und Gewerbetreibende müssen in dieser Notzeit zusammenstehen, damit das schwierige Aufbauwerk gelingen kann. Wir müssen den Vorsprung, den die anderen Bundesländer dadurch haben, daß sie nicht die großen Zerstörungen, wie wir, erlitten haben, einholen. Es ist daher notwendig, daß die Überschüsse dieser Bundesländer unserem hart geprüften Lande Niederösterreich zur Verfügung gestellt werden. Jeder Hader und alle Gegensätze müssen in demokratischem Sinne ausgetragen werden. Es wird in den nächsten Monaten schwere und harte Fragen zwischen Arbeitern und Unternehmern zu lösen geben und da wird es ebenfalls notwendig sein, daß verantwortungsbewußte Männer von dem Gedanken beseelt sind, daß sie nicht eine Parteipolitik, sondern eine Volkspolitik zum Wohle aller Menschen im Lande betreiben müssen. Im neuen demokratischen Österreich hat der Arbeitnehmer nicht nur das Recht auf Arbeit, sondern auch die Pflicht zur Arbeit und dazu müssen wir die entsprechenden Vorbedingungen schaffen. Dazu ist eine kluge Währungspolitik notwendig, indem der Schilling in seinem Wert gefestigt wird. Lohn- und Preisstopp halten momentan die Waage (*Widerspruch links*), zwangsläufig, ich komme noch darauf zurück. (*Widerspruch links; Das glauben Sie selbst nicht.*) Nur ganz geringe Verbrauchsgüter und Kalorien stehen dem armen Arbeiter heute zur Verfügung. Es ist notwendig, einen entsprechenden Ausgleich durchzuführen, so daß nicht die Währung Schaden erleidet und wir nicht in eine neue Inflation hineinschlenkern. (*Zwischenruf: Die haben wir schon.*) Wir haben sie noch nicht. Nicht wie in Ungarn, wo eine Straßenbahnfahrt soundso viel Millionen Pengö kostet. Es ist uns gelungen, den Schilling vorläufig zu kontrollieren. (*Abg. DUBOVSKY: Auf Kosten der Arbeiter!*) Nein, nicht nur der Arbeiter, sondern der ganzen Wirtschaft. Sie müssen bedenken, daß unsere ganze Wirtschaft ausgepowert ist und daß weder die Gewerbetreibenden, noch die Bauern verglichen mit dem Jahre 1918 irgend eine Substanz haben. Das werden Sie zugeben müssen. Wir müssen auf alle Fälle die Forderung aufstellen, daß der Lebensstandard höher wird und es für die Arbeiterschaft unbedingt notwendig ist, den Lohn- und Preisstopp in irgend einer Form zu lockern. Das ist

unsere Anschauung und Forderung. Wir müssen uns aber in einer demokratischen Art und Weise auseinandersetzen, damit nicht der eine Wirtschaftssektor wegen dem anderen zugrunde gerichtet wird.

Es ist notwendig, daß die Tariflöhne aus der Nazizeit verschwinden, das wissen auch die Arbeitervertreter der Österreichischen Volkspartei. Wir müssen daher zum alten Kollektivvertragssystem zurückgreifen. Arbeiter und Angestellte haben ein Recht auf die auf diesem Kollektivvertrag basierenden Bezüge. Die Unternehmenshaft muß mit uns eines Sinnes sein, damit der Arbeiter wieder einen entsprechenden Lebensstandard bekommt, der unserem kulturellen Bedürfnis und Empfinden entspricht.

Wir brauchen ferner eine Sozialversicherung, die vollkommen und volksnahe ist und alle Schichten der Bevölkerung umfaßt. Es muß wieder eine Sozialversicherung kommen, die tatsächlich mit dem Arbeiter so verbunden ist, wie es bis zum Jahre 1938 war. Über die Sozialversicherungsfrage könnte ich noch stundenlang reden, ich will mir aber das vorbehalten für den nächsten Einzelplan.

Wir brauchen eine eigene Arbeiterkammer für Niederösterreich. Wir haben bereits einen diesbezüglichen Antrag eingebracht und ich sehe nicht ein, daß Wien uns in unseren niederösterreichischen Fragen, besonders was die Arbeiterkammer anbelangt, dareinredet. Die kleinen Bundesländer Vorarlberg und Burgenland, die wesentlich weniger pflichtversicherte Arbeiter haben als Niederösterreich mit derzeit 155.000 und zusammen auch viel weniger Arbeiter haben als Niederösterreich allein, haben eine eigene Arbeiterkammer, während Niederösterreich noch keine eigene Arbeiterkammer hat. Es bedarf nur eines Federstriches des Sozialministers, der ja Arbeitervertreter ist, in der Form einer Verordnung, damit auch in Niederösterreich die Arbeiter ihr ureigenes Recht bekommen.

Wir brauchen auch eine Bodenreform. Wir wollen dazu nur sagen, die Bodenreform sollen jene Männer machen, die aus unserem Boden herausgewachsen sind, und das sind die Bauern.

Wir brauchen weiters eine großzügige Förderung von Industrie, Handel und Gewerbe und ein neues, übersichtliches Arbeitsrecht überhaupt in Österreich. Ich frage Sie, meine Herren Vertreter aller Parteien Österreichs, können Sie mir in unserem jetzigen Österreich einen Juristen nennen, der sich in unserem Arbeitsrecht auskennt? In dieser Beziehung herrscht ein Chaos, daher müssen wir ein neues Arbeitsrecht schaffen, damit der Arbeiter weiß, was ihm zusteht. Bis 1938 waren wir daran, diese

Form zu schaffen, leider ist dies durch den Gewaltstreich der Nationalsozialisten nicht zur Tatsache geworden.

Wir wollen auch die Sozialisierung in Form der Genossenschaft, wir wollen den Arbeiter zum Mitbesitzer machen. Sagen Sie daher nicht, die ÖVP. will keine Sozialisierung. Unsere Vertreter im Nationalrat haben den Entwurf in Arbeit und bringen ihn ein. Wir können die Sozialisierung nicht vom Zaun brechen, sondern sie muß wohlausgedacht werden, das ist eine Selbstverständlichkeit, denn wir könnten es als die Vertreter der stärksten Partei nicht verantworten, daß wir mit dieser Sozialisierung in ein oder zwei Jahren niederbrechen. Wenn ich sage, Mitbesitzer soll der Arbeiter werden, so meine ich damit, daß der Arbeiter durch Freimachung vom Klassenkampf auf ein höheres soziales Niveau gestellt wird. Wir wollen ihn durch Schaffung von Siedlungen bodenverbunden machen. Wir wollen mit Verwendung seiner Ersparungen es dem Arbeiter möglich machen, ihn auf Grund eines Siedlungsplanes anzusiedeln und ihn mit dem Boden Niederösterreichs verwurzeln.

Wir wollen wieder eine österreichische Schule, in der der österreichische Geist einzuziehen hat und verbunden ist mit dem Gebet und mit dem Kreuz, nachdem die Mehrheit der Bevölkerung bei uns ja katholisch ist.

Im übrigen verlangen wir einen rascheren Aufbau und Ausbau der Berufsschulen, der gewerblichen Fortbildungsschulen und der landwirtschaftlichen Schulen. Ich behalte mir vor, im nächsten Kapitel darüber zu sprechen.

Nun möchte ich noch anführen, daß wir erreichen müssen, daß zu allererst, wenn wir alle diese Fragen lösen wollen, die Ernährungsfrage als wichtigste Frage gelöst werden muß. Wir müssen daher die Landwirtschaft allem Möglichen und Erdenklichen voranstellen und wir müssen darauf bedacht sein, daß die Arbeiter der Industrie dem Bauern die nötigen Werkzeuge liefern, um die Ernährung Niederösterreichs sicherzustellen. Ich werde über dieses Ernährungs Kapitel auch noch mit Zahlen dienen, eines will ich aber schon jetzt anführen, daß in Niederösterreich die Bauern bereits alles getan haben, was sie tun konnten, und ganz besonders die Bäuerinnen. Ich bin hier kein Verteidiger der Landwirtschaft, sondern ich spreche nur aus der klaren Überlegung heraus, daß man, wenn man in die Bezirke hinausgekommen ist, sehen konnte, daß die Bauern keinen Pflug, kein Pferd und kein Werkzeug usw. hatten und ungeachtet aller dieser Schwierigkeiten trotzdem alle Fluren tatsächlich bebaut haben. Dabei haben sich statt der fehlenden Landarbeiter ganz besonders die Frauen eingespannt. Das

muß von allen drei Parteien offen zugegeben und anerkannt werden.

Ich möchte noch anführen, daß es der niederösterreichischen Bauernschaft gutzuschreiben ist, wenn die Städter, die auf Grund des gestatteten Rucksackverkehrs von Wien zu Tausenden mit leeren Rucksäcken hinauspilgern — man kann es bei den Ausfallstraßen beobachten —, abends doch immer mit vollem Rucksack herein kommen. Es ist auch der niederösterreichischen Bauernschaft gutzuschreiben, daß in der Großstadt Wien nicht noch eine größere Sterblichkeit bei Greisen und Säuglingen eingetreten ist. Das ist auf diesen Rucksackverkehr zurückzuführen. Diese Mengen gehen doch in die Tausende Kilogramm, die hier hereingeführt werden. Es ist gut, daß sich alle Parteien für den kleinen Rucksackverkehr geeinigt haben und daß er genehmigt wurde. Es geht nicht an, daß einem armen Arbeiter, der nur am Sonntag einige Stunden Zeit hat und daher, weil er während der Woche in der Fabrik steht, sich von Freunden oder Verwandten Kartoffeln holt, diese an der Peripherie der Stadt von einem jungen Polizisten einfach weggenommen werden. Den großen Schleichhändler muß man fangen und soviel Fingerspitzengefühl muß auch der Polizist haben und der Landessicherheitsdirektor möge sich hier ein bißchen mehr darum kümmern. Die Abgeordneten haben die Pflicht, die Sicherheitsverhältnisse auf dem Lande aufzuzeigen, denn sonst kommen wir wieder soweit, daß unsere Fluren geplündert werden. Wir mußten im Vorjahr bemerken, daß unsere Bäume und Weingärten noch vor der Gemüse- und Obstreihe geplündert und besonders von Marillenbäumen ganze Äste heruntergerissen wurden. Die ganze Welt fragt sich dann, wie können wir so der Ernährungskrise standhalten. Wir können das bis zu einem gewissen Grade, ich traue mir zu sagen bis zu 60 Prozent, jedoch nur, wenn wir imstande sind, unsere Fluren zu schützen.

In der Frage der Kontrollen auf den Bauernhöfen möchte ich sagen, daß der Bauer auch in nächster Zukunft alles hergeben wird. Dazu muß angeführt werden, daß draußen auf dem Lande gesagt werden muß, daß nicht der Landeshauptmann Reither oder Landeshauptmannstellvertreter Popp oder der verantwortliche Ernährungsreferent Landesrat Steinböck daran Schuld sind, daß diese oder jene Lebensmittel nicht ausgeteilt werden können, sondern daß die Schwierigkeit in den Transportverhältnissen besteht, die am ganzen schuld sind. Man sagt auch, die Kaloriensätze sollten höher sein. Wir sind wohl ins Hintertreffen geraten, aber nicht die verantwortlichen Männer der Landesregierung sind schuld daran, die Schuld liegt viel-

mehr bei höheren Stellen und das werde ich beim betreffenden Kapitel noch mitteilen. Man sagt auch, man soll die Bauernhöfe mit allen möglichen Kontrollen überziehen und belegen. Gerade was das demokratische Kontrollrecht in der Ernährung anbelangt, habe ich mir aufgeschrieben, welche Institutionen bestehen, um den Ernährungssektor zu kontrollieren. An der Spitze steht das Bundesministerium für Ernährung, das Ernährungsdirektorium, die Wirtschaftsverbände, das Landesernährungsamt, und als Beirat bei diesem Ernährungsamt der Landesernährungsinspektor, der Landeskontrollausschuß, der Bezirkskontroll- und der Ortskontrollausschuß. Vor lauter Ausschüssen kommen wir überhaupt nicht zur Ernährung.

Ich sage, wenn wir drei Parteien nicht imstande sind, die Männer an die Spitze der Ernährungswirtschaft zu stellen, die von uns die volle Verantwortung übertragen bekommen, wird es überhaupt nicht möglich sein, daß wir in diesem Sektor weiterkommen. Ich glaube, wenn der Herr Landeshauptmann Reither, der doch Bauernführer ist, an die Bauern den Appell richtet, daß sie diesem Appell zuerst Folge leisten werden. Ich frage, warum soll sich da zum Beispiel noch der Gewerkschaftsbund einschalten und sich Hofbegehungen anmaßen? Es maßen sich ja auch die Bauern nicht ein Kontrollrecht in der Industrie an und gehen in die Werkstätten. Gehen wir also den einzig richtigen Weg und das ist der, daß der Bauer das hergeben muß, was der Boden ihm bringt, aber für sich selbst muß er sich selbstverständlich das Notwendige behalten können, weil der Bauer auch keinen Achtsturentag einhalten kann. Er muß oft schon um fünf Uhr früh aufstehen und hat schwere körperliche Leistungen zu vollbringen. Es gibt heute Kleinbauern, die Selbstversorger sind und nicht den Kalorienwert wie die Schwerarbeiter der Industrie haben. Das muß man immer objektiv beurteilen.

Ich bin zwar von Ihnen als Präsident gewählt, ich spreche aber hier als Abgeordneter. Ich habe mir angewöhnt, objektiv zu sein. Wenn Sie aufzeigen, was gerechtfertigt ist, werde ich das vollkommen akzeptieren. Ich muß aber anführen, daß wir es nicht so machen dürfen wie seinerzeit nach dem ersten Weltkrieg, daß wir Häferlgucker fordern und Räte einsetzen, die das Recht haben, das oder jenes aufzustöbern, wozu sie nicht berufen sind. Ich möchte in dieser Richtung ein Beispiel anführen, wie es 1919/20 tatsächlich passiert ist: Bei einer Bezirkshauptmannschaft ist ein Jurist eingesetzt worden, der in der Ernährung überall Einsicht nehmen sollte; er kam zur Kontrolle auch einmal auf einen Gutshof. Dort hat er mit seiner Nase etwas gerochen. Er fragte die Bäuerin,

nach was riecht das, was machen Sie da? Die Bäuerin antwortete: Krammeln lasse ich aus. Er sagte darauf: Kann ich auch ein paar Krammeln kosten? Selbstverständlich, antwortete sie. Er war ein vom politischen Forum eingesetzter Bezirksbeamter, und wie er die Krammeln gegessen hatte, fragte er: Sagen Sie, liebe Frau, wo hat das Schwein die Krammeln? (*Heiterkeit.*) Bei der Einsetzung der Ernährungsinspektoren soll man dabei bedenken, daß sie, wenn sie zum Beispiel auf einen Schüttboden kommen, wirklich Hafer und Weizen auseinanderkennen. Ich könnte über diese Sachen noch alles Mögliche erzählen.

In diesem Hause haben sich drei Parteien in demokratischem Sinne zusammengefunden, um unserem niedergebrochenen Lande Niederösterreich wieder die Auferstehung zu geben. Das Wichtigste aber, das wir allem voranstellen müssen, besteht darin, alle Kräfte unserem Ernährungssektor im Lande Niederösterreich zu widmen, zum Wohle aller Menschen in unserem Lande. (*Großer Beifall.*)

Abg. STEIRER: Hoher Landtag! Ich möchte zum Kapitel „Allgemeine Verwaltung“ über Personalangelegenheiten sprechen. Es ist als ein Versehen zu bezeichnen, daß es derzeit keine Personalvertretung mehr gibt. Man kann aber eine provisorische Personalvertretung wählen. Es kommt nämlich jetzt vor, daß Entlassungen und Aufnahmen durchgeführt werden, ohne einen Vertrauensmann zu fragen. Ich glaube, dasselbe ist auch bei den Bezirkshauptmannschaften der Fall. Es kommt vor, daß Personal aufgenommen wird, wovon niemand etwas weiß. Und es wird nicht nach der Tüchtigkeit, sondern nur darnach gefragt, welcher Partei der Betreffende angehört. Es werden da Leute mit 78 Groschen Stundenlohn aufgenommen und da spricht man von Demokratie. Wenn man unter solchen Verhältnissen auch von Inflation spricht, dann darf man dem Arbeiter nicht sagen, daß er daran schuld ist. Es kann aber doch die Zeit kommen, wo wieder etwas zu kaufen wäre, wo aber der Arbeiter nichts einkaufen kann, wenn ein Paar Schuhe zum Beispiel schon 30 S kosten, er aber nur 27 S in der Woche verdient; beim Schlosseranzug ist es dasselbe, der früher um 18 S zu haben war und jetzt 30 bis 35 S kostet. Der Arbeiter braucht den Anzug, er hat aber das Geld nicht dazu und muß sich für diesen Einkauf einen Vorschub nehmen. Das ist ein Zustand, der auf die Dauer nicht tragbar ist.

Man müßte auch einen Dienstpostenplan erstellen, bei dessen Erstellung der Vertrauensmann mitsprechen kann.

Es kommt auch vor, daß bei Lohnerhöhungen oder Höherreihungen niemand gefragt

wird. Dasselbe ist auch bezüglich der Disziplinarkommission der Fall. Das müßte alles in demokratischem Sinne überprüft werden.

Wenn man von der Wiedergutmachung spricht, dann muß man da wohl auf das Jahr 1934 zurückgreifen. Da gibt es Leute, die auch ein Recht auf Wiedergutmachung haben. Denn es gibt aus dieser Zeit — nach dreißigjähriger Dienstzeit — noch Pensionen mit 100 S. Das ist auf die Dauer undenkbar, daß ein Mensch mit diesem Betrag leben kann.

Ich möchte anregen, daß bei nächster Gelegenheit Verhandlungen geführt werden, damit die Arbeiter und Angestellten eine Höherreihung erreichen können. (*Beifall links.*)

Abg. ROMSY: Hoher Landtag! Es wurde heute schon viel von der heranreifenden Ernte und deren Hereinbringung gesprochen. Wenn in diesem Zusammenhange auch von den Sicherheitsorganen gesprochen wurde, dann wäre es wohl notwendig, daß die Gendarmerie und die Sicherheitsorgane überhaupt entsprechend bewaffnet werden, denn sonst könnte es vorkommen, daß gegebenenfalls die unbewaffneten Gendarmen einer bewaffneten Diebsbande gegenüberstehen.

An der Grenze Österreichs, besonders an der tschechisch-österreichischen Grenze von Niederösterreich wäre es wohl dringend notwendig, daß der Grenzschutz entsprechend verstärkt würde. Ich meine da hauptsächlich meinen Heimatbezirk Poysdorf, wo sich 800 Hektar Grund jenseits der Grenze befinden. In Schratzenberg zum Beispiel haben 19 Landwirte 80 Prozent ihres Besitzes drüben. Die Leute sind dort mit der Ernte im Vorjahre umgefallen und es wird geklagt, daß von drüben die Banden einfallen und das Korn einfach abmähen und zu Futterzwecken hinüberführen.

Da wäre es also wohl notwendig, daß der Grenzschutz entsprechend verstärkt wird, um diesem Unwesen Einhalt zu gebieten. Ich habe hier im Hause einen Antrag eingebracht, daß durch gegenseitige Verhandlungen jener Zustand wieder hergestellt wird, wie er vor dem Jahre 1938 bestanden hat, damit durch den kleinen Grenzverkehr die Bewirtschaftung der Felder und die Hereinbringung der Ernte gewährleistet ist.

Ein Kapitel wäre noch zu streifen. Im Rahmen des Kapitels „Allgemeine Verwaltung“ kann man über so manches sprechen und so möchte ich diese Gelegenheit nicht vorübergehen lassen. Ein Apparat, der vielleicht nicht so notwendig wäre, ist die sogenannte Briefzensur. Mancher Brief, der vom Bürgermeister in zwei bis drei Tagen erledigt werden könnte, braucht jetzt fünf bis sechs Wochen! Ich weiß nicht, ob es in Österreich und in Niederösterreich

wirklich notwendig ist, eine so strenge Zensur auszuüben.

Es wurde auch ein Einwurf bezüglich der Ortsbauernräte gemacht. Ich möchte als Bezirksbauernratsobmann feststellen, daß der Bauernrat nichts anderes ist als ein gewöhnlicher Vereinvorstand; er hat daher nicht das Recht, sich in behördliche Angelegenheiten einzuschalten. Dazu ist einzig und allein nur die zuständige Behörde maßgebend.

Weiters muß ich noch verlangen, daß wir eine ordentliche Sicherheit im Lande haben müssen. Hierzu ist es notwendig, daß die Polizei bewaffnet und ein Grenzschutz eingerichtet wird. Nur auf diese Weise werden wir die Ernte gesichert einbringen können.

Dann ist es aber auch notwendig, daß wir einen entsprechenden Preis bekommen, damit die Gestehungskosten gedeckt sind. Errechnen Sie sich einmal die Kosten des Bauern, bis er die Frucht hereinbringt! Ich glaube, daß kein einziger Bauer dabei ist, der seine Gestehungskosten decken kann. Ich bin ein Kleinbauer und habe im vergangenen Winter drei Monate keine Erdäpfel gehabt. Auch viele kleine Weinhauer müssen oft ohne Fett durchhalten. Es ist auch in diesen Kreisen oft bittere Not. Wir müssen daher gemeinsam trachten, über diesen toten Punkt der Ernährung hinwegzukommen. (*Beifall rechts.*)

Abg. GLANINGER: Wir haben heute schon viel über die Gemeinden gehört. Ich bin der Anschauung, daß wir den Bürgermeistern allen Dank schuldig sind, denn sie bemühen sich, in dieser schweren Zeit Ordnung zu halten. Es ist auch die Notwendigkeit aufgezeigt worden, den Flurschutz einzurichten, denn wir haben bereits gesehen, daß schon jetzt Frühkartoffelstauden ausgerissen werden. Die Gendarmerie kann da nicht immer nachkommen und daher wäre es notwendig, daß der entsprechende Flurschutz auch wirklich eingerichtet wird. Früher sind ja auch die Leute herumgerannt, wenn zum Beispiel irgendwo ein KZler ausgekommen ist und haben alles abgesucht. Man sieht jetzt auch schon allenthalben, daß die Besatzungsmacht weggeht, auf deren Konto viel gesündigt worden ist. Diese wurde vielfach als Deckmantel benützt. Jetzt aber geschieht noch mehr, namentlich durch die vielen Ausländer, die bei uns im Lande als Dolmetscher herumgehen. So wurde einmal ein Mann aufgegriffen, der ein Ferkel und einen Sack Mehl aufgeladen hatte. Wo wird er das herhaben? Das ist auch ein Ausländer gewesen. Diesen Sachen müßte man also ein entsprechendes Augenmerk schenken.

Was die Ernährung anbelangt, so glaube ich sagen zu können, daß die gutgesinnten Bauern alles daransetzen, um den Städtern, Arbeitern

und Angestellten zu helfen. Mein Standpunkt ist in dieser Angelegenheit folgender: Wenn der Bauer Grund und Boden hat, dann hat er auch die Verpflichtung, diesen so zu bearbeiten, daß der andere möglichst viel davon hat. Er darf nicht nur an sich selbst denken. Wir werden alle diese Leute, die sich abseits stellen, entsprechend bestrafen müssen, wie schon Herr Landeshauptmann Reither gesagt hat. Wir müssen auf der anderen Seite aber diejenigen unterstützen, die voll und ganz ihre Pflicht tun, und da geschieht wenig. Aus diesem Grunde wollen manche von der Landwirtschaft weggehen. Wie aber soll dann die Arbeit in der Landwirtschaft geschehen, wenn alle davonlaufen. Wir müssen die Arbeiterschaft daher bitten, daß sie uns bei der Ernteeinbringung unterstützt. Das Burgenland hat uns jetzt auch im Stich gelassen, wir müssen aber die Ernte unter allen Umständen hereinbringen. Wenn zum Beispiel die Witterung nicht entsprechend wäre, dann wäre die Gefahr vorhanden, daß man die Ernte wohl schneiden, aber nicht hereinbringen kann. Es fehlt uns da an allem möglichen, wie zum Beispiel an Zugtieren, Maschinen, Mähbindern usw. Alles dies ist durch den Krieg und sonstige Handlungen zerstört worden und die Bestandteile dazu kann der Bauer jetzt nicht nachbekommen. Es heißt daher zusammenstehen, damit die Ernte, die nicht so schlecht ist, auch wirklich hereinkommt. Wenn es im Frühjahr geregnet hätte, könnten wir sogar eine hervorragende Ernte haben. Im Westbaugebiet steht sie ganz gut.

In diesem Zusammenhang möchte ich einiges zur Viehzählung sagen. Im Dezember 1938 gab es in Wien 13.750 Pferde, im Dezember 1944 jedoch nur 11.372 und im Dezember 1945 10.769.

In Niederösterreich gab es im Dezember 1938 86.976 Pferde, jedoch im Dezember 1944 nur 78.905 und im Dezember 1945 gar nur 13.287.

Im Burgenland gab es im Dezember 1938 18.000 Pferde, im Dezember 1944 17.000 und im Dezember 1945 nur mehr 1600.

In Oberösterreich waren im Jahre 1938 9000 Pferde, bzw. im nördlichen Teile 10.000 Pferde, und jetzt sind es 13.000 Pferde! Weiter westlich ist eine Anhäufung von Pferden festzustellen, weil die deutsche Armee, als sie sich zurückgezogen hat, diese Pferde dort stehen ließ. Ich habe mir sagen lassen, daß im Lungau 15.000 Pferde zurückgeblieben sind.

Jetzt sind Verhandlungen im Gange, daß drei Prozent des Rinderbestandes von den westlichen Ländern zu uns herüberkommen sollen. Es sind schon Transporte angekommen, bei denen auch Kühe sind, die bereits seit März trächtig sind. Bei diesen Transporten ist aber

nur ein Begleiter, der selbstverständlich diese Kühe nicht ausmelken kann, so daß bereits Euterentzündungen festzustellen sind. In manchen Fällen wird das wohl nicht immer möglich sein, es muß aber doch getrachtet werden, daß eine entsprechende Begleitung diesen Transporten beigegeben wird, damit die Ausmelkung durchgeführt werden kann.

Der Preis für eine Kuh war ziemlich hoch, er betrug nämlich 1100 bis 1200 S. Wenn der Bauer seine Sachen ehrlich liefert und verkauft — der große Teil macht es —, dann kann er nicht solche Preise zahlen. Dasselbe ist bei den Pferden der Fall. Es ist vorgekommen, daß gewisse Elemente nach Oberösterreich gefahren sind und an der Grenze die Leute mit Schnaps bestochen und so die Pferde herübergebracht haben; hier haben sie die Pferde geschlachtet und das Fleisch verkauft. Diese unlauteren Elemente haben dadurch die Preise verdorben. Wir bekommen heute die Pferde nicht so wie früher um etwa 2600 S, jetzt ist es ganz anders.

Im Dezember 1938 war der Stand an Rindern in den Ländern folgender: Oberösterreich 1938 146.555, 1944 239.000, jetzt 263.000; Niederösterreich 1938 666.429, 1944 656.809, jetzt 491.611.

Der Stand der Schweine stellt sich folgendermaßen dar: Niederösterreich hatte im Jahre 1938 über eine Million Schweine, im Jahre 1944 nur mehr 559.000 und jetzt 264.000.

Insgesamt betrug der Schweinebestand im ganzen Bundesgebiet 1938 2,868.000, 1944 1,700.000 und 1945 1,029.000.

Aus dieser Statistik ersieht man, daß der jetzige Schweinebestand in Niederösterreich beinahe nur ein Viertel des Standes des Jahres 1938 beträgt. Im Jahre 1944 sind die Nazi herumgegangen und haben gesagt: Tod den Schweinen und den Juden, denn die sind Volksverräter und fressen uns die Sachen weg. Jetzt wird wieder mit ähnlichen Schlagworten gearbeitet. Heute wieder den Viehbestand aufzubauen geht wohl bei den Schweinen am raschesten, aber nicht so leicht bei den Rindern. Da muß schon sehr viel nachgeschafft werden.

Eine ganz gewaltige Verringerung sehen wir auch bei den Ziegen und Schafen, die wohl in der Volksernährung nicht eine so große Rolle spielen. Wenn gesagt wird, es müßte sofort etwas geschehen, so ist dazu zu bemerken, daß der Schaden im Viehstand in Niederösterreich allein 91,000.000 S beträgt. Zur Nachschaffung von Pferden und Rindern allein wären 70,000.000 S erforderlich. Für die Nachschaffung von landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten 34,000.000 S, für die Beseitigung der Schäden im Genossenschaftswesen 19,000.000 S, beim Obstbau 20,000.000 S, beim Gemüsebau

19,000.000 S und beim Pflanzenbau 20,000.000 Schilling erforderlich. Insgesamt ist der Schaden mit 275,000.000 S zu beziffern. Die Beträge des Budgets sind im Vergleich zu den großen Schäden, die vorhanden sind, viel zu gering. In der Zukunft müssen wir daher großzügiger vorgehen. Wenn die Demarkationslinien fallen und wir tatsächlich Vieh aus den westlichen Bundesländern herüberbekommen, dann glaube ich, daß die Landwirtschaft in zwei bis drei Jahren, vorausgesetzt, daß sie ruhig und in Frieden arbeiten kann, wieder dort sein wird, um den Großteil unserer Bevölkerung versorgen zu können. Wir haben jedenfalls den Willen und die gute Absicht, zu helfen, soweit es möglich ist. Jeder anständige Bauer muß das Gefühl haben, daß er alles daransetzen muß, um das Volk aus dieser Not herauszubringen.

Als Sofortprogramm für die Ergänzung des Rinderbestandes sind für Niederösterreich allein 75.000 Stück notwendig. Wenn wir nur pro Stück 600 S annehmen, so sind dazu 45,000.000 Schilling notwendig. Für die Ergänzung des Pferdebestandes sind 14,000.000 S, des Schweinebestandes 9,000.000 S, des Schafebestandes 1,000.000 S und des Ziegenbestandes 1,300.000 Schilling, rund also 70,000.000 S notwendig, dies allerdings bei den geringen Preisen, die ich angesetzt habe. Es wird nicht leicht möglich sein, um dieses Geld die Tiere hereinzubekommen.

Man sieht also, daß der Schaden in der Landwirtschaft, besonders in Niederösterreich, ziemlich groß ist und daß es der Anstrengungen aller bedarf, um diese Schäden wieder zu beheben, damit die Landwirtschaft wieder in die Lage kommt, ihre Pflicht zu erfüllen und den an sie gestellten Forderungen gerecht zu werden. Dazu auch das Ihrige beizutragen, möchte ich Sie alle recht herzlich bitten. (*Beifall rechts.*)

Abg. DUBOWSKY: Hoher Landtag! Herr Abgeordneter Riefler hat mit wenigen Worten die Zustände gestreift, die bei den Bezirkshauptmannschaften überall herrschen. Die Bevölkerung muß nämlich oftmals hingehen, um die geringsten Angelegenheiten dort erledigen zu können. Ich glaube, die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Riefler sollten für den Herrn Abgeordneten Dr. Riel doch Begründung genug sein, daß diese ein Jahrhundert überlebende Tradition der Bezirkshauptleute sich auch in Niederösterreich überlebt hat und daß wir eine neue, volksverbundene demokratische Bezirksvertretung schaffen müssen, die neue, demokratische Kräfte aus dem Volk heranzieht, die vor allem Österreicher sein müssen, die jederzeit für ihr Land eintreten. Zur Demokratisierung der Bezirkshauptmannschaft ist als

weiteres unerlässlich, daß das Beamtenüberleitungsgesetz endlich in Kraft gesetzt wird und daß unserem Verwaltungsapparat neue, junge, unbeschwerte demokratische Kräfte zugeführt werden, damit es sich nicht wieder so ergibt, wie der Herr Abgeordnete Dr. Riel zum Teil richtig darauf hingewiesen hat, nämlich, daß die Ursachen des Jahres 1934 schon im Jahre 1920 begonnen haben. Sie haben sogar noch früher begonnen, und zwar gerade von der Institution der Bezirkshauptmannschaft aus, als sich die Bezirkshauptleute, die eine junge Republik schützen sollten, schützend vor jene Elemente stellten, die im Kampf gegen diese Republik gestanden sind, und zwar zuerst schützend und dann fördernd.

In einigen Fällen können wir auch heute eine ähnliche Entwicklung feststellen.

Da gibt es in Melk einen Bezirkshauptmann, der mit seiner Sekretärin nächtliche Zusammenkünfte mit ehemaligen Nationalsozialisten abhält, sei es aus alter Freundschaft oder sei es, daß er sich ihnen besonders verbunden fühlt.

Auf jeden Fall müssen wir von einem Beamten des österreichischen Staates verlangen, daß er alles unterläßt, was auch nur den Anschein erwecken könnte, daß er sich irgendwie schützend oder fördernd vor diese Totengräber des österreichischen Staates stellt. Es ist nur tief bedauerlich, daß Beamte des Innenministeriums sich schützend vor diesen Bezirkshauptmann gestellt haben, als es sich darum handelte, in einer österreichischen Wochenzeitung einen Artikel über diesen Bezirkshauptmann zu veröffentlichen.

Das ist aber nicht nur bei den Bezirkshauptleuten so, sondern es gibt auch andere Beamte in Niederösterreich, die eine ähnliche Haltung einnehmen. Gott sei Dank sind es nur wenige. Die überragende Anzahl der Beamten hat heute die gesunde, demokratische österreichische Auffassung und gerade auf diese Mehrzahl der Beamten Rücksicht nehmend, müssen wir den Kampf gegen die Überreste von gestern führen und diese beseitigen.

Es gibt da einen Ing. Dworschak, der die Vermögenssicherung durchführen sollte. Er arbeitet gegenwärtig im Bezirk Hollabrunn und hat dort einen ganz guten Helfer gefunden, nämlich den ehemaligen Gauredner Friedrich Dietrich, mit dem zusammen er feststellt, was den Nationalsozialisten zurückgegeben werden soll.

Ich glaube, das sind unmögliche Zustände in unserem Lande. Wenn wir vermeiden wollen, daß sich die Vergangenheit wiederholen soll, müssen wir raschestens diese Zustände beseitigen.

Beamte, die heute unter schweren Bedingungen ihre Pflicht erfüllen, haben heute, gemessen

an den Jahren vor 1938 ein weitaus geringeres Durchschnittseinkommen als sie damals bezogen haben. So wie den Beamten, geht es heute der Mehrzahl des österreichischen Volkes. Es ist nicht so, wie der Herr Kollege Endl angeführt hat, daß sich der Preisstopp und der Lohnstopp die Waage halten; das ist wohl eine Waage, die ein bißchen korrigiert ist und die auf der einen Seite ganz beträchtlich herunterzieht. Jeder Bauer und Arbeiter kann feststellen, daß er für seine Produkte den gleichen Preis oder Lohn erhält wie vorher, daß er aber für das, was er beziehen und kaufen will, einen wesentlich höheren Preis bezahlen muß. Heute ist die Situation so, daß es viele Menschen in Niederösterreich gibt, die sich nicht einmal die rayonierten Lebensmittel, besonders wenn sie aus Konserven bestehen, kaufen können, weil ihr Lohn dazu eben nicht ausreicht. Heute ist es so — gestern hatte ich Gelegenheit, das festzustellen —, daß es schon manché Bauern gibt, die nicht mehr die Futterpreise bezahlen können, weil sie für ihre Milch nicht das erhalten, was sie vielfach für das Futter bezahlen müssen. Hier davon zu sprechen, daß sich der Lohn- und Preisstopp die Waage halten, halte ich für gewagt. Es ist klar, daß man nicht einseitig den Lohnstopp festhalten kann, während auf der anderen Seite die Preise steigen. Der Anteil des Lohnes am Industrieprodukt ist so gering geworden, daß eine Lohnerhöhung als solche nicht zur Inflation führen kann. Das sind nur Ausreden. Wir sehen, daß es heute Industrien gibt, die ganz einfache Gegenstände herstellen und die um einen Zehntelgroschen raufen, damit sie billig produzieren können. Die Produkte kommen dann heraus, werden aber um das Fünfzehnbis Zwanzigfache im Handel verkauft!

Das ist die Inflation, die wir heute zum Teil in den Gütern schon haben. Deshalb ist es notwendig, daß, wenn wir eine einwandfreie Arbeit von den Beamten und Arbeitern haben wollen, auch die Lohnverhältnisse den gestiegenen Preisverhältnissen angepaßt werden, denn nur dann werden sich alle Menschen das leisten können, was sie für ihren Lebensunterhalt am notwendigsten brauchen.

Abg. Dr. STEINGÖTTER: Hohes Haus! Abgeordnete sind berufen, Menschen, die in Not sind, beizustehen. Da machen wir Abgeordnete aller Parteien die Beobachtung, daß wir in der jetzigen Zeit verhältnismäßig am meisten in Angelegenheiten der Staatsbürgerschaft intervenieren müssen. Ich will nicht von jenen ausländischen Staatsbürgern sprechen, die sich erst kurze Zeit oder erst einige Jahre in Österreich aufhalten und jetzt die österreichische Staatsbürgerschaft anstreben. Da gibt es klare, und wie wir bereits mit Stolz verzeichnen können,

gute österreichische Gesetze, die, entsprechend angewendet, auch klar darüber entscheiden, ob die Betroffenen österreichische Staatsbürger werden können oder nicht.

In vielen Fällen handelt es sich aber wieder, wie heute schon festgestellt wurde, um kleine, arme Leute, die aus irgendwelchen Gründen es seinerzeit versäumt haben, die österreichische Staatsbürgerschaft zu erwerben. Es handelt sich da meistens um geborene Österreicher. Sie werden jetzt von dem harten Los bedroht, der sogenannten Repatriierung, die allen fremden Staatsbürgern in Aussicht gestellt wird. Diese Repatriierung wird außerdem von den Behörden vielfach in einer Weise durchgeführt, daß immer bestimmte Klagen darüber am Platze sind. Wir bitten daher den Herrn Landeshauptmann im Wege des Sicherheitsdirektors alle Organe anzuweisen, diesbezüglich klare Anweisungen hinauszugeben, so daß es nicht mehr vorkommen kann, daß, wie ich schon im Finanzausschuß festgestellt habe, solche arme Menschen plötzlich ohne Grund ausgewiesen werden, dabei in Sammellager kommen und nicht wissen, wohin sie das Schicksal bringen wird. Es hat sich in solchen Fällen schon nach einigen Tagen, nachdem sie sich aller Habe entledigt hatten, herausgestellt, daß diese Ausweisung nicht am Platze ist. Solche Leute kommen dann gänzlich ohne Habe und mittellos zurück und fallen der Fürsorge zur Last.

Bei der Feststellung der Aufenthaltsdauer würden wir die Beamten, denen die Entscheidung obliegt, bitten, in den Grenzfällen so zu entscheiden, wie es das menschliche Empfinden verlangt, denn vielfach ist diese Aufenthaltsdauer nur dadurch unterbrochen worden, daß die Betroffenen während der Zeit der Arbeitslosigkeit, also während ein paar Jahren im Auslande, gewöhnlich in der Tschechoslowakei oder in Ungarn, Arbeit suchten und dann wieder zurückkehrten. Vielfach haben diese Leute im Drange der Verhältnisse auch ihre Dokumente verloren und da ist es notwendig, daß man die Bürgermeister der sogenannten Heimatgemeinden insoweit instruiert und ihnen bekanntgibt, sie hätten die Pflicht, auf Grund der Heimatrolle den Leuten die Zuständigkeit zu bestätigen.

Wir wissen, daß die Aufhebung des österreichischen Heimatgesetzes in Anpassung an die reichsdeutschen Verhältnisse ein gewisser Fortschritt ist. Alle diejenigen, die vorher, solange das österreichische Heimatrecht bestanden hat, sich mit der Fürsorge befaßt haben, wissen, wie arg die Gemeinden darunter litten, daß sie plötzlich eines schönen Tages fürsorgebedürftige Personen zur Pflege bekommen haben, die vielleicht nur ganz zufällig auf dem Papier zu

dieser Heimatgemeinde gehörten. Es ist also das dem deutschen Heimatrecht angepaßte Recht ein gewisser Fortschritt. Auf dem Gebiete der Staatsangehörigkeit gilt aber noch die frühere Heimatzuständigkeit und es müssen daher die Bürgermeister, soweit die Bewerber nicht vor 1937 in einer anderen Gemeinde das Heimatrecht einwandfrei erworben haben, unbedingt diese Bestätigung geben, weil ohne diese Bestätigung diese Ärmsten — es handelt sich meistens um alte Leute, darunter auch über siebzigjährige Greise — einfach nicht die Staatszugehörigkeit bekommen können. Diese Leute, welche ihr ganzes Leben in Österreich zugebracht haben, sind dann derart erschüttert, daß bereits aus diesen Gründen in Niederösterreich einige Selbstmordfälle zu verzeichnen sind.

Wir bitten daher alles vorzukehren, daß da möglichst keine unerträglichen Härten mehr vorkommen und daß diesen Armen wirklich geholfen wird. Hier gilt der alte lateinische Spruch, den alle Juristen kennen: „*Summum ius, summa iniuria*“: Eine überspitzte Anwendung des Rechtes ist das größte Unrecht. (*Beifall links.*)

Abg. TESAR: Hoher Landtag! Durch die Reden zieht sich wie ein roter Faden immer wieder der Wunsch, daß die allzu vielen Kompetenzen vereinfacht werden mögen, damit die breite Masse der Bevölkerung leichter zu ihrem Ziele gelangen kann. Wenn der Herr Abgeordnete Gruber von 1033 Personen gesprochen hat, die an einem einzigen Tage das Tor der Bezirkshauptmannschaft Amstetten passiert haben, so ersehen wir daraus, wie einfach es wäre, die Leute nicht zu den Ämtern zu zitieren, um die Beamten zu sekkieren und in nützlicher oder schädlicher Form etwas zu suchen, was sie scheinbar dort zu finden glauben.

Wir wissen, daß schon lange bei der Landesregierung die Einführung besteht, daß in den amtlichen Landesnachrichten alle wichtigen Erlässe und Verfügungen, bindend für jede Bezirkshauptmannschaft und Gemeinde, verlautbart werden, womit der Bevölkerung sicherlich sehr gedient ist.

Wenn das Landesernährungsamt mit seinen Unterabteilungen das gleiche tun würde, dann hätten wir damit schon viele Arbeiten erspart, und zwar nicht nur durch den Wegfall der vielen Druckschriften, sondern auch des Lesens derselben, zu dem die Bürgermeister und Beamten verurteilt sind. Sie, besonders diejenigen, welche die Bürde eines Bürgermeisters tragen, werden mir beipflichten, daß es oft an der notwendigen Zeit mangelt, um alles das zu erledigen, was von der Bezirkshauptmannschaft oder von der Landesregierung verlangt wird.

Wenn der Herr Abgeordnete Gruber die Äußerung getan hat, daß nur 33 Parteien bei der Bezirkshauptmannschaft selbst interveniert haben, so ist das ein Zeichen dafür, daß die Ernährung des Volkes allem anderen vorangeht. Die Ernährung spielt aber auch beim Wiederaufbau die wichtigste Rolle.

Wenn wir jetzt soeben erfahren haben, daß sich die Bundesregierung entschlossen hat, 200 Millionen Schilling für den Wiederaufbau Österreichs bereitzustellen, so müssen wir heute schon bitten, daß nicht nur die entsprechenden Mittel für Niederösterreich zum Wiederaufbau bereitgestellt werden, sondern wir müssen hier auch gleichzeitig verlangen, daß beim Wiederaufbau in erster Linie die Ernährung als solche gewährleistet wird. Dazu ist es notwendig, daß die Bauarbeiter draußen ebenso wie in Wien die Schwerarbeiterkarte erhalten. Das muß endlich zur Tatsache werden. Wenn wir in diesem Belange vom Referenten des Ernährungsministeriums die Auskunft erhalten, daß sie in Wien nur versuchsweise eingeführt wird, so darf das nicht das letzte Wort sein. Ich verlange hier als Gewerbetreibender, daß endlich in diesen Belangen mit den ewigen Versprechungen Schluß gemacht wird! Den Worten soll endlich die Tat folgen, dann wird der Wiederaufbau auch wirklich in Angriff genommen werden können!

Was ich hier ausgesprochen habe, ist nicht etwa demagogisch, sondern ein Verlangen, das wir allen Menschen draußen schuldig sind, die täglich berufen sind, das zu machen, von dem wir hier immer herumreden.

Zum Schlusse bitte ich noch die Landesregierung, daß sie unter Umständen, wenn vielleicht im heurigen Jahre noch Elementarkatastrophen eintreten sollten, es nicht bei der veranschlagten Summe von 200.000 S für Notstandsmaßnahmen bewenden läßt, sondern daß sie, wenn außerordentliche Verhältnisse eintreten, noch tiefer in den Säckel greift und nachträglich die erforderliche Bedeckung vom Landtage verlangt.

Dazu ist auch noch wichtig, daß bei solchen Elementarkatastrophen rasche Hilfe geleistet wird und daß nicht immer die Menschen einmal auf diese und ein anderes Mal auf jene Kommission vertröstet werden. Kompetenzstreitigkeiten haben die Leute satt, daher ist es notwendig, daß in dieser Hinsicht die Richtlinien seitens der Behörde von oben nach unten möglichst schnell ausgegeben werden.

In diesem Sinne danken wir am Schluß der Beratung des Einzelplanes 0 der Landesregierung und allen ihren Beamten herzlich und hoffen, daß die Verbundenheit der Abgeordneten mit den einzelnen Beamten bis zum Portier und letzten Angestellten herunter eine solche bleibt, wie sie in einer richtigen Demokratie gehandhabt werden soll.

Wenn sich einzelne Redner gegen Beamte bei den Bezirkshauptmannschaften ausgelassen haben, so sei ihnen gesagt: Der Bezirkshauptmann ist draußen der ruhende Pol, da ist keine Gefahr für die Menschen, weil wir ja unten die Gemeinde und oben den Landtag haben. Gefahr bestand nur in jenen sieben Jahren, wo es keinen Landtag und keine offizielle Gemeindevertretung gegeben hat.

In diesem Sinne wollen wir nicht darüber streiten, ob dieses oder jenes das Richtige sei, wichtig ist nur, daß die Volksverbundenheit da ist und der Wille der Parteien draußen bei den Verhandlungen immer der ist, daß wir zuerst Österreicher und dann erst Parteileute sind. *(Großer Beifall rechts.)*

3. PRÄSIDENT: Die Rednerliste ist erschöpft, der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. ZACH: Von verschiedenen Rednern wurden zwar verschiedene Wünsche vorgebracht, zu den Ziffern ist aber kein Abänderungsantrag gestellt worden.

Es ist nur zu hoffen, daß die vielen Anregungen hinsichtlich der Sicherheit ehestens in die Tat umgesetzt werden.

3. PRÄSIDENT: Wir schreiten zur Abstimmung.

Ich ersuche die Mitglieder des Hohen Hauses, welche für Einzelplan 0, Allgemeine Verwaltung, in Erfordernis und Bedeckung stimmen wollen, die Hand zu erheben. *(Geschieht.)*

A n g e n o m m e n .

Ich bitte zur Kenntnis zu nehmen, daß eine Viertelstunde nach dieser Sitzung im Ausschußzimmer 3 eine Sitzung des Schulausschusses stattfindet. Ich bitte die Herren Mitglieder des Schulausschusses, sich dorthin zu begeben.

Die Verhandlungen über den Voranschlag 1946 werden morgen, den 18. Juni 1946, um 9 Uhr, fortgesetzt.

Ich schließe die Sitzung.

(Schluß der Sitzung um 16 Uhr 15 Min.)